



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität-GH Paderborn

12,1 (1999)

MITTEILUNGEN

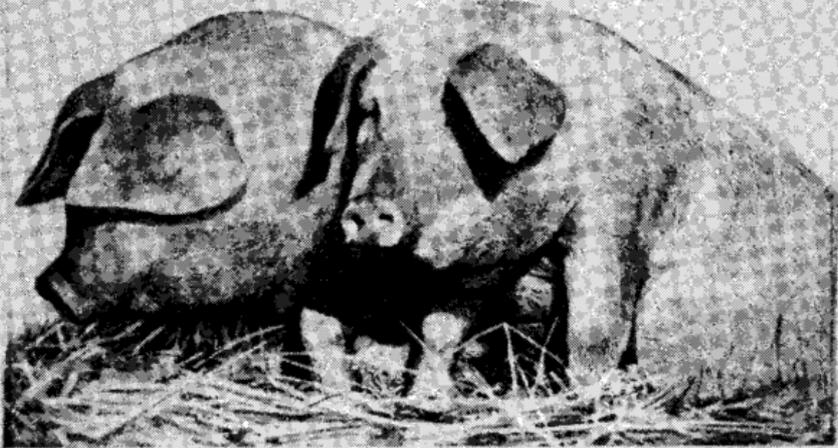
des Vereins für



Geschichte an der

Universität–GH Paderborn

Wirklich fette Schweine



Der Weg zur schnelleren
und billigeren Mast!

Mehr Fleisch!
Mehr Fett!

Große Betriebsersparnisse! Gesteigerte Einnahmen!

durch den
„Adler“ Fütterdämpfer

Nr. 12, 1999

Heft 1

Die Geschichte des Erzbistums Paderborn



Ein herausragendes,
vierbändiges Werk über
110 Jahre, von der Neu-
umschreibung des Bistums
bis zur Erhebung Pader-
borns zum Erzbistum

Jetzt liegt vor:

Band 3 – Das Bistum Paderborn im Industriezeitalter 1821-1930

von Hans Jürgen Brandt
und Karl Hengst
613 Seiten. 16 Seiten Farb-
tafeln. 2 farbige Landkarten.
Gebunden.

Einzelpreis DM 78,-
Subskriptionspreis bei Vor-
bestellung der vierbändigen
Gesamtausgabe DM 68,-



BONIFATIUS

Verhandlung

Liboristraße 1
33098 Paderborn
Tel. 05251/153-142
Fax 05251/153-362

MITTEILUNGEN

des Vereins für



Geschichte an der

Universität-GH Paderborn



Landschaftsverband
Westfalen-Lippe

Nr. 12, 1999

Heft 1

Faltblatt des Futtermittelherstellers Adlers in Bielefeld, um 1936/39 (Stadtarchiv und landesgeschichtliche Bibliothek Bielefeld)
Aus der kommentierten Dokumentenmappe des Staatsarchives Detmold: „Unsummen für Reklame“. Historische Werbung aus Ostwestfalen und Lippe, bearb. von A. Freiträger u. a., Detmold 1998.

IMPRESSUM

Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität–GH Paderborn Nr. 12, 1999, Heft 1.

Herausgeber: Verein für Geschichte, an der Universität–GH Paderborn
Stettiner Str. 42, 33106 Paderborn
Dr. Friedhelm Golücke, Prof. Dr. Frank Göttmann, Prof. Dr. Jörg Jarnut

Redaktion: Roswitha Hillebrand, Benediktinerstr. 10, 33098 Paderborn
Sascha Käuper, Hilligenknapp 1, 33154 Salzkotten–Scharmiede
Roland Linde, Pfuhlstr. 10, 32805 Horn–Bad Meinberg
Andreas Neuwöhner, Fechteler Str. 12d, 33100 Paderborn
Michael Ströhmer, Faulensieksweg 11a, 33034 Brakel
Peter Tilly, Liboristr. 5, 33098 Paderborn
Claudia Weskamp, Hillebrandstr. 4, 33102 Paderborn

ISSN: 1437-6660

Wir machen darauf aufmerksam, daß die namentlich gekennzeichneten Beiträge nicht die Meinung der Redaktion oder der Herausgeber widerspiegeln.

INHALT

<i>Editorial</i>	4
<i>Aufsätze</i>	
DONATE STRATHMANN, Re-Education oder Entertainment? Der Wiederaufbau der Paderborner Filmtheater 1945-1950 und die Kulturpolitik der Britischen Militärregierung in Deutschland (Teil 1).....	5
RAINER DECKER, Die Geschichte des Hauses Rathausplatz 14 und seiner Bewohner	21
<i>Miszellen</i>	
JENS SCHNEIDER, Klöster in der Region – Fragen der Regionalgeschichte. Gedanken zur Tagung am 7.11.1998 in Paderborn.....	31
MARGIT NAARMANN, Die geschuldete Erinnerung. Gedenken und Erinnern in Paderborn nach 1945	37
Neuerscheinung „Als die Bomben fielen ...“: Hinweise und Anmerkungen von Lesern	46
JOHN DEHAAN, KLAUS HOHMANN, FLORIAN KACHE, JAN NAYEBAGHA UND STEFAN WESTHOFF, Wie Schüler ein Buch zur Paderborner Geschichte produzierten. Ein Mittelstufenkurs des Reismanngymnasiums sammelte Grunddaten aus 90 Jahren Stadtentwicklung (1850 bis 1939)	47
ANDREAS GAIDT, Die Paderborner Bibliographie 1946 bis 1979	50
JUTTA PRIEUR-POHL, Porträt.....	52
Verfrühtes Jubiläum – oder: Paderborner Waschfrauen lockten Karl an die Paderquellen.....	54
<i>Rezensionen</i>	58
<i>Vereinsnachrichten</i>	63
<i>Autorenverzeichnis</i>	66
<i>Terminkalender</i>	67

EDITOTIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

seit einigen Wochen erfreut uns die Wochenendbeilage einer hiesigen Tageszeitung mit Hitlisten der besonderen Art, nämlich den OWL-Top-Ten der Romane und Sachbücher. Was liest man also an den Hängen des Teutoburger Waldes? Im Prinzip die gleichen Bücher, die auch im Rest der Republik wie Lottoscheine über die Ladentheken gehen. Ganz OWL ist in der Hand der Oligarchie der nationalen und internationalen Best- und Longseller-Autoren: Irving, Nooteboom, Fredriksson, Bednarz, Krakauer, Knopp, Baring, Carnegie. Ganz OWL? Nein: Ein gar nicht so kleines Dorf, pardon: eine recht große Stadt an den Quellen der Pader und im Schatten der Kirchtürme leistet literarischen Widerstand und puscht bei den Sachbüchern die „Paderborner Stadtgeschichte 3, hrsg. v. Karl Hüser, Schöningh, 58 Mark“ und in der Rubrik Belletristik den King-meets-Pope-Thriller „Mord im Dom, Jürgen Kehrer, Waxmann, 19,80 Mark“ auf regionale Spitzenplätze. Dabei ist nur eine der 13 befragten Buchhandlungen in Paderborn ansässig. Und damit nicht genug: Bei historischen Vorträgen überrollen ganze Hundertschaften Geschichtsbegeisterter die Veranstalter, während man in anderen Städten froh ist, wenn sich bei ähnlichen Themen ein oder zwei Dutzend hartnäckig Wißbegieriger einfinden. Keine Frage: Die Paderborner Bürgerschaft ist im Geschichtsfieber. Und es kommen noch weitere Großereignisse: Die Jubiläumsausstellung „799 – Kunst und Kultur in der Karolingerzeit“ sowie das Erscheinen der Bände eins und zwei der Stadtgeschichte im Juli bzw. Oktober stehen ins Haus.

Ein anderes Stimmungsbild zeigt die Studentenschaft: Auf der Hitliste eines Hamburger Nachrichtenmagazins betreffs der historischen Studiengänge landete kürzlich jener der Universität-GH Paderborn mit einer Note von 3,2 auf Platz 53 (von 56). Die schlechte Gesamtnote, die Kommilitonen des Hauptstudiums vergaben, betraf weniger das Dozentenverhalten (2,7) und die Teilnehmerzahl der Lehrveranstaltungen (2,3) als die Inhalte (3,8) und Ausstattung (3,4). Bei den harten Fakten steht die Geschichte in PB allerdings gar nicht so schlecht dar: Note „gut“ gab es für die Studiendauer (durchschnittlich 10 Semester) und die relativ geringe Fluktuation der Studenten, und „mittelmäßig“ für das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Professoren und Studenten.

Und was liest man auf der gleichen Seite des Unitests über die U-GH Siegen? Dort erarbeitet eine Studentengruppe eine Ausstellung samt Katalog, eine andere entwickelt eine CD-ROM. Dozent Cornelius Neutsch wird mit den Worten zitiert: „An welcher anderen Universität tauchen Studierende schon gleich als Autoren einer Publikation auf?“ Beispielsweise in Paderborn. Da gibt es eine historische Zeitschrift, die von Studierenden redaktionell betreut wird und sich auch als Forum für Forschungsarbeiten aus den Reihen der Studentenschaft versteht. Ebenso sollen in den beiden Schriftenreihen des Vereins für Geschichte in nächster Zeit Examensarbeiten veröffentlicht werden. An qualitätvollen Arbeiten ist kein Mangel, doch gestaltet es sich schwierig, die Verfasser auch für solche Publikationen zu gewinnen. Daher unser erneuter und immer wähernder Aufruf: Macht Eure regionalgeschichtlichen Seminar- und Abschlußarbeiten publik, in Euer eigenem und unser aller Interesse.

Der SH-Verlag, der auch die anderen Vereinspublikationen vertreibt, bekundete sein Interesse, unser Heft in sein Verlagsprogramm aufzunehmen, ein Angebot, das wir gerne angenommen haben. Wir können uns nunmehr mit einer ISSN schmücken. Zudem gewährte uns der Landschaftsverband Westfalen-Lippe eine zwar nicht dauerhafte, aber achtenswerte finanzielle Förderung.

Roland Linde

Re-Education oder Entertainment? Der Wiederaufbau der Paderborner Filmtheater 1945-1950 und die Kulturpolitik der Britischen Militärregierung in Deutschland (Teil 1)

von Donate Strathmann

Spiegelt der Wiederaufbau der Filmtheater in Paderborn nach dem 2. Weltkrieg eine für die britische Besatzungszone typische Entwicklung? Wie verlief diese im Vergleich zur amerikanischen und französischen Zone, wie im Vergleich zur sowjetischen Zone? Dieser Aufsatz beschäftigt sich mit dem Wiederaufbau der Filmtheater in Paderborn und ihrem Programm während der britischen Besatzungszeit (1945-49). Es ist schwierig, die Repräsentativität der am Paderborner Beispiel durchgeführten Untersuchung zu beurteilen, ohne vergleichende Untersuchungen für weitere Städte der britischen oder der beiden anderen Westzonen durchgeführt zu haben. Die vorliegende Literatur gibt für den Bereich des deutschen Nachkriegskinos keine Beispiele anderer Städte. Darüber hinaus waren der Film allgemein und besonders der nationalsozialistische deutsche Film bisher kaum Gegenstand historischer, sondern vielmehr soziologischer und publizistischer Untersuchungen, was die Bewertung der Paderborner Entwicklung erschwert. Versucht werden soll jedoch eine Antwort auf die Frage, ob und inwieweit der Anspruch der britischen Kulturpolitik für Deutschland mit der Realität vor Ort in Einklang stand.

1.0 Die Organe der Alliierten Militärregierung nach 1945

Mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 hatten die Alliierten ihr Kriegsziel erreicht. Zugleich konnte eine Reihe lange vorbereiteter Gesetze und Erlasse der Alliierten im besetzten Deutschland in Kraft treten.¹ Nach der *Berliner Erklärung* vom 5. Juni 1945 übernahmen die Alliierten die oberste Regierungsgewalt und schrieben die Aufteilung Deutschlands in vier Zonen fest. Sie beanspruchten das Recht, durch ihre Vertreter Proklamationen, Befehle, Gesetze, An- und Verordnungen in Deutschland zu erlassen. Die Siegermächte übten somit die ihnen völkerrechtlich zustehende militärische Besatzungshoheit aus und zugleich durch die *Berliner Erklärung* die Staatshoheit in den genannten Funktionen. Repräsentiert wurden die Regierungen der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs durch die obersten Kontrollbehörden, an deren Spitze jeweils der Militärgouverneur als Leiter der Kontrollkommission stand. Diese gliederte sich nach sachlichen Kriterien in verschiedene Hauptabteilungen. Für die Westzonen erlangte die *Information Control* besondere Bedeutung. Ihr Aufgabengebiet war die Überwachung des Nachrichtenwesens, inbegriffen die Kontrolle von Presse, Literatur, Theater, Rundfunk, Schallplatten- und Filmproduktion. Am 30. August 1945 konstituierte sich der *Alliierte Kontrollrat*, bestehend aus den Oberbefehlshabern der vier Zonen, der für alle ganz Deutschland betreffenden Fragen zuständig war. Die vom Kontrollrat erlassenen Proklamationen, Gesetze und Verordnungen galten, im Gegensatz zu denen der zonalen Militärregierungen, für alle vier Zonen.

¹ Vgl. Peter PLEYER, *Deutscher Nachkriegsfilm 1946-1948*, Münster 1965, S. 17f.

1.1 Die Filmgesetzgebung in den westlichen Besatzungszonen

Die u.a. die Filmproduktion betreffende Gesetzgebung der Westalliierten hatte schon vor Kriegsende eingesetzt: Bereits am 24. November 1944 war das *Gesetz Nr. 191 betreffend die Kontrolle über Druckschriften, Rundfunk, Film, Theater und Musik und Untersagung der Tätigkeit des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda* erlassen worden.² Mit der Besetzung Deutschlands trat es in Kraft und untersagte Herstellung, Veröffentlichung, Vertrieb, Verkauf, gewerblichen Verleih und Vorführung von Spielfilmen aller Art, sämtliche Tätigkeiten in Filmtheatern, Ateliers, Laboratorien und Verleihstellen sowie die Tätigkeit des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP).³ Am 12. Mai 1945 wurde die zugehörige Durchführungsverordnung, die *Nachrichtenkontrollvorschrift Nr.1 (NKV 1)*⁴ erlassen. Diese erlaubte die genannten Tätigkeiten, jedoch nur mit schriftlicher Genehmigung der jeweiligen zonalen Militärbehörden. Jede Filmkopie benötigte nun einen Vorführungsschein, und außerdem mußte jeder Filmverleiher oder Vorführer von der Militärbehörde registriert und zugelassen werden. Damit waren die rechtlichen Grundlagen für Wiedereröffnung, Wiederaufbau und Neubau von Kinos, für die Gründung neuer Verleihfirmen und den Neuaufbau der Filmproduktion in den Westzonen gegeben. Die NKV 1 bildete die Grundlage für die Arbeit der Kontrollbehörden und wurde entsprechend den Erfahrungen aus deren praktischer Arbeit in den folgenden Jahren von den zonalen Militärregierungen ergänzt und präzisiert oder ersetzt. So wurde am 3. Oktober 1947 die NKV 1 in der Bizone durch die NKV 3⁵ ersetzt, die die alte Vorschrift teils lockerte, teils präzisierte: Sie erlaubte Personen, die aufgrund des *Gesetzes zur Befreiung vom Nationalismus und Militarismus* (Entnazifizierungsgesetz) vom 5. März 1946 als sogenannte 'Mitläufer' oder 'Entlastete' eingestuft worden waren, ohne Genehmigung Spielfilme zu verarbeiten und zu kopieren, was den Wiederaufbau der Filmindustrie wesentlich erleichtern sollte. Die NKV 3 führte auch aus, was in Presse, Funk, Film, Tonaufnahmen und in öffentlichen Veranstaltungen nicht propagiert werden durfte. Abschnitt 6 untersagte Veröffentlichungen, die

„a) zu Unruhen oder zum Widerstand gegen die Militärregierung aufstacheln, die Besatzungstruppen gefährden oder die militärische Sicherheit auf andere Weise bedrohen; b) die ehemals nationalsozialistische oder verwandte 'völkische' Gedanken, wie z.B. die Rassentheorie und den Rassenhaß, oder faschistische oder undemokratische Anschauungen verbreiten oder den Militarismus, Pangermanismus oder den deutschen Imperialismus fördern; c) einen böswilligen Angriff auf die Politik oder das Personal der Militärregierung darstellen oder darauf abzielen, die Eintracht unter den Alliierten zu zerstören, oder dazu angetan sind, das Mißtrauen und die Feindseligkeit der Bevölkerung gegenüber den Besatzungsmächten hervorzurufen; d) die Bevölkerung auffordern, den von der Militärregierung ergriffenen demokratischen Maßnahmen Widerstand entgegenzusetzen.“⁶

Gemäß der Absicht der Briten, deutsche Stellen im Rahmen der Erziehung zur Demokratie an der Verwaltung zu beteiligen und den Deutschen ein Mitspracherecht bei Entscheidungen

² Gesetz Nr.191, Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Amerikanische Zone (*Military Government Gazette, Germany*), Issue A, vom 1.6. 1946, S. 53.

³ Vgl. ebd.

⁴ Ebd. S. 54.

⁵ Nachrichtenkontrollvorschrift Nr.3, veröffentlicht im Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Amerikanische Zone (*Military Government Gazette, Germany*), Issue F vom 31.10.1947, S. 14f.

⁶ Ebd. S. 15, zitiert nach PLEYER, S. 21.

der Nachrichtenkontrollbehörden einzuräumen, wurde durch die Verordnung Nr.109⁷ am 15. Oktober 1947 die Gründung eines beratenden Ausschusses für das Lichtspielwesen beschlossen. Dieses Gremium setzte sich zusammen aus Vertretern von Filmschaffenden, Filmver- und Entleihern, Filmproduzenten und Allgemeinheit sowie mindestens einem Vertreter des Erziehungswesens. Der Ausschuss hatte beratende Funktion bei der Erteilung und Entziehung von Lizenzen für Hersteller und Verleiher von Filmen, bei der Verteilung des knappen Materials und bei allen anderen Fragen, die nicht ausdrücklich allein der britischen Militärregierung vorbehalten waren. Allen (westlichen) Besatzungsmächten war daran gelegen, eine Monopolisierung der neu entstehenden deutschen Filmindustrie zu verhindern. Sie untersagten daher durch die Verordnung Nr.1 zum Gesetz Nr.56⁸ am 8. März 1948 jeden engen wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen Unternehmen der verschiedenen Branchen der Filmindustrie (Produktions-, Verleih-, und Vorführungsunternehmen). Außerdem wurde die Zahl der Kinobetriebe, die einem Besitzer gehören durften, je nach der Größe des Einzugsgebietes begrenzt.

Das erklärte gemeinsame politische Ziel der Alliierten war laut *Potsdamer Abkommen* vom 2. August 1945 die demokratische Umerziehung der Deutschen.

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen. (...) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.“⁹

In diesem Sinne erließ der Kontrollrat am 25. Juni 1947 die *Direktive Nr.55*, die den Austausch von Druckschriften und Filmen im Interzonenverkehr zwar erlaubte, jedoch so vage formuliert war, daß die Oberbefehlshaber der Zonen Filme jederzeit verbieten konnten.¹⁰ Die Filmproduktion betreffend wurde ein Austausch von Ost- und Westfilmen im Verhältnis 1:1 vereinbart. Für jeden Westfilm, der in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zugelassen wurde, mußte eine Produktion der Deutsche Film A.G. (Defa) in den Westzonen zugelassen werden und umgekehrt.¹¹ In der Praxis wurde ein solches Gleichgewicht nicht in vollem Umfang erreicht. Bis Ende 1949 wurden 17 Produktionen der Defa im Westen gezeigt, umgekehrt jedoch 20 Filme aus westdeutschen Ateliers in der SBZ. Die *Direktive Nr.55* konnte nicht berücksichtigen, daß sich die Zahl der produzierten Filme, die im Juni 1946 noch etwa gleich gewesen war, sehr bald stark auseinanderentwickeln würden und daß dann ein großer Teil der Westfilme von vornherein keine Chance haben würde, auch in der SBZ zur Aufführung zu kommen. Die Produktion der Defa entwickelte sich bedeutend langsamer als die der freien Filmwirtschaft in den Westzonen. Die Produktion der Defa stieg von 3 Filmen 1946 über 4

⁷ Verordnung Nr.109, Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, Nr.21, S. 606.

⁸ Anordnung Nr.1, Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Amerikanische Zone, *Issue I* vom 16.3. 1948, S. 16.

⁹ Zitiert nach Michael G.M. ANTONI, *Das Potsdamer Abkommen – Trauma oder Chance?*, Berlin 1985, S. 341f.

¹⁰ Direktive Nr. 55, Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Nr.16, Berlin 1947, S. 286.

¹¹ Vgl. Alfred BAUER, *Deutscher Spielfilmalmanach 1929-1950*, Berlin 1950, S. 681.

Filme 1947, 8 Filme 1948 auf schließlich 12 Filme 1949. In diesem Zeitraum entstanden in den Westzonen 1946 1 Film, 1947 6, 1948 21 Filme und 1949 56 Filme.

Der 1945 gebildete Alliierte Kontrollrat griff erst 1947 in die Filmgesetzgebung ein, nachdem zonal die Kontrolle des Filmwesens, besonders der Filmproduktion, bereits umfassend und teils sehr unterschiedlich geregelt war. Der Kontrollrat hatte keinerlei Interesse an einer zentralen Filmproduktion für alle Zonen, in der man die Gefahr des Wiedererstehens des Ufa-Monopols sah.

„In Deutschland befanden sich während des NS-Regimes die großen Produktionsfirmen wie Ufa, Terra, Bavaria usw. im Besitz privater, wenn auch vom Staat unterstützter Konzerne; daneben gab es kleinere, selbständige Produzenten, die unabhängig von den großen Konzernen Filme herstellten. Allerdings unterstanden die dramaturgischen Abteilungen aller - auch der kleinsten - Firmen direkt der 'Reichsfilmkammer' und dem 'Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda' und wurden von diesen Instanzen ständig kontrolliert.“¹²

Am 19. Dezember 1947 erließ der Kontrollrat daher das Gesetz Nr.60,¹³ das die gesamte nationalsozialistische Filmgesetzgebung in allen vier Zonen aufhob. De facto waren diese Gesetze schon mit Beginn der alliierten Besatzung bedeutungslos geworden.¹⁴

1.2 Die Arbeit der Nachrichtenkontrollbehörde

Die Aufgaben der *Information Control* der Militärregierungen waren die Überwachung der Befolgung des durch die NKV 1-3 ergänzten Gesetzes Nr.191, sowie die Arbeit im Sinne von *Re-Education* und *Reorientation*. Dies sollte u.a. durch Verleih und Publikation von geeigneten Büchern, Filmen und Zeitschriften unterstützt werden, was den Zielen des *Potsdamer Abkommens* entsprach.

„Den Deutschen sollte klargemacht werden, daß ihre militärische Niederlage vollkommen und eine Wiederbewaffnung unmöglich sei, daß jeder einzelne Deutsche für den Krieg, die Grausamkeiten und Verwüstungen Mitverantwortung trage, daß der Nationalsozialismus für Deutschland und die ganze Welt schreckliche Folgen gehabt habe und daß es trotzdem eine Möglichkeit gebe, durch Zusammenarbeit mit anderen Ländern in die Family of Nations wiederaufgenommen zu werden.“¹⁵

Darüber hinaus war es Aufgabe der Nachrichtenkontrolle, demokratische, anti-nationalsozialistisch eingestellte und fachlich geeignete Deutsche für die Arbeit in allen Bereichen der Medien zu finden. Ein spezieller *Film Control Branch* wurde beauftragt, Filmproduktion, Verleih und Vorführung nur solchen Personen zu übertragen. Diese Instanz war außerdem zuständig für den Verleih von Filmen der Alliierten und entschied auch über den Anteil der deutschen, westalliierten, sowjetischen und anderen ausländischen Filme am Programm der Kinos. In das Aufgabengebiet der *Information Control* fiel darüber hinaus die Zensur der vor 1945 gedrehten deutschen Filme zum Zweck ihrer möglichen Wiedergulassung. Verboten wurden alle Filme, die

¹² Barbara MEYER, Gesellschaftliche Implikationen bundesdeutscher Nachkriegsfilme, Dissertation, Frankfurt/M. 1964, S. 71f.

¹³ Gesetz Nr. 60, Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Nr.18, S. 296.

¹⁴ Vgl. PLEYER, S. 19-24.

¹⁵ Ebd. S. 24-25.

„die Ideologie des Nationalsozialismus, des Faschismus oder Rassenunterschiede verherrlichten; Krieg und Militarismus idealisierten, die deutsche Geschichte verfälschten; die deutsche Wehrmacht verherrlichten; Verachtung für die Alliierten, ihre Regierungen und ihre politischen Führer hervorriefen oder sie lächerlich machten; deutsche Rachedgedanken förderten; religiöse Gefühle oder religiöse Bräuche kritisierten oder lächerlich machten; Gedanken oder Taten von deutschen politischen Führern idealisierten, deren Ansichten imperialistisch waren; die auf einem Buch oder Manuskript eines NSDAP-Mitglieds beruhten oder die unter schöpferischer Mitarbeit von NSDAP-Mitgliedern entstanden waren (das heißt alle Filme, deren Produzent, Regisseur, Produktionsleiter, Autor, Drehbuchverfasser, Darsteller, Komponist oder Musikbearbeiter anerkanntes Parteimitglied oder Förderer der Partei war).“¹⁶

Obwohl nicht ausdrücklich so formuliert, galten diese Richtlinien auch für die deutsche Nachkriegsfilmproduktion. Die Lizenzen für Herstellung, Verleih und Vorführung von Filmen vergab der *Director of Information Control Division* durch den *Information Control Licensing Board*¹⁷ und nicht die Dienststelle der Nachrichtenkontrollbehörde. Diese Verteilung der Kompetenzen verdeutlicht, welche Bedeutung man dem Medium Film zuschrieb. Lizenzen konnten nur Privatpersonen bekommen, evtl. auch im Auftrag einer nichtgewerblichen Vereinigung oder Gemeinde, nicht hingegen Konzerne und Gesellschaften. Bei der Vergabe von Lizenzen war die politische Eignung der Bewerber das Hauptkriterium, die fachliche Qualifikation dagegen zweitrangig. Das machte diese Bestimmungen nahezu undurchführbar, da die meisten Filmschaffenden Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Ohne ihre Sachkenntnis war jedoch der Wiederaufbau der Filmindustrie sehr schwierig. Man ging deshalb dazu über, Lizenzen auch an passive Parteimitglieder zu vergeben.¹⁸ Die Arbeit der Nachrichtenkontrollbehörde endete jedoch keineswegs mit der Erteilung der Lizenz. Während der Produktion wurde die Arbeit aller daran beteiligten Personen ständig durch die *Land Information Control*¹⁹ weiter überwacht. Jede einzelne Produktion und jeder fertige Film bedurften der ausdrücklichen Genehmigung.²⁰

2.0 Wiederbeginn und Entwicklung der deutschen Filmproduktion nach 1945

Trotz des gemeinsamen Ziels der demokratischen Umerziehung der Deutschen gab es bei den vier Besatzungsmächten unterschiedliche Auffassungen, welche Rolle der Film dabei zu spielen habe. Sowohl die Westmächte als auch die Sowjetunion strebten zwar die Aufklärung der Deutschen über die Verbrechen des Nationalsozialismus und deren Überzeugung von der Demokratie als der überlegenen Staatsform an, aber die Konsequenzen, die man aus dieser Absicht zog, waren so unterschiedlich, wie das jeweilige Demokratieverständnis der Westmächte einerseits und der Sowjetunion andererseits.

In der SBZ sah man den Film als Hauptmittel zur Umerziehung und Beeinflussung der Massen. Er sollte dementsprechend schnell in den Dienst der Erziehung des Volkes gestellt werden. Zu diesem Zweck sollten Synchronstudios und Vorführungsmöglichkeiten für sowjetische Filme wiederaufgebaut oder neu errichtet werden und die Wiedereröffnung, der Wieder-

¹⁶ Ebd. S. 25-26.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 28.

¹⁸ Zur Einstellung deutscher Filmschaffender zum NS-Staat und zur Emigrationsbewegung nach Erlaß des Ermächtigungsgesetzes vgl. MEYER, S. 71-72.

¹⁹ Vgl. PLEYER, S. 30.

²⁰ Vgl. ebd. S. 24-30.

auf- und Neubau von Filmtheatern gefördert werden. Die Zensur aller alten und neuen Filme erfolgte in der SBZ durch eine Kommission aus Mitgliedern der sowjetischen Militärverwaltung und Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), deren Änderungswünschen entsprochen werden mußte. Der Film galt in der SBZ nicht als Unterhaltungs-, sondern ausdrücklich als politisches Propaganda- und Beeinflussungsmedium. Ganz anders als die Westalliierten legte die sowjetische Militärregierung daher zwecks besserer Lenkung größten Wert auf die zentrale Produktion durch die Defa.

Demgegenüber sah man in den Westzonen die Presse als Hauptinstrument der *Re-Education*-Politik an. Die Rolle des Films wurde geradezu unter umgekehrten Vorzeichen gesehen: Film bedeutete Unterhaltung. Man unterstützte den Wiederaufbau der Kinobetriebe, um den Menschen eine Ablenkung vom Nachkriegsalltag zu verschaffen. Außerdem sah man im Film eine Ware wie beinahe jede andere, die es mit größtmöglichem Gewinn zu verkaufen galt. Darüber hinaus war Deutschland ein nicht zu unterschätzender Markt für die amerikanische, britische und französische Filmindustrie. In den ersten Monaten der Besetzung waren die Filmkontrollabteilungen (*Film Control Branches*) zugleich auch Filmverleihstellen, bevor man den Verleih wieder in private, deutsche Hände gab. Diese Abteilungen waren zuständig für die Ausgabe von importierten Filmen der Alliierten und alter, neu zugelassener deutscher Filme an die Kinobetriebe. Hier liegt ein offensichtlicher Widerspruch: Einerseits stellten die Westalliierten immer wieder die demokratische Gesinnung der Filmschaffenden als vorrangig gegenüber dem schnellen Produktionsbeginn dar, andererseits wollte man die Ware Film aber mit größtmöglichem Gewinn verkaufen.

Zumindest im ersten Jahr nach der Kapitulation war die Lizenzierung eines Produzenten ein kompliziertes Verfahren. Mittels mehrerer Fragebögen und in der amerikanischen Zone zusätzlich durch einen psychologischen Eignungstest sollte die Eignung des Bewerbers festgestellt werden. Die strengen Auswahlkriterien führten dazu, daß die Aussagen, die die Regisseure, Produzenten und Drehbuchautoren darüber machten, welche Werte die zukünftigen deutschen Spielfilme zu propagieren hätten, mehr oder weniger immer genau dem entsprachen, was die Westalliierten erwarteten. Die neuen Filme durften keine faschistischen Tendenzen aufweisen und durften die Politik der Besatzungsmächte nicht kritisieren. Im Gegensatz zur sowjetischen Militäradministration erwarteten die Westalliierten vom Film aber nicht ausdrücklich die antifaschistische Beeinflussung des Zuschauers, entsprechend der Haltung der Westmächte, den Film als Unterhaltung und eben nicht als Propagandamedium zu betrachten. Diese Haltung hatte zur Folge, daß die in den Westzonen produzierten Filme seltener die Auswirkungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft an menschlichen Einzelschicksalen aufzeigten. Wurden solche Filme in den Westzonen gedreht, sah man sie als um so glaubwürdigeren Beweis der demokratischen, antifaschistischen Überzeugung ihrer Schöpfer und als Beitrag zur Reedukation der Bevölkerung. Die Entwicklung in den Westzonen stand eindeutig im Zeichen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung des Westens. Filmvertrieb und Filmproduktion sollten sich nach Gesetzen des Marktes frei entwickeln können, ohne staatliche Eingriffe, jedoch unter Vermeidung von Kartellbildungen. Das Wiedererstehen einer Staatsfilmgesellschaft, wie sie die Ufa gewesen war oder wie sie mit der Defa in der SBZ entstanden war, sollte ausgeschlossen werden. Im Rahmen dieser Politik erhielt, um die Konkurrenz zu beleben, beinahe jeder Bewerber, der v.a. politisch geeignet erschien und über einige fachliche Kenntnisse verfügte, eine Lizenz für Produktion oder Verleih. So entstanden rund vierzig Verleihunternehmen, die auf Dauer aber nicht alle finanziell lebensfähig waren.

Wie in der SBZ bestanden auch in den Westzonen die ersten Aktivitäten der wiedererstehenden Filmindustrie in der Untertitelung ausländischer Filme. Die Untertitelung stieß jedoch beim Publikum auf starke Ablehnung, so daß man bald zur zeit- und kostenaufwendigeren Synchronisation überging. Die Einrichtung mehrerer Synchronstudios in den Westzonen bot eine erste Beschäftigungsmöglichkeit für politisch unbelastete deutsche Schauspieler, da die Produktion neuer deutscher Filme in größerem Umfang erst 1947 wieder begann. Schwierig blieb die Wiederaufnahme der Produktion noch auf lange Sicht, da die Produktionsstudios zerstört oder beschädigt und Filmmaterial äußerst knapp waren.

Mit dem Vertrieb ausländischer und neu lizenzierter deutscher Filme wurde in den Westzonen, als die Militärbehörden diese Kompetenz wieder in deutsche Hände gaben, zunächst je eine Firma beauftragt, für die britische Zone die Atlas-Filmverleih aus Hamburg.

Anders als in der SBZ und Ost-Berlin gab es in den Westzonen keine Bemühungen um den Aufbau einer zentralen Produktionsstätte. In Westdeutschland waren nur die Studios in Geiselgasteig bei München unversehrt geblieben, die 1946 von den Amerikanern noch nicht freigegeben wurden. Schwierig war die Wiederaufnahme der Produktion auch, da frühere Schauspieler, Produzenten und Regisseure über das ganze Land verstreut lebten und zunächst keine Genehmigung erhielten, an den Ort der Filmproduktion zu ziehen. Initiativen zum Wiederaufbau der Produktion mußten daher ebenso verstreut bleiben wie diejenigen, die daran hätten mitwirken können. Hinzu kamen noch die Probleme mit fehlenden Materialien wie Kameras, Beleuchtungsanlagen und v.a. Rohfilm sowie die Schwierigkeit, vorhandene Materialien zu transportieren.

Fast nicht spürbar waren die Auswirkungen des Zusammenschlusses der britischen und amerikanischen Zone zur Bizone am 1. Januar 1947 für die Filmwirtschaft. Die in einer Zone vergebenen Lizenzen galten fortan in beiden Zonen. Theoretisch erwachsen daraus größere Freizügigkeit der Filmschaffenden und die Möglichkeit, gute Besetzungen an einem Drehort zu konzentrieren, doch wurde beides kaum ausgenutzt. Ergebnis der Filmpolitik der vier Besatzungsmächte war, daß in den Jahren 1946-49 84 Filmproduktionen verschiedener Firmen aus den drei Westzonen zur Uraufführung gelangten, während die Defa nur 27 Spielfilme fertigte. Angesichts des 3:1 Verhältnisses der Zonen ein in etwa ausgewogenes Verhältnis, nicht jedoch in Anbetracht der weit größeren politischen Bedeutung des Mediums Film in der SBZ. Eine Ursache für dieses Ergebnis ist in der Marktwirtschaft zu sehen, die andere in der nicht zentral gelenkten und nicht politisch-ideologisch gesteuerten Produktion. Noch weiter angekurbelt und erleichtert wurde die Filmproduktion in den Westzonen durch die Währungsreform am 20. Juni 1948. Der rasche wirtschaftliche Aufschwung wirkte sich auch auf die Filmwirtschaft aus. Fehlende Materialien und technische Ausrüstung konnten jetzt gekauft werden, da Handel und Industrie unmittelbar nach Inkrafttreten der Währungsreform die lange gehorteten Waren freigaben, die sie jetzt gegen harte Währung verkaufen konnten.²¹ Kompensationsgeschäfte waren nicht mehr notwendig. Hinzu kam, daß Wert und Kaufkraft der Deutschen Mark einen hohen Anreiz für den Produzenten darstellten, schnell und viel zu produzieren, wobei jedoch ab 1948 die Qualität der Filme zunehmend litt.

²¹ Vgl. Jürgen WEBER (Hrsg.), *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und Dokumentation in Text, Bild und Ton*, Bd. 2: Das Entscheidungsjahr 1948, Paderborn 1980, S. 175ff.

Wenn trotz aller Schwierigkeiten die Filmproduktion in den Westzonen wieder in Gang kam, so geschah dies v.a. in den Großstädten, wo auch die Zubehörintustrien bald wieder produzierten. Schwerpunkte der Filmindustrie im Westen wurden Hamburg, München und die Westsektoren Berlins.²² Vier dieser Produktionsfirmen, die Berolina-Film-Produktion, die Central-Cinema-Company (CCC), die Real-Film-GmbH und die Filmaufbau GmbH sollten bis in die sechziger Jahre zu den wichtigsten deutschen Produktionsfirmen gehören.

Blickt man auf das Personal, mit dem die deutschen Nachkriegsfilme produziert wurden, so wird deutlich, daß die Mehrzahl der Schauspieler und Regisseure auch schon vor 1945 einen guten Ruf gehabt hatten. Der Plan der Alliierten, nur politisch absolut unbelastete Personen zum Film zuzulassen, erwies sich schnell als undurchführbar. Die meisten Filmschaffenden, die bis 1945 nicht ausgewandert waren, waren zumindest passive Mitglieder der NSDAP gewesen. Ihre politische Umorientierung erfolgte zwangsläufig, und die Überzeugung, mit der sie vollzogen wurde, ist nicht objektiv meßbar. Die Kriterien für einen guten Spielfilm waren bei einigen Regisseuren noch immer die gleichen wie zu Ufa-Zeiten. Man hielt fest an den traditionellen Qualitätsmaßstäben, v.a. suchte man die technische Perfektion beizubehalten, die die Produktionen bis 1945 ausgezeichnet hatte.²³ Neben diesen Kontinuitäten zeigten die neuen deutschen Filme auch eine neue Tendenz: Einige Regisseure machten wie die italienischen Neorealisten aus der Not schlechter Materialien und fehlender technischer Hilfsmittel einen neuen Stil, ein neues Ausdrucksmittel, waren in Deutschland bis 1948 aber in der Minderheit. „Man filmte in Ermangelung von Ateliers, die ja fast ausnahmslos zerstört waren, (...) auf der Straße in einem sachlichen, harten, dokumentarischen Stil, der jedoch von einem eigentümlichen Pathos getragen wurde, das der leidenschaftlichen Empörung der Regisseure über das Dargestellte entsprang.“²⁴ Einige Beispiele hierfür waren: 'Die Mörder sind unter uns' (Wolfgang Staudte, 1946); 'Morituri' (Eugen York, 1948); 'Lang ist der Weg' (Herbert B. Fredersdorf, Marek Goldstein, 1948); 'Affaire Blum' (Erich Engel, 1948); 'Liebe 47' (Wolfgang Liebeneiner, 1949) und 'Rotation' (Wolfgang Staudte, 1949). Dieser positive Aspekt brach aber mit der Währungsreform für lange Jahre abrupt ab, und es folgte ab 1950 eine Epoche unkritischer, realitätsferner, seichter Unterhaltungsfilme, in denen die Zeit vor 1945 allenfalls noch als Kulisse diente.

²² In Hamburg: Camera Film GmbH (H. Käutner, R. Jugert, G. Hurdalek), Junge Film-Union (R. Meyer), Real-Film GmbH. (G. Trebitsch, W. Koppel); in München: Neue Deutsche Filmgesellschaft (H. Braun, J. Geiss), Comedia Filmgesellschaft (H. Rühmann, A. Teichs), Internationale-Film-Organisation IFOR (M. Goldstein, H.B. Fredersdorf), Stella Film GmbH (G. Rittau); in den Westsektoren Berlins: Studio 45 GmbH (H. Weiß, R. Meyer, H. Müller) im britischen Sektor, Central Cinema Company (A. Brauner, H. Weiß) im französischen Sektor, Objektiv-Film GmbH (J. v. Baky, R. König), Tova-Film-Produktion (C. Boese), Ondia-Filmproduktion (W. Illing, G. Krause, J. Meyer), Berolina-Filmproduktion (A.M. Rabenalt), im amerikanischen Sektor.

²³ Die Literatur weist zu diesem Aspekt zwei widersprüchliche Positionen auf: PLEYER vertritt die These, daß zwischen dem deutschen Film der Jahre 1933 bis 1945 und dem deutschen Nachkriegsfilm die Kontinuität in der Machart der Filme vorherrschte. MEYER dagegen sieht den deutschen Nachkriegsfilm, zumindest bis zur Währungsreform 1948, positiver und verweist zurecht auf jene Filme, die in ihrem Stil an den italienischen Neorealismus erinnerten. Für die Zeit danach spricht sie allerdings von einem „Qualitätssturz“. Zur unterschiedlichen Bewertung des deutschen Films 1945-1949 vgl. PLEYER, S. 24-45 und MEYER, S. 133-142.

²⁴ MEYER, S. 134.

3.0 Die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Kinobetriebs in Paderborn. Der Wirtschaftsverband der Filmtheater und seine Aufgaben

Im folgenden sollen zunächst die organisatorischen Grundlagen für den Wiederbeginn des Kinobetriebs in Paderborn beschrieben werden, soweit sie sich aus den im Stadtarchiv Paderborn vorliegenden Akten rekonstruieren lassen. Vor der Wiederaufnahme des Vorführbetriebs stand am 4. September 1945 die Gründung des 'Wirtschaftsverbandes der Filmtheater' durch die britische *Information Control Section* gemäß der NKV 2²⁵ vom 2. Juni 1945. Dieser Verband mit Sitz in Varenholz (Lippe) sollte die wirtschaftlichen Interessen der Besitzer von Filmtheatern vertreten und der Herstellung von Kontakten zu anderen Industrien dienen. Mitglied des Verbands war automatisch jeder, der in der britischen Zone im Bereich des Films, seien es Vorführung, Verleih oder Produktion, tätig war. Im *Advisory Council* des Verbandes saßen Vertreter aller Regionen und Bezirke der britischen Zone in proportionalem Verhältnis zur Zahl der Kinos in den jeweiligen Regionen und Bezirken. Die wichtigsten Aufgaben des Wirtschaftsverbandes waren laut Satzung²⁶ der Zusammenschluß der Unternehmer der Filmwirtschaft in ihrer Gesamtheit, die Förderung ihrer Interessen, die Beratung der Mitglieder in technischen Fragen und beim Wiederaufbau der Kinos, das Aushandeln von Verträgen über die Verleihbedingungen und -preise mit den Verleihern²⁷ sowie die Festlegung der Angestelltentarife und Eintrittspreise in den Filmtheatern.²⁸ Darüber hinaus oblag dem Verband fortan auch die Zulassung neuer Kinos,²⁹ wofür so nicht mehr allein die britische Nachrichtenkontrollbehörde zuständig war. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt wurden so deutsche Kinobesitzer an den Entscheidungsprozessen im Wiederaufbau der Filmwirtschaft entscheidend beteiligt. Der Verband konnte außerdem an der Gestaltung der Kinoprogramme mitwirken und gab eine Mitgliederzeitung heraus.

²⁵ Nachrichtenkontroll-Vorschrift Nr.2, Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Amerikanische Zone (*Military Government Gazette, Germany*), Issue A vom 1.6.1946, S. 54.

²⁶ Vgl. StdtA PB A4204 'Saal Pötzt', Satzung des Wirtschaftsverbandes der Filmtheater.

²⁷ In den ersten Monaten der britischen Militärregierung waren die Filmkontrollabteilungen (*Film Control Branches*) der Nachrichtenkontrollbehörde zugleich auch die Verleihstellen, bevor man diese wieder in private Hände gab.

²⁸ Vgl. StdtA PB A4204, Aktennotiz über die Festsetzung der Eintrittspreise im Saal Pötzt, Rathausplatz 7, für Kinovorstellungen durch die Geschäftsführung des Wirtschaftsverbandes der Filmtheater gemäß NKV 2 und §7 der Verbandssatzung:

„Preisstufe 1 102 Plätze zu RM 1,20 = RM 122,40

Preisstufe 2 180 Plätze zu RM 1,80 = RM 180,00

Preisstufe 3 28 Plätze zu RM 0,80 = RM 22,40

RM 324,80“

²⁹ StdtA PB A4338 'Film-Theater 1947-1949': Hier heißt es in einem Schreiben des Wirtschaftsverbandes der Filmtheater vom 16.2.1946 an den Regierungspräsidenten in Detmold über die Genehmigung von Filmtheatern: „Auf Grund der Verordnung Nr.7 der *Informations Control Section* der Militärregierung in Verbindung mit §7 der einen Bestandteil der Verordnungen bildenden Satzungen unseres Verbandes sind wir allein zuständig für die Genehmigung von Filmtheatern. (...) Die von der Ortspolizeibehörde auszustellende Betriebserlaubnis stellt die Voraussetzung für die Erteilung der Spiellizenz zur Eröffnung des Theaters durch den Antragsteller dar und ist ebenfalls hier einzureichen.“

3.1 Entwicklung des Paderborner Lichtspielwesens bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Am 15. Dezember 1945 fand in Paderborn die erste öffentliche Filmvorführung nach dem Krieg statt. Als ersten Spielfilm zeigte die 'Ufa-Landfilm-Betriebsgesellschaft mbH' im Saal des Kaufhauses Pötz die Terra-Produktion 'Die Feuerzangenbowle' von 1943, mit Heinz Rühmann in der Hauptrolle. Die Inbetriebnahme des Saales Pötz durch die Ufa-Landfilm sollte jedoch nur provisorischen Charakter haben, um die Zeit bis zum Wiederaufbau der Paderborner Lichtspielhäuser zu überbrücken.³⁰ Das 'Zentraltheater', so später die offizielle Bezeichnung des Unternehmens, sollte geschlossen werden, sobald andere Kinos den Bedarf decken könnten, da der Sicherheitsstandard im Saal Pötz den besonderen behördlichen Anforderungen für Filmvorführungen nicht entsprach.

Im zu über 90% zerstörten Paderborn waren noch lange nach Kriegsende große Vortragsräume wie der im ersten Stock des Hauses Pötz Mangelware und daher sehr gefragt für jede Art von Kultur-, Vergnügungs- und Informationsveranstaltungen. Am 8. Januar 1946 schloß daher die Stadt Paderborn mit der Pötz GmbH einen Vertrag über die Nutzung des Saales ab.³¹ Gemäß diesem Vertrag sollte der Saal täglich bis 14 Uhr der Stadt zur Vermietung an andere Veranstalter oder zur eigenen Nutzung zur Verfügung stehen. Darüber hinaus verpflichtete sich die Firma Pötz, den Saal dreimal wöchentlich auch zwischen 14 und 19 Uhr zur Verfügung zu stellen. Die somit gegebenen Möglichkeiten für Konzerte, Theateraufführungen und Vorträge wurden, wie aus den Akten hervorgeht, weitestgehend ausgenutzt.³² Für den durch die ausfallenden Vorstellungen des Zentraltheaters entstehenden Einnahmeverlust sollte die Firma Pötz durch eine je nach Saalbenutzer unterschiedlich hoch angesetzte Saalmiete entschädigt werden. Politische Parteien hatten 100 RM, Behörden 25 RM, Konzertveranstalter 100 RM und Veranstalter von Wohltätigkeitsveranstaltungen 25 RM zu zahlen. Von diesen Mietzahlungen waren lediglich die kirchlichen Behörden ausgenommen. Wie auch bei den regulären Kinovorstellungen mußte die Firma Pötz von diesen Einnahmen 20% je vollbesetztem Kinosaal an die Betriebsgesellschaft Ufa-Landfilm in Vlotho abführen. Die Ufa selbst brauchte der Firma Pötz keinerlei Miete zu zahlen. Im Januar 1947 ging die Leitung des Filmtheaters im Kaufhaus Pötz von der Ufa-Landfilm-Betriebsgesellschaft auf das Zentraltheater Paderborn unter der verantwortlichen Leitung von Horst Walter Girod über.³³ Diese Privatisierung ist Ausdruck der Bestrebungen der britischen Militärregierung, die Strukturen der Ufa abzubauen und so die deutsche Filmwirtschaft zu dezentralisieren. Untermuert wurde diese Absicht, wenn auch nicht direkt von britischer Seite, durch die Umbenennung der Ufa-Landfilm-Betriebsgesellschaft als der überregionalen Betriebsgesellschaft in 'Union-Film-Theater-GmbH' womit zumindest der Name der Ufa zunächst verschwand.³⁴

³⁰ Vgl. StdtA PB A4338, Brief von J. Renneke, Inhaber des Residenztheaters, an das Ordnungsamt der Stadt Paderborn vom 29.12.1949.

³¹ Vgl. StdtA PB A4204, Schreiben der Pötz-GmbH an die Stadt Paderborn vom 4.1.1946.

³² Vgl. StdtA PB A4025, 'Veranstaltungskontrolle' und StdtA PB A4204 'Saal Pötz'.

³³ Vgl. StdtA PB A4025, Bericht für die Woche vom 24. bis 30.1.1947.

³⁴ Vgl. StdtA PB A4204, Aktennotiz vom 18.1.1947.

Am 7. Februar 1947 eröffnete das wiederaufgebaute Residenztheater am Marienplatz 16,³⁵ geleitet von Johannes Renneke, mit der Aufführung von Paul Martins 'Maske in Blau'. Diese im Künstler-, Theater- und Hotelmilieu spielende Ausstattungsoperette war 1942 produziert worden. In den Hauptrollen gab es für das Paderborner Publikum ein Wiedersehen mit Clara Taby, Wolf-Albach Retty und Hans Moser.³⁶ Nach der Wiedereröffnung des Residenztheaters mit 836 Plätzen verfügte man in Paderborn zusammen mit dem Saal Pötz mit 436 Plätzen über eine Kapazität von 1272 Kinoplätzen.³⁷ Damit war annähernd die Kapazität geschaffen, die eine in einer Aktennotiz vom 23. April 1947 nicht näher genannte Verfügung als Berechnungsgrundlage angab.³⁸ Gemäß dieser Verfügung sollte es je 25 Einwohner einer Stadt einen Kinositzplatz geben, so daß sich für Paderborn, das 1947 32000 Einwohner hatte, eine Zahl von 1280 zu schaffenden Kinoplätzen ergab. Aufschluß darüber, wie stark das Kinoangebot in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Paderborn nachgefragt wurde, gibt ein Schreiben von Horst Walter Girod, dem Leiter des Zentraltheaters, vom 2. Dezember 1947, in dem dieser sich beklagt, er habe seit langem kein Papier für Eintrittskarten und befinde sich schon um über 1000 kg im Rückstand, brauche aber pro Tag ca. 1000 Billets.³⁹ Multipliziert man die Zahl der täglichen Vorstellungen (3) mit der Zahl der Plätze des Saales Pötz (436), so ergibt sich eine Zahl von 1308 möglichen Kinobesuchern pro Tag, so daß 1000 Besucher täglich einer Auslastung von 76,45% pro Tag entsprechen. Aus einer Aktennotiz vom gleichen Tag geht außerdem hervor, daß die Hauptvorstellung im Zentraltheater in der Regel ausverkauft war.⁴⁰ Ebenso wie das Zentraltheater mußte auch das Residenztheater sich verpflichten, als Gegenleistung für die Unterstützung beim Wiederaufbau des Theaters den Saal donnerstags für andere Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.⁴¹ Auf Wunsch von J. Renneke sollte es sich dabei bevorzugt um Kulturveranstaltungen handeln.⁴² Diese Regelung galt bis August 1948. Mit der Fertigstellung des neuen Kolpingsaales entspannte sich in Paderborn die Lage auf dem Gebiet der knappen Räumlichkeiten für größere gesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen. J. Renneke betrachtete daraufhin, wie er dem Kulturamt der Stadt in einem Brief am 12. August 1948 mitteilte, die für das Residenztheater getroffene Nutzungsabsprache für hinfällig. Er werde fortan wieder frei über die Nutzung seines Saales verfügen.⁴³

³⁵ Vgl. StdtA PB A4025, Bericht für die Woche vom 7.-13.2.1947; die Registrierung des Residenztheaters durch die Nachrichtenkontrollbehörde war bereits am 21.12.1946 erfolgt, wie das entsprechende Dokument im Archiv J. Renneke belegt.

³⁶ Vgl. BAUER, S. 572.

³⁷ Vgl. StdtA PB A4025, Aktennotiz vom 23.4.1948.

³⁸ Ebd.

³⁹ Vgl. StdtA PB A4204, Schreiben Girods an das Stadtamt 3 vom 2.12.1947. Der Kinoleiter benötigte die Eintrittskarten für die ordnungsgemäße Abrechnung der Steuer.

⁴⁰ StdtA PB A4204, Aktennotiz vom 2.12.1947 betreffend die Nutzung des Saales Pötz für eine Wahlveranstaltung im Rahmen des Landtagswahlkampfes. Gemäß dieser Notiz hatte Girod nachgewiesen, die Hauptvorstellung sei in der letzten Zeit „so gut wie ausverkauft gewesen“, und da die Filmverleiher neuerdings für ausgefallene Vorstellungen eine Entschädigung verlangen dürften, entstehe ihm je Vorstellung ein Schaden von 350 RM und der Stadt ein Steuerverlust von 140 RM. Girod führte an, die Stadt Bocholt stelle aus diesem Grunde auch keine Kinosäle mehr für Wahlveranstaltungen zur Verfügung.

⁴¹ Vgl. Vertrag zwischen dem Baurat der Stadt Paderborn und dem Residenztheater, vertreten durch J. Renneke, Archiv J. Renneke.

⁴² Vgl. StdtA PB A4025, Aktennotiz.

⁴³ Vgl. StdtA PB A4338, Brief J. Renneke an Kulturamt Paderborn vom 12.8.1948.

Ab Herbst 1947 kam Bewegung in die Paderborner Kinolandschaft. Im Oktober und November fanden Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung und einem Herrn Günther Fäcke statt. Dieser hatte einen Antrag gestellt, in der ehemaligen Infanteriekaserne an der Elsener Straße ein Kino mit 900 Plätzen „für die Zivilbevölkerung und die Insassen“ des zum damaligen Zeitpunkt dort untergebrachten britischen *D.P. Camps* einrichten zu dürfen. Fäcke verwies in seinem Schreiben an die Stadtverwaltung vom 22. Oktober 1947 darauf, daß die gute Ausstattung des Saales, die technische Bühnenausstattung und das Vorhandensein eines Orchestergrabens eine gute Möglichkeit auch für alle anderen kulturellen Veranstaltungen eröffnen würden.⁴⁴ Die zuständigen britischen Stellen hätten, so Fäcke, das Vorhaben auch aus finanziellen Gründen begrüßt. Fäcke hatte seinem Schreiben die ihm von den britischen Behörden am 19. März 1947 ausgestellte 'Entnazifizierungsbescheinigung' und die Genehmigung für sein Vorhaben der britischen Nachrichtenkontrollbehörde vom 18. Oktober 1947 beigelegt. Auf der Rückseite des Schreibens befindet sich der Vermerk des Stadtdirektors vom 20. November 1947, die Stadt sei mit dem Vorhaben generell einverstanden. Dem Vorhaben hätte somit theoretisch nichts mehr im Wege gestanden. Aus den vorliegenden Akten geht jedoch nicht hervor, daß in der unmittelbaren Folgezeit oder später Fäckes Vorhaben in die Tat umgesetzt worden wäre. Auch aus den Lokaltageszeitungen ist zu einem solchen Projekt nichts zu erfahren. Bei den darin abgedruckten Kinoprogrammen handelt es sich um die des Zentraltheaters und des Residenztheaters.⁴⁵ Es ist möglich, daß die Pläne Fäckes am Einspruch der lokalen Kinobetreiber scheiterten, denn in einem Schreiben vom 3. Februar 1948 bat die Union-Filmtheater GmbH Vlotho, der das Zentraltheater angehörte, darum, das Kino in der ehemaligen Infanteriekaserne selbst betreiben zu dürfen.⁴⁶ Zur Rechtfertigung dieses Anspruchs verwies man darauf, das Kinoprogramm im Saal Pötz bisher reibungslos und mit gutem Niveau durchgeführt zu haben und v.a. darauf, daß nach Angaben der Stadt die Unterbringung des Zentraltheaters im Kaufhaus Pötz immer nur als Übergangslösung betrachtet worden sei.

In einem persönlichen Gespräch teilte mir J. Renneke am 4. Juni 1991 mit, daß der Kinobetrieb in der Infanteriekaserne in der Elsener Straße seines Wissens nach nie aufgenommen worden sei. Es habe jedoch schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit zwei Filmtheater für britische Armeeingehörige gegeben, eines in der Panzerkaserne an der Driburger Straße und ein weiteres, das 'Globe' in der Kaserne in Sennelager. Beide Kinos seien erst 1984 geschlossen worden. Ferner wies Renneke darauf hin, es müsse während der britischen Besatzungszeit eine Verfügung gegeben haben, die den britischen Soldaten – außer den Offizieren – den Besuch deutscher Kinos verbot. Unmittelbar vor der Wiedereröffnung des Residenztheaters am 7. Februar 1947 habe ihm nämlich die britische Militärbehörde auf seine Anfrage, ob die Filmplakate und Filmankündigungen zweisprachig (deutsch - englisch) zu halten seien, mitgeteilt, dies sei nicht notwendig, da den Soldaten der Besuch von Filmvorführungen gemeinsam mit der deutschen Zivilbevölkerung nicht gestattet sei.

⁴⁴ Vgl. StdtA PB A4025, Schreiben Günther Fäckes an die Stadtverwaltung vom 22.10.1947.

⁴⁵ Vgl. für 1947 die Ausgaben der Westfalenzeitung und für die Jahre 1948 und 1949 die Ausgaben der Freien Presse.

⁴⁶ Vgl. StdtA PB A4338, Schreiben der Union-Filmtheater-GmbH Vlotho an die Stadt Paderborn vom 3.2.1948.

3.2 Streit um die Sicherheitsvorkehrungen im Zentraltheater

Hinter dem Einspruch der Union-Filmtheater-GmbH stand ganz offensichtlich die Befürchtung, die Stadt Paderborn werde dem Zentraltheater die Betriebserlaubnis nicht verlängern bzw. sie ihm entziehen, wenn Fäcke den Betrieb in der ehemaligen Kaserne aufnehme. Angesichts eines Briefwechsels zwischen verschiedenen Ämtern der Stadt Paderborn, dem Technischen Überwachungsverein Hannover, dem Regierungspräsidenten in Detmold und dem Zentraltheater wird diese Befürchtung um so verständlicher. In diesem Briefwechsel ging es ab April 1948 um die drohende Schließung des Zentraltheaters aufgrund zahlreicher baulicher Mängel, so z.B. fehlender Notausgänge und fehlender Notbeleuchtung, zu geringer Breite des Mittelganges, unsicherer elektrischer Anlagen, Fehlen einer Trennmauer zwischen Projektions- und Zuschauerraum zur Sicherheit des Publikums im Falle eines Brandes im Projektionsraum.⁴⁷ Obwohl die aufgeführten Mängel von allen Beteiligten als Sicherheitsrisiko für das Publikum angesehen wurden und von Anfang an bestanden hatten, setzte sich die Stadt Paderborn beim Regierungspräsidenten⁴⁸ und beim TÜV⁴⁹ immer wieder für den weiteren Betrieb des Zentraltheaters ein. Gleichzeitig drängten aber Stadt und TÜV unter Androhung der sofortigen Schließung des Zentraltheaters immer wieder auf Beseitigung der Mängel.⁵⁰ Die Tatsache, daß sich die Stadt über alle Sicherheitsbedenken hinwegsetzte, beweist abermals, wie groß das Unterhaltungsbedürfnis der Bevölkerung in der entbehrensreichen Zeit gewesen sein muß und wie hoch die Verantwortlichen in der städtischen Verwaltung den Stellenwert der Befriedigung dieses Bedürfnisses einschätzten. Es gab jedoch auch kritische Stimmen zum riskanten Betrieb des Zentraltheaters. Darauf verweist ein Aktenvermerk des Stadtoberinspektors Meyer vom 15. Januar 1949. Nach der Wiedereröffnung des Metropoltheaters in der Leostraße⁵¹ durch die Firma Josef Hester & Co. oHG am Neujahrstag 1949 verlangte Meyer zu prüfen, wann das Zentraltheater endgültig geschlossen werden könne.⁵² Durch die Wiedereröffnung des Metropoltheaters verstärkte sich der Druck der Stadt auf das Zentraltheater, die Sicherheitsmängel endgültig zu beheben, weiter. In einem Schreiben des Stadtdirektors vom 15. Januar 1949 wurde die Schließung des Zentraltheaters zum 21. Januar 1949⁵³ angeordnet, was jedoch dann auf die Hauptvorstellung beschränkt wurde, da für die Vorstellungen an Werktagen bis 17.45 Uhr die Ausgänge des im Hause befindlichen Pelzgeschäftes Lohmann und der Pötzschen Geschäftsräume als Notausgänge benutzt werden konnten. Für die Beseitigung aller weiteren Mängel wurde dem Betreiber des Filmtheaters eine letzte Frist bis zum 28. Februar eingeräumt, sofern dieser keinen Dispens vom Regierungspräsidenten vorlegen könne. Die Auseinandersetzung um

⁴⁷ Vgl. StdtA PB A4338, Auflistung in einer Mitteilung des Stadtdirektors an das Zentraltheater am 15.1.1949.

⁴⁸ Vgl. ebd., Brief des Stadtdirektors an den Regierungspräsidenten vom 24.9.1948. Stadtdirektor Dr. Drost bat hierin, die Betriebserlaubnis für das Zentraltheater zu verlängern, bis das Metropoltheater vermutlich am 1.12.1948 in Betrieb gehen werde. Er werde auf die notwendigen baulichen Maßnahmen drängen, v.a. auf die Einziehung der Mauer zwischen Projektions- und Zuschauerraum. In einem weiteren Brief Drosts an den Regierungspräsidenten vom 4.10.1948 wurde die Ausführung der baulichen Maßnahme mitgeteilt, worauf der Betrieb bis zur Eröffnung des Metropoltheaters weiterlaufen durfte.

⁴⁹ Vgl. ebd., Brief des Stadtdirektors Drost vom 21.12.1948 an den TÜV. Drost verweist darauf, daß eine Schließung im Moment noch nicht in Frage komme, da das Residenztheater allein nicht ausreiche, um der Bevölkerung ein ausreichendes Unterhaltungsangebot zu bieten.

⁵⁰ Vgl. ebd., Brief des TÜV an den Stadtdirektor vom 3. 12.1948.

⁵¹ Vgl. 80 Jahre Kino in Paderborn. Von der Volkshalle zum Kino-Center. Chronik, Paderborn 1980. Mitinhaber der Josef Hester & Co. oHG war Julius Heissbach.

⁵² Vgl. StdtA PB A4338, Aktenvermerk des Stadtoberinspektors Meyer vom 5.1.1949.

⁵³ Vgl. ebd., Brief des Stadtdirektors an das Zentraltheater vom 15.1.1949.

Schließung oder weiteren Betrieb des Zentraltheaters endete schließlich mit einem Vergleich zwischen der Firma Pötz und dem Betreiber des Zentraltheaters.⁵⁴ Zuvor hatten Vertreter der Gewerbeaufsicht bei einem Ortstermin sämtliche Notausgänge verschlossen gefunden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das Zentraltheater trotz aller Schwierigkeiten ohne Pause weitergespielt. In dem Vergleich vor dem Landgericht Paderborn kamen die beiden Parteien zuletzt überein, daß der Kinobetreiber künftig während der Hauptvorstellung um 20 Uhr das notwendige Personal zur Verfügung stellen müsse, um jederzeit im Notfall die als Notausgang dienenden Türen zum angrenzenden Arbeitsamt, zum Pelzgeschäft Lohmann und zu den Verkaufsräumen der Firma Pötz öffnen zu können. Der Stadtdirektor hob daraufhin die Schließungsanordnung auf und auch beim Regierungspräsidenten wurde das Verfahren eingestellt.⁵⁵ Der Streit um das Zentraltheater verdeutlicht, mit welchen Schwierigkeiten die Kinobetriebe nach 1945 zu kämpfen hatten, um dem Paderborner Publikum Filmvorführungen anbieten zu können. Die Sicherheitsvorkehrungen wurden zunehmend verschärft, die Möglichkeiten, den Auflagen sofort nachzukommen, waren jedoch begrenzt, da Bau- und technische Materialien knapp und teuer waren. Baumaterial wurde vorrangig für die Wiederherstellung und Neuschaffung von Wohnraum benötigt. Noch im Juni 1947 waren 95,6% der Wohnungen in Paderborn zerstört.⁵⁶ Die Verantwortlichen in den städtischen Behörden dagegen waren ständig gezwungen, zwischen ihrer Verantwortung für die Schaffung von Wohnraum, der Sicherheit des Publikums und dessen als berechtigt anerkanntem Unterhaltungsbedürfnis abzuwägen. Der Stellenwert des Filmmangebots war auch im Zweifelsfalle so hoch, daß die Stadt sich gegenüber übergeordneten Behörden für die Kinobesitzer und Betreiber einsetzte.

Ein Brief der PESAG in der Akte 'Aufbau und Wiederaufbau des Residenz-Theaters' im Archiv von J. Renneke vom 12. Januar 1948 zeigt, daß auch der Spielbetrieb in seinem Theater zum Teil noch unter der schlechten allgemeinen Versorgungslage litt. Man teilte Renneke darin die Genehmigung des von ihm für sein Kino angeschafften Notstromaggregats mit, wenn dieses nicht länger als zehn Stunden wöchentlich betrieben werde. Renneke wollte so die immer noch häufigen Stromausfälle während der Filmvorführungen überbrücken. Eine Aktennotiz des Kulturamtes Paderborn vom 31. Mai 1949 läßt ahnen, unter welchen behelfsmäßigen Bedingungen Kinoaufführungen auch dreieinhalb Jahre nach ihrem Wiederbeginn noch stattfanden.⁵⁷ In einem Brief an das Kulturamt hatte der neue Leiter des Zentraltheaters, Althoff, mitgeteilt, er habe durch verschiedene bauliche Maßnahmen den Komfort für das Publikum erheblich verbessert und unter anderem eine neue Tonanlage installiert, die so oft beklagte schlechte Lüftung verbessert und die Zahl der Sitzplätze von bisher 327 auf 241 reduziert. Außerdem, so Althoff, solle das Zentraltheater nur noch solange weiterbetrieben werden, bis der im Bau befindliche Lichtspielpalast von Josef Böhle in der Westernstraße eröffnet werde.⁵⁸ Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Girod schätzte Althoff das bisherige Niveau des Filmprogramms im Saal Pötz offensichtlich nicht besonders hoch ein, denn in besagter Aktennotiz versprach er dem Kulturamt auch, in Zukunft bessere Filme zu zeigen. Auf das Programm der einzelnen Paderborner Kinos wird im letzten Abschnitt dieses Beitrags noch einzugehen sein.

⁵⁴ Vgl. ebd., Aktennotiz vom 6.4.1949.

⁵⁵ Vgl. ebd., Aktennotiz vom 11.4.1949.

⁵⁶ Vgl. StdtA PB B140, Wohnraumkontrolle 1946/47.

⁵⁷ Vgl. StdtA PB A 4338, Aktennotiz des Kulturamtes vom 31.5.1949.

⁵⁸ Die endgültige Schließung des Zentraltheaters erfolgte im Januar 1950; vgl. Freie Presse 3.1.1950.

3.3 Anträge auswärtiger Unternehmer auf Kinokonzessionen im Jahr 1948

Das Jahr 1948 war bezüglich des Wiederaufbaus der Kinos auch in Paderborn von wachsendem unternehmerischen Interesse am Film gekennzeichnet. Allein die Akte 'Film-Theater 1947-1949' des Stadtarchivs dokumentiert für den Zeitraum vom 8. März bis zum 26. Mai 1948 vier Anfragen von Unternehmern an das Kulturredirektorat oder Bürgermeister Christoph Tölle, die die geplante Neueinrichtung von Filmtheatern betrafen.⁵⁹ Sämtliche Antragsteller verwiesen darauf, bereits eine komplette Kinoapparatur zu besitzen und erklärten sich zu weiteren umfangreichen Maßnahmen in Eigeninitiative bereit. Man wollte die Bestuhlung stellen und eventuell notwendige Umbauten vornehmen. W.D. Kraneis wollte neben der filmtechnischen Anlage sogar gleich eine „Grossbau-Stahlkonstruktion als Kinozweckbau mit 1200 Plätzen und 2 Wohnungen im Vorbau nebst vollständiger technischer Einrichtung“ liefern.⁶⁰ Diese hohe Investitionsbereitschaft der Unternehmer erstaunt, da sie hauptsächlich vor der Währungsreform auftrat. Verkündet wurde das Gesetz zur Währungsreform aber erst am 18. Juni 1948. Seit Anfang des Jahres hatten sich jedoch die Gerüchte um die Reform verdichtet, wie folgendes Zitat des Kabarettisten Werner Fink belegt: „Wie es nun bereits Tradition der Nachkriegszeit geworden ist, wird die Währungsreform diesmal wirklich durchgeführt werden.“⁶¹ Man schien zu hoffen, daß die wirtschaftliche Lage sich bald grundlegend und schnell verbessern und die Investitionen dann Früchte tragen würden. Im Vergleich zu den Kinobetreibern und denen, die es werden wollten, investierten die Filmproduzenten erst nach dem 20. Juni vermehrt. Alle Anträge auf Kinokonzessionen wurden jedoch vom Gewerbeamt der Stadt mit dem Hinweis abgelehnt, die derzeitigen Kapazitäten in Paderborn seien mit 2467 Plätzen völlig ausreichend.⁶² Diese hohe Zahl erstaunt, und tatsächlich beweist das Schreiben des Gewerbeamtes vom 17. April 1948, daß man die beiden noch nicht in Betrieb befindlichen Filmtheater, das Metropoltheater, das mit 700 Plätzen erst am 1. Januar wieder eröffnete, und den Lichtspielpalast, der mit 750 Plätzen erst am 17. März 1950 eröffnete, mit eingerechnet hatte, um den Antragstellern zu zeigen, daß kein Bedarf für weitere Filmtheater bestehe. Aus diesem Verhalten ist zu schließen, daß die Behörden sich auf die Seite der einheimischen Kinobetreiber stellten und diese vor auswärtiger Konkurrenz zu schützen suchten. Ob die Situation der Paderborner Filmtheater sich im Jahr 1949 im Vergleich zu den beiden Vorjahren, wo z.B. das Zentraltheater mit 76,4% gut besucht gewesen war, verschlechtert hatte, geht aus den Quellen nicht genau hervor. Es besteht jedoch Grund zu der Annahme, daß die Besucherzahlen zurückgegangen waren, da es in einem Brief von J. Renneke an das Ordnungsamt der Stadt hieß, die wiederaufgebauten Paderborner Filmtheater seien nur mit 30% ihrer Kapazität ausgelastet und eine weitere Verschlechterung sei nach der bevorstehenden Inbetriebnahme des Lichtspielpalastes zu erwarten.⁶³ Die allgemeine

⁵⁹ Vgl. StdtA PB A 4338, Anfrage der Gloria-Lichtspiel-GmbH Helmstedt vom 8.3.1948 und Anfrage von Reupprecht W. Wendel aus Bad Pyrmont vom 1.4.1948.

⁶⁰ Ebd., Anfragen von Alfred Voigt aus Osterode, ohne Datum, und von W. D. Kraneis vom 26.5.1948.

⁶¹ Zitiert nach Hans RIEHL, *Die Mark, Hannover 1978*, S. 67.

⁶² Vgl. StdtA PB A4338, Mitteilung der Gewerbeaufsicht vom 17.4.1948, angefügt sind die Zahlen der Sitzplätze in den Paderborner Kinos: Residenztheater 831 Plätze; Zentraltheater 286 Plätze; Lichtspielpalast 750 Plätze; Metropoltheater 700 Plätze.

⁶³ Vgl. ebd., Brief von J. Renneke an den Stadtdirektor (Ordnungsamt) vom 29.12.1949.

Entwicklung der Besucherzahlen in den deutschen Kinos weist ebenfalls einen zwischenzeitlichen Besucherzahlenrückgang für das Jahr 1948 auf.⁶⁴

Jahr	Zahl der ortsfesten Filmtheater	Kinobesucher
1945	1150	ca. 150 Mio.
1946	2125	ca. 300 Mio.
1947	2850	459,6 Mio.
1948	2975	443,0 Mio.
1949	3360	467,2 Mio.
1950	3962	487,4 Mio.
1951	4547	554,8 Mio.
1952	4853	614,5 Mio.

Die Ursache für diesen zwischenzeitlichen Einbruch ist vermutlich die Währungsreform. Unmittelbar nach Inkrafttreten der Reform hatten sich die Regale mit lange entbehrten Waren, Lebensmitteln ebenso wie Gebrauchsgegenständen, gefüllt, da die Industrie für diesen Tag X, an dem man wieder gegen harte Währung verkaufen konnte, einen Großteil ihrer Produktion gehortet hatte. Dementsprechend mag die Bevölkerung in der zweiten Jahreshälfte 1948 zunächst ihren großen Nachholbedarf an beinahe allen Waren befriedigt haben, anstatt ins Kino zu gehen. Von dieser Entwicklung werden auch die Paderborner Kinos betroffen gewesen sein.

Dieser Beitrag wird in der folgenden Ausgabe fortgesetzt.

⁶⁴ Friedrich P. KAHLENBERG, Film, in: Wolfgang BENZ (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in 3 Bänden, Bd.3, Kultur, Frankfurt/ M. 1983, S. 358-396, S. 389.

Die Geschichte des Hauses Rathausplatz 14 und seiner Bewohner

von Rainer Decker

*Der eine betracht's
der andere belacht's
der dritte veracht's
was macht's?*

Inschrift am früheren Erker des Hauses

Die Geschichte der Häuser, die früher auf dem Grundstück Rathausplatz 14 standen, läßt sich mit der Arbeitsgrundlage des Historikers, den schriftlichen Quellen, fast 700 Jahre zurückverfolgen. Für kaum ein anderes Bürgerhaus in Paderborn kommt man so weit ins Mittelalter zurück, noch dazu mit so interessanten Nachrichten über den Bau und seine Bewohner. Erklärlich wird dies durch die enge Verbindung mit dem ehemaligen Benediktinerkloster St. Peter und Paul (Abdinghof). In den Urkunden und Akten der Abtei, heute im Staatsarchiv Münster, finden sich dazu zahlreiche Nachrichten. Sie erlauben es, mittels Methode der Besitzrückschreibung, die von Manfred Balzer erfolgreich auf die Paderborner Feldmark angewandt wurde, die Besitzerfolge von etwa einem Fünftel bis zu einem Viertel der Hausgrundstücke innerhalb des Mauerringes bis ins Spätmittelalter zu rekonstruieren¹. Dargestellt werden aber die Ergebnisse in dem vorliegenden Beitrag nicht dadurch, daß man vom Endpunkt 1999 aus immer weiter in der Geschichte zurückschreitet, was durchaus möglich wäre², sondern, um das Verständnis zu erleichtern und wie in der Geschichtswissenschaft seit jeher üblich, in umgekehrter Richtung, also nach dem chronologischen Prinzip, von den Anfängen bis heute.

Als Bischof Meinwerk (1009-1036) im Jahre 1015 Abdinghof im Westen vor der Domburg gründete, legte er fest, daß der Klosterbezirk im Süden bis an die Straße reichte, die vom Marktplatz, dem heutigen Rathausplatz, in die Domburg führte, den späteren Schildern³. Sämtliche Grundstücke zwischen dem Haus Rathausplatz 12, dem östlichen Nachbarn der Commerzbank, und der Börnepader, also die gesamten Areale an der Nordseite des Marienplatzes, gehörten den Mönchen⁴. Seit wann hier unmittelbar vor der Klostermauer Gebäude standen, kann mit der historischen Methode nicht sicher geklärt werden. Fest steht aber, daß einige der Häuser, darunter das hier zu behandelnde Objekt, einen besonderen Status hatten. Ihre Bewohner zahlten

¹ Ein Paderborner Häuserbuch zu erstellen wäre lohnenswert. Karl Ignaz Pöppel (+1969) hatte ein derartiges Projekt vor allem auf der Basis des Abdinghofer Materials in Angriff genommen, aber nicht fertigstellen können (siehe Anm. 4). Zahlreiche, verstreute Nachrichten zur Häusergeschichte finden sich bei Paul Michels, Paderborner Inschriften, Wappen und Hausmarken (Paderborn 1957). Dagegen sind die Verhältnisse auf der Domfreiheit bezüglich der Obereigentümer (Bischof, Domkapitel) geklärt, wenngleich ohne vollständige Besitzerfolge (Vasallen und Pächter): Ursula Hoppe, Die Paderborner Domfreiheit (München 1975). Zur Methode der Besitzrückschreibung und zur Abdinghofer Überlieferung: Manfred Balzer, Untersuchungen zur Geschichte des Grundbesitzes in der Paderborner Feldmark (München 1977), besonders S. 56-60.

² So angewandt von Rainer Decker, Sekretäre und Bürgermeister. Die Bewohner der Häuser Kamp 32 und 34, in: AusgrabungsKAMPagne Paderborn 1994 (Münster 1995) S. 70-78.

³ Vita Meinwerki (ed. F. Tenckhoff, 1921) cap. 131 S. 64.

⁴ Karl Ignaz Pöppel, Heising's Haus am Marienplatz, in: Heimatborn Nr. 87 April 1962, ders.: Die Pader und ihre Regulierung im Mittelalter, in: Heimatborn Nr. 90 November 1962; Rainer Decker, Bürgermeister und Ratsherren in Paderborn vom 13. bis zum 17. Jahrhundert (Paderborn 1977) S. 69 und 73 (Karte).



Grabung „Commerzbank“ 1997, Grabungsbetrieb. Foto: Museum Kaiserpfalz. Mit freundlicher Unterstützung der Grabungsleiterin Ulrike Schäfer und Marianne Moser M.A.

ursprünglich für die Nutzung keinen Geldzins, sondern sie waren Vasallen des Abtes, d.h. ihm zu besonderen Diensten, in Form von Rat und Tat, verpflichtet. Drei Lehnshäuser standen nebeneinander auf den beiden Parzellen Rathausplatz 12 und 14, weitere an der Ecke Marienplatz/Am Abdinghof sowie nördlich davon an dem Hang oberhalb der Börnepader.

Spätestens seit dem Anfang des 12. Jahrhunderts gab es Ministerialen, Dienstmannen des Klosters Abdinghof. Sie bildeten rangmäßig die Spitze der „familia“, der abhängigen und unfreien Hörigen. Mit der Formierung der Bürgerschaft gingen die in Paderborn ansässigen Ministerialen des Klosters in der städtischen Führungsschicht auf⁵.

Urkundlich wird ein Haus auf dem Grundstück der heutigen Commerzbank zum ersten Mal 1305 genannt⁶. Lehnsinhaber war Heinrich von Driburg – wahrscheinlich kein Angehöriger der Adelsfamilie von Driburg, sondern ein Bürger, dessen Familie aus Driburg nach Paderborn gezogen war. Das östliche Nachbarhaus, heute Rathausplatz 12, und das dazugehörige Steinwerk gehörten 1326 als Lehen dem Bürger Arnold v. Driburg, vermutlich einem Verwandten des Heinrich⁷. Dieser wurde 1296 wurde als Zeuge in einer Urkunde des Klosters an der Gaukirche genannt, was für sein gehobenes Ansehen innerhalb der Bürgerschaft spricht.

Der neben ihm aufgeführte Bürger Johann Covot folgte Heinrich von Driburg im Besitz des Lehnshauses (1335 und 1337 als solcher genannt)⁸. Ob der Stadtbrand des Jahres 1340 auch den Rathausplatz in Mitleidenschaft gezogen hat, geht aus den schriftlicher Quellen nicht hervor.

⁵ Decker aaO. S. 43-45.

⁶ Westfälisches Urkundenbuch Bd. IX 335.

⁷ Staatsarchiv Münster (fortan: StAM) Kloster Abdinghof Urk. 110a.

⁸ StAM Kl. Abdinghof Urk. 125; StAM Msc. 4217 Bl. 143^v.

1372/74 war hier der Bürger Johann Stephani ansässig⁹. Das von ihm und seinen Vorgängern bewohnte Objekt wird in einer klösterlichen Urkunde als *domus lapidea*, als steinernes Haus, bezeichnet¹⁰ - eine Besonderheit, denn die meisten Häuser in den mittelalterlichen Städten waren in Fachwerk errichtet. Manche hatten aber, wie das Nachbarhaus Rathausplatz 12, eine *camera lapidea*, ein feuergeschütztes Steinwerk, als hinteren Anbau¹¹. Wo genau dieses Steinhaus lag, ob vorne an der Straße oder aber nach hinten versetzt, darüber enthalten die Urkunden keine Angaben. Sicher ist aber, daß im westlichen Teil des Areals, im Bereich der jetzigen Einfahrt und des Hofes, ebenfalls ein Lehnshaus des Klosters stand. Seine Geschichte wird weiter unten verfolgt.

Anfang des 15. Jahrhunderts begann eine neue Ära im östlichen Teil des heutigen Grundstückes Rathausplatz 14. Nach dem Tode des Johann Stephani war das Haus völlig heruntergekommen. Der Abt Johann investierte daraufhin mehr als 1000 Gulden in einen Neubau und legte dann im Jahre 1403 gemeinsam mit seinem Konvent die Rechte und Pflichten der zukünftigen Lehnsinhaber und des Klosters neu fest¹². Kulturgeschichtlich am interessantesten ist, daß der jeweilige Vasall fortan nicht nur zur Zahlung eines Pachtzinses in beträchtlicher Höhe verpflichtet war, sondern auch zu einer besonderen Dienstleistung. Er mußte jeden Abend bei Eintreten der Dämmerung in einer Laterne an der Hauswand eine Kerze im Gewicht von 1/14 Pfund anzünden, und zwar, so ist zu vermuten, vor einem Bildstock mit der Darstellung der Heiligen Peter und Paul, der Klosterpatrone. Seitdem trug das Haus den Namen Peter und Paul, bis in 18. Jahrhundert. Fromme Heiligenverehrung und Praktisches, nämlich eine, wenn auch bescheidene Beleuchtung, der Straße, verbanden sich hier mit der Selbstdarstellung des Klosters an der zentralen Stelle des bürgerlichen Paderborn. Das Haus grenzte an den Marktplatz, der damals um das Rathaus lag, und zwar an den sogenannten Molkenmarkt, an dem Milchprodukte feilgeboten wurden. Nach Westen hin blickten die Bewohner auf die Marktkirche auf dem heutigen Marienplatz, bis sie 1784 abgerissen wurde. Sie gehörten aber zum Pfarrbezirk der Gaukirche, in weltlicher Hinsicht dagegen zur Western-Bauerschaft.

Erster Lehnsträger nach der Neuordnung wurde 1404 Konrad von Stadelhof alias Richter, aus einer der ältesten und angesehensten Bürgerfamilien der Stadt¹³. Als sogenanntes Mannlehen konnte das Haus nur an ein männliches Familienmitglied vererbt werden. Der Witwe eines verstorbenen Vasallen wurde aber die Leibzucht, die persönliche Nutzung, zugestanden. Nach dem Tode eines Abtes, dem sog. Herrenfall, mußte ebenso eine neue Belehnung erfolgen wie nach dem Ableben des Vasallen, des Mannfalles. Konrad von Stadelhof gab jedoch nach mehreren Jahrzehnten das Lehen von sich aus an das Kloster zurück, so daß 1460 ein neuer Lehnsträger einzog, Hans Bocklyt, dem bis 1517 Liborius Bocklyt folgte¹⁴.

Seit 1518 war das Haus für fast ein Jahrhundert im Lehnsbesitz der Familie Rösing, beginnend mit dem Bürgermeister Johann Rösing¹⁵. Die Rösing gehörten der bürgerlichen Führungs-

⁹ StAM Msc. 4217 Bl. 214 (Urkunde von 1372), 22^v (Lehnsverzeichnis 1374).

¹⁰ WUB IX 335 Rückschrift 14. Jh.

¹¹ StAM Kl. Abdinghof Urk. 110a (zum Jahre 1326).

¹² StAM Kl. Abdinghof Urk. 544.

¹³ StAM Kl. Abdinghof Urk. 545.

¹⁴ aaO. Urk. 717c.

¹⁵ In den Einkünfteregistern des Klosters sind die Besitzer des Hauses durchgängig zwischen 1484 und 1648 angegeben (je 4 ½ Mark Zins zu Ostern und Michaelis an die Kellnerei, später umgerechnet auf 5 Taler und 3 Schilling, nach der Neuordnung seit 1618 22 Taler): StAM Kl. Abdinghof Akte 155-168.

schicht an. Johann Rösings gleichnamiger Nachfahre war 1579 und 1581 Stadtkämmerer, Bertold Rösing 1592, 1598, 1600 und 1602 Bürgermeister. Ein weiterer Johann Rösing, Bewohner des Hauses, erwarb 1594 das Bürgerrecht und war Ratsherr. Der Bürgermeister und der Ratsherr wurden, wie alle Mitglieder des Rates und ihre Vorgänger, 1602 von der Bürgerschaft wegen allgemeiner Mißwirtschaft, Veruntreuung und Unterschlagung städtischen Vermögens angeklagt. Zum Beispiel soll der damalige Kämmerer Johann Rösing eine Kapelle, die beim Riemeketor (Neuhäuser Tor) lag, abgebrochen und das eiserne Gitter und das Holz in sein Haus geschafft haben¹⁶. Aus diesen inneren Auseinandersetzungen entstand der „Kampf um Paderborn“, eine Oppositionsbewegung für weitgehende städtische Autonomie und Anerkennung der evangelischen Konfession gegen den katholischen Landesherren, Bischof Dietrich v. Fürstenberg, der darin „Rebellion“ sah und sich 1604 mit militärischer Gewalt und der Hinrichtung des Bürgermeisters Liborius Wichard durchsetzte.

Gleichzeitig ging es mit dem „Peter und Paul“ bergab. Während Bürgermeister Heinrich Stallmeister um 1600 nur wenige Schritte weiter westlich auf dem heutigen Grundstück Marienplatz 2 ein prächtiges Wohnhaus im Stil der Weserrenaissance errichten ließ¹⁷, dessen Fassade zum Glück den Bombenhagel des 2. Weltkrieges und die nachfolgende Abrißbirne heil überstand, verfiel der alte Bau von 1404 immer mehr. Seit 1609 blieben die Rösing den Pachtzins von jährlich 5 Talern und 4 Schilling schuldig. Es kam zu langwierigen Prozessen, aus denen das Kloster schließlich siegreich hervorging, so daß es 1618 wieder frei über das Haus verfügen konnte¹⁸. Wahrscheinlich wurde jetzt ein Neu- oder wenigstens durchgreifender Umbau durchgeführt. Fortan verpachtete Abdinghof das Haus nur noch für eine Laufzeit von 4 Jahren, zu einem Zins von 22 Talern. Erster neuer Pächter war der Bäcker Konrad Lynnendick. Ein daneben oder dahinter liegendes Häuschen, ein sog. Gaden, wurde dem Glaser Paul Watermann für jährlich 8 Taler überlassen. Entsprechend der neuen Rechtslage wechselten jetzt die Nutzer der beiden Objekte oft. Zum Beispiel trat 1672 mit dem Krämer Christian Hehrfeld ein neuer Pächter auf, der später den Vertrag verlängern konnte und 1677 seinen „Kramladen“ in den Gaden verlegt¹⁹.

Schon zwei Jahre später übernahm der aus Werl zugezogene Kaufmann Dietrich Wiltkotten das Haus am Rathausplatz, und zwar zunächst, wie sein Vorgänger, als Pachtlehen zu einem jährlichen Zins von 20 Reichstalern. Mit ihm begann aber wiederum eine neue Epoche in der Geschichte des „Peter und Paul“. 1691 verkaufte ihm das Kloster das Haus für 700 Reichstaler. Damit verlor es seine uralte Bindung an die Abtei. Areal und Haus wurden allodifiziert, in freies Eigentum ohne lehn- oder pachtrechtliche Beziehung umgewandelt. Die Benediktiner begründeten diesen Schritt mit der „Abwendung überaus großer, omnem fructum [jeden Gewinn] fast absorbierende reparationis Kosten“.

Diese umfangreichen Aufwendungen hatte also der neue Eigentümer zu tragen. Fortan gehörte das Haus für mehr als ein Jahrhundert den Wiltkotten bzw. ihren Nachfahren. Dietrich Wiltkotten begründete in Paderborn eine Familie, die schnell in die städtische Führungsschicht hineinwuchs, wie Ämter und Heiraten erkennen lassen. Wiltkotten selbst war Ratsherr. 1698

¹⁶ Wilhelm Richter, Geschichte der Stadt Paderborn, 2. Bd. (Paderborn 1903) S. 65.

¹⁷ Pöppel, Heising's Haus (wie Anm. 4).

¹⁸ Näheres in StAM Kl. Abdinghof Akte 168.

¹⁹ Hier und zum Folgenden StAM Kl. Abdinghof Akte 513.

starb er bereits im Alter von 43 Jahren²⁰. Seine Witwe heiratete den späteren Bürgermeister Heinrich Schröder, der nun das Haus übernahm. 1704 erweiterte er die Grundfläche, indem er vom Kloster Abdinghof mit dem Nachbargrundstück nach Westen hin belehnt wurde. Hier, im Bereich der heutigen Einfahrt und des Hofes, stand bis zu einem Brand 1671 ebenfalls ein Abdinghofer Lehnshaus. Zunächst hatte 1684 der Besitzer des schönen Hauses Marienplatz 2, Bürgermeister Glehen, die Fläche zu Lehen erhalten. Zur genauen Abgrenzung wurde ein Grundriß angefertigt und sowohl vom Abt als auch von Glehen unterschrieben und besiegelt²¹ 1704 verzichtete Glehen zugunsten Schröders auf diesen Besitz. Bei dessen Neu belehnung wurde wie 1684 die Parzelle in Abgrenzung zu dem westlichen Nachbargrundstück, heute Marienplatz 2 a, genau kartiert. Seit 1704 gehört also diese Fläche ununterbrochen zum Grundstück Rathausplatz 14. Sie wurde seitdem auch nicht mehr auf Dauer überbaut.

Auf Schröder folgte als Eigentümer sein Stiefsohn Josef Konrad Wiltkotten, der 1697, ein Jahr vor dem Tode seines Vaters Dietrich, geboren worden war. 1733 ließ er das heute noch bestehende Haus Markt 8 gegenüber der Gaukirche errichten, wahrscheinlich durch den Paderborner Hofbaumeister Franz Christoph Nagel²².

Erbe des Josef Konrad Wiltkotten war sein Sohn Eberhard Josef (1727-1777). Als dieser kinderlos starb, ging das Haus am Rathausplatz an die Schwester und deren Mann, den bischöflichen Hofrat Hermann Josef (v.) Pein über. Pein war 1724 in Brakel geboren. 1729 erreichte sein in Wien lebender Onkel Jodokus Pein, der dort seit Jahrzehnten als kaiserlicher Registrator tätig war, die Erhebung der Familie Pein in den erblichen Adelsstand²³. Auf diese Weise stiegen die v. Pein allerdings nicht auf das Niveau des ritterschaftlichen Adels auf, der im Hochstift Paderborn sehr einflußreich war, bekleideten aber hohe Beamtenstellen in der landesherrlichen Zentralverwaltung. Frömmigkeit, Familiensinn und Stolz hatten sie aber ebenso wie der Landadel. 1748, zwei Jahre vor ihrer Eheschließung, stifteten Hermann v. Pein und seine Braut Katharina Gertrud Wiltkotten den Hochaltar in der Pfarrkirche zu Brakel.

Als 1769 die Brandversicherung im Hochstift Paderborn eingeführt wurde, schätzte man den Wert des Hauses Nr. 323 in Paderborn, auf 1.200 Taler, ein danebenliegendes Brauhaus auf 300 Taler, ein Holzhaus auf 30 Taler²⁴. Damit war der frühere Peter und Paul eines der wertvollsten Bürgerhäuser der Stadt. Zum Vergleich: Das schon mehrfach genannte Haus Marienplatz 2 wurde mit 1.000 Talern taxiert, das Nachbarhaus Nr. 322 (Rathausplatz 12) mit 700 Talern, das Adam- und-Eva-Haus mit 650 Talern. Das Haus war ein mehrgeschossiger Fachwerkbau mit einem leicht zur Straßenseite überkragenden zweiten und dritten Stockwerk. Hermann Josef v. Peins Schwiegersohn und Erbe, der Hofrat Georg Anton Hartmann erhielt 1801 von der Stadt die Erlaubnis, die Frontseite umzubauen²⁵. Sie sollte nun als durchgehende Fläche in Stein ausgeführt werden, dazu scheint es aber nicht gekommen zu sein.

²⁰ Michels, Inschriften (wie Anm. 1) S. 226.

²¹ StAM Kl. Abdinghof Akte 521.

²² Michels aaO.; Ulf-Dietrich Korn, Der Paderborner Hofbaumeister Franz Christoph Nagel, ein Zeitgenosse Johann Conrad Schlauns, in: Schlaunstudie 1 (Münster 1973) S. 214-277, hier S. 238.

²³ Zu den v. Pein siehe den Nachlaß Michels, Paderborner Familien (Erzbischöfliche Akademische Bibliothek) und den Artikel „Ein Paderborner Familienwappen“ in: Heimatborn, Beilage zum Westfälischen Volksblatt 25/26. September 1943.

²⁴ Stadtarchiv Paderborn (fortan: StAP) A 5266.

²⁵ Archiv des Paderborner Altertumsvereins acta 2367.

Die Familie Hartmann strebte ebenso wie die v. Pein den Aufstieg in den Adel an. Georg Anton Hartmann trat nach der Säkularisation des Hochstifts Paderborn als Regierungsrat in preußische Dienste trat, wurde 1803 geadelt und erwarb 1809 ein Gut in Nordborchen, den Oberhof²⁶. Eine seiner Töchter heiratete den preußischen Regierungsvizepräsidenten Karl Dittmar v. Mallinckrodt und wurde Mutter der seligen Pauline v. Mallinckrodt, der Gründerin der Paderborner Blindenanstalt und des Ordens der Schwestern der Christlichen Liebe. Ein Urenkel des Ehepaares Hartmann/v. Pein war der Erzbischof von Köln, Felix Kardinal v. Hartmann (+ 1919).

Die v. Hartmann nutzten das Haus nicht immer selbst, sondern vermieteten es zeitweise an prominente Personen. 1786/87 wohnte dort der General v. Mengersen, zwischen 1789 und 1794 der Hauptmann v. Haxthausen, dann der Lizentiat Rosenmeyer²⁷, später, 1809/11, der Tribunalpräsident Martin Anz mit seiner Frau und 9 Kindern²⁸.

1859, drei bzw. zwei Jahre nach dem Tode des Bankiers Friedrich v. Hartmann und seiner Frau Maria Anna geb. Daltrop, endete die jahrhundertelange Verbindung des Hauses mit den Wiltkotten und ihren Erben. Der Schwiegersohn, Gutsbesitzer Georg v. Mallinckrodt zu Böddenken, verkaufte es für 12.300 Taler an den Kaufmann Marfording²⁹.

In einer Baubeschreibung von 1863 sind vier Gebäude angegeben³⁰

- a) das Wohnhaus mit einem Versicherungswert von 8.500 Talern: „Front Fachwerk, sonst massiv“. Im Erdgeschoß lagen 1 großer Laden, 1 Comtoir und 1 Küche. „Der Ladenraum im Erdgeschoße ist ganz neu gebaut, sehr geräumig und schön.“ Im 1. Stock befanden sich 4 Stuben und 3 Kammern. Ferner gab es Dachboden und Keller.
- b) eine Scheune (mit Dachboden), die als Stall für je 2 Pferde, Kühe und Schweine diente, mit 2 Schlafstellen für Domestiken, die jetzt als Packräume genutzt wurden. Wert: 750 Taler.
- c) eine Remise mit Raum für 2 Wagen (350 Taler),
- d) ein Schuppen (50 Taler).

Das Heisingische Haus Marienplatz 2 hatte zu dieser Zeit einen Versicherungswert von 6.500 Talern. Das Alter des Hauses Rathausplatz 14 ist nicht angegeben; er dürfte aber noch auf die zu erschließenden Neu- und Umbauten des 17. Jahrhunderts zurückgehen.

1878 fiel das Haus einem Brand zum Opfer, woraufhin der Kaufmann Christian Hasse es für 39.000 Taler von Marfording erwarb und einen Neubau errichtete³¹. Nach den Erinnerungen von Theodor Uhlenhuth hatte er „die ersten Spiegelscheiben in Paderborn.“³² Neuer Besitzer wurde um 1894 der Hotelier Gerbaulet³³. Sein Hotel prägte mit seinem charakteristischen Eckturm, wie alten Fotos zu entnehmen ist, in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die Ostseite des Marienplatzes.

²⁶ Johannes Schäfers, Zur Geschichte von Nordborchen (Paderborn 1937) S. 182-187. Briefadeliges Taschenbuch 1907, S. 271-273.

²⁷ StAM Fürstentum Paderborn, Geheimer Rat XII Nr. 125 (frdl. Hinweis von Roland Linde).

²⁸ StAP A 4762 u. 5187, jeweils Haus Nr. 323.

²⁹ Staatsarchiv Detmold (fortan: StAD) D 23a Nr. 4620. v. Mallinckrodt hatte zuvor den Erbanteil seiner Schwäger, des Ehepaares v. Wolff-Metternich (siehe Stammbaum), an dem Hause erworben.

³⁰ StAD M 5 c Nr. 5352.

³¹ StAD D 23a Nr. 4622.

³² StAP, Manuskript Uhlenhuth zur Paderborner Häusergeschichte, dort auch der Brand von 1878 erwähnt.

³³ StAD M 5 c: Im September 1894 wurde die Zwangsversteigerung beantragt. Zum weiteren Besitzer- und Bewohnerwechsel siehe die Paderborner Adreßbücher (StAP).



Commerzbank 1998, Blick in den Gewölbekeller Foto: Museum Kaiserpfalz. Mit freundlicher Unterstützung der Grabungsleiterin Ulrike Schäfer und Marianne Moser M.A.

Der häufige Besitzerwechsel seit 1859 hatte erst ein Ende, als um 1920 hier die Paderborner Filiale des Hessischen Bankvereins AG einzog, die zuvor in der Rosenstraße 10 ansässig gewesen war. Ihre Nachfolgerin war seit Mitte der 20er Jahre die Commerz- und Privatbank. Im 2. Weltkrieg wurde das Haus stark zerstört. Obwohl die Umfassungsmauern erhalten blieben, entschloß man sich zu einem Neubau in nüchternen Formen. Seine Sanierung 1997/98 ermöglichte Ausgrabungen und gab Anlaß, auch mit historischen Methoden der Geschichte dieses traditionsreichen Grundstückes nachzugehen.

Das Haus auf dem westlichen Teil des Grundstückes Rathausplatz 14

Auf dem Gelände der heutigen Einfahrt und des Hofes stand bis 1671 ebenfalls ein Lehnshaus des Klosters Abdinghof. Der erste namentlich bekannte Lehnsträger war 1374 der Stadtkämmerer und spätere Bürgermeister Johannes Snaperkuc. Die Lage des Hauses wird als *retro puteum*, hinter dem Brunnen, angegeben³⁴. Ein puteus wurde noch auf der Karte von 1684 im Zuge der heutigen Einfahrt nur wenige Schritte von der Straße entfernt eingezeichnet. Die Südwand des Hauses lag lt. dieser Karte in einem Abstand von 33 Fuß 4 Zoll (ca. 10 m) von der Straße. Hier war das Gebäude nur knapp 20 Fuß (ca. 5,80m) breit³⁵.

1434 wurde mit dem Haus Kort Nolte belehnt, der zwischen 1436 und 1446 Stadtkämmerer war³⁶. Ihm folgte sein Bruder Almer Nolte, ebenfalls (1459) Kämmerer, dann der Bürger Johann

³⁴ StAM Msc. 4217 Bl. 22r.

³⁵ StAM Kl. Abdinghof Akte 521.

³⁶ StAM Kl. Abdinghof Urk. 650 c.

von Esde alias Kruck, der es 1479 an Johann Sanders verkaufte³⁷. Genauere Nachrichten liegen wieder für das 17. Jahrhundert vor. Es gehörte damals den Besitzern des westlich unmittelbar daran anschließenden Nachbarhauses, heute Marienplatz 2a: zunächst der Familie Schnitger, dann, seit 1651, dem Ratsherrn Georg Fleitmann³⁸. Das Areal Marienplatz 2a, auf dem sich heute ein Reisebüro, der Verkehrsverein und dazwischen der Durchgang zu Stadtarchiv und Einwohnermeldeamt befinden, war kein Lehen, sondern in erblichem Besitz, von dem lediglich, wie schon im 14. Jahrhundert, ein Jahreszins von 15 Pfennigen an das Kloster zu entrichten war.

Als beide Grundstücke in derselben Hand waren, kam es im Laufe der Zeit zu Unklarheiten über die Grenzziehung. Insbesondere war umstritten, ob eine an der Klostermauer gelegene Scheune zum westlichen, quasi allodialen Grundstück oder zu dem östlichen Lehnsgrund gehörte. Es setzte sich die Auffassung durch, daß die Scheune Teil der östliche Parzelle war. Ob dies historisch richtig war, muß dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall erklärt sich so die merkwürdige Tatsache, daß das Grundstück Rathausplatz 14 im hinteren Teil nach Westen reicht und so die Parzelle Marienplatz 2a von der Klostermauer trennt. Denn hier, entlang der Klostermauer, stand die besagte Scheune.

In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts gehörte das Haus, wie erwähnt, Menso Schnitger. Von dessen Erben erwarb es 1651 der Ratsherr Georg (Jürgen) Fleitmann. Am 4. Oktober 1671 wurde das Haus durch einen Brand eingäschert. Ob auch die Nachbargebäude davon betroffen waren, ist den alten Schriften nicht sicher zu entnehmen. Jedenfalls wurde das Wohnhaus nicht wieder errichtet, sondern es durch leichte Bauten ersetzt, ein Brauhaus mit einer dahinter angrenzenden Kammer. Die Witwe des Jürgen Fleitmann verzichtete 1682 auf eine Neubelehnung für die lehnsfähigen Mannserben. Daraufhin vergab Abt Pantaleon 1684 das Lehen an den Besitzer des Hauses Marienplatzes 2, Bürgermeister Konrad Glehen. Als Bestandteile sind angegeben:

- a) der Platz nächst der Straße (auf dem sich ein Brunnen befand),
- b) der Hausgrund (auf dem wahrscheinlich Brauhaus und Kammer standen),
- c) der Hof sowie
- d) die Scheunenstätte an der Klostermauer.

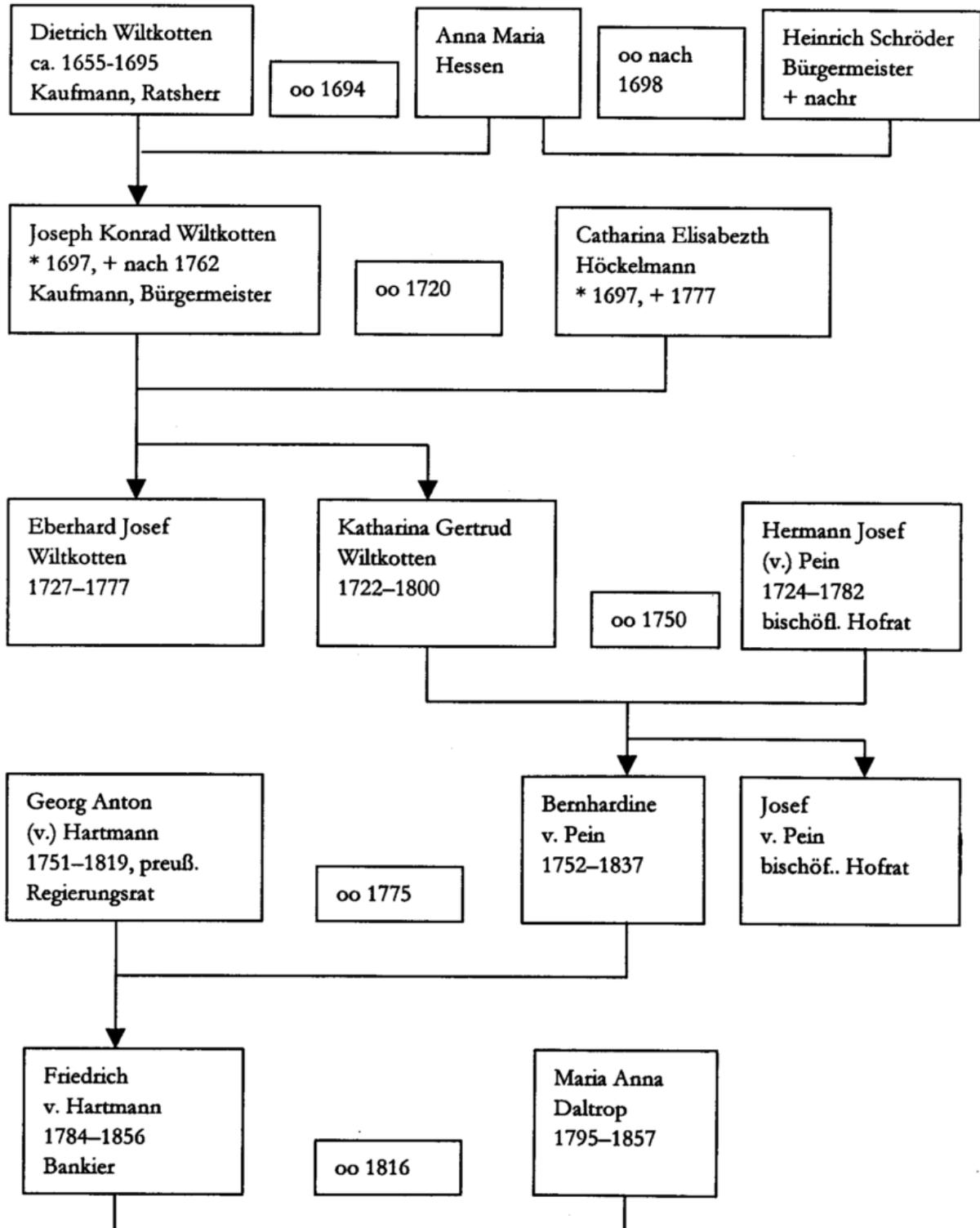
(Außerdem erwarb Glehen das Haus Marienplatz 2a). 1704 verkaufte sein Sohn und Erbe Johann Konrad Glehen den Lehnsgrund an den östlichen Nachbarn, Heinrich Schröder. Aus diesem Anlaß wurde die Karte von 1684 neu gezeichnet und von dem (neuen) Abt Gregor Busch und Schröder besiegelt und unterschrieben. Seitdem ist dieses alte Grundstück mit dem Haus Rathausplatz 14 verbunden.

Hinweis der Redaktion: Herr Dr. Rainer Decker hat eine Homepage eingerichtet, auf der seine neueren Veröffentlichungen und interessante „links“ abrufbar sind (<http://members.aol.com/deckerpad/welcome.html>).

³⁷ StAM Kl. Abdinghof Urk. 757 a.

³⁸ Zum Folgenden StAM Kl. Abdinghof Akte 521.

Stammtafel der Eigentümer des Hauses Rathausplatz 14 vom 17. bis 19. Jahrhundert





Grabung „Commerzbank“ 1997, Grabungsbetrieb. Foto: Museum Kaiserpfalz. Mit freundlicher Unterstützung der Grabungsleiterin Ulrike Schäfer und Marianne Moser M.A.



Referenten und Veranstalter der Regionalgeschichtstagung v.l.n.r.: Dr. Roland Pieper, Dr. Matthias Wernhoff, Prof. Dr. Kaspar Elm, Dr. Gabriele Isenberg, Prof. Dr. Heinrich Rütting, Prof. Dr. Frank Göttmann.

Klöster in der Region

Fragen der Regionalgeschichte. Gedanken zur Tagung am 7.11.1998 in Paderborn

von Jens Schneider

Kirchengeschichte ist eine besondere Teildisziplin der Geschichtswissenschaft. Ihr Spezifikum liegt nicht darin, dass sie mit gleichem Recht Teil der Theologie ist; dies gilt entsprechend auch für die Rechtsgeschichte, Wirtschaftsgeschichte, Technikgeschichte etc. Wer mit Kirchen- oder Ordensgeschichte sich beschäftigen will, muss nicht allein die zeitliche Distanz überwinden, um das Vergangene begreifen und beurteilen zu können, sondern er ist mit einer Alterität noch anderer Art konfrontiert: Er sollte die kirchlichen Strukturen verstehen. Das geht soweit, dass der Historiker sich fragen lassen muss, ob er als Laie überhaupt zu einer gültigen Wertung kommen könne, oder ob nicht nur Ordensleute ihre Geschichte gleichsam als Insider erforschen sollten. So hat es zu allen Zeiten genug Kleriker gegeben, zumeist Benediktiner, die sich um die Kirchengeschichte verdient gemacht haben, von den französischen Gelehrten des 17. und 18. Jahrhunderts über Kassius Hallinger bis etwa zum Siegburger Mauritius Mittler.

Ein kurzer Blick auf die Entwicklung des Mönchtums zeigt, dass Mönchsein nicht mit drei Gelübden (Armut, Keuschheit, Gehorsam) und einem gemeinsamen Leben unter dem Prinzip der Egalität erklärt ist. Monastische Lebensweise und Ideale waren vielfachen Änderungen unterworfen. Ihr Ursprung ist im nicht-klerikalen ägyptischen Wüstenmönchtum der Spätantike zu sehen, also im Beispiel einiger Eremiten (Antonius). Dieser anachoretischen Tradition wurde durch normative Regeln der Kirchenväter (Pachomius, Hieronymus, Augustin, Benedikt von Nursia) immer stärker ein koinobitisches Ideal entgegengestellt, das ein Leben in Gemeinschaft (*coenobium*) vorsah. Bis ins frühe Mittelalter kann man zwei Ausrichtungen des abendländischen Mönchtums beobachten. Im westlichen Gallien herrschte das martinische Ideal (Martin von Tours) vor, das dem Gedanken der Anachorese verpflichtet war und in seinem Individualismus genau darauf verzichtete, was später die *vita communis* ausmachen sollte: die *stabilitas loci* und eine regulierte Klo-

stergemeinschaft. Das südostgallische Mönchtum dagegen organisierte sich verhältnismäßig streng und brachte eine Reihe von Mönchsregeln oder Bearbeitungen hervor. Erwähnenswert ist hier Caesarius von Arles, der um 500 ein Frauen- und ein Männerkloster gründete und dafür die erste Frauenregel verfasste sowie die Klausur einführte. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war das Klosterleben zu einer elitären Angelegenheit geworden, worunter auch zu verstehen ist, dass der Eintritt in ein *coenobium* nicht umsonst war. Hier wird das Konfliktpotential deutlich: Adelige Klostergründer oder -insassen konnten nicht immer einsehen, dass auch sie den Regeln sich zu fügen hätten, was zu Streitigkeiten führen konnte, mitunter auch zum Aufstand mit allen denkbaren Ausschweifungen, wie sie Gregor von Tours über das Radegundiskloster in Poitiers berichtet.¹ Eine neue Entwicklung brachte das 7. Jahrhundert mit der Verbreitung des deutlich stärker asketisch geprägten irischen Mönchtums in der Folge Columbans (Gründungen u. a. Luxeuil, Bobbio). Die lange Zeit gültige Vereinheitlichung, die Anfang des 9. Jahrhunderts von Benedikt von Aniane, dem engen Berater Ludwigs des Frommen, durchgesetzt wurde, nahm die Vorstellungen des fortan berühmten, älteren Benedikts († um 547), des Gründers von Monte Cassino, zum Vorbild. Damit wurden alle anderen Regeln (*Regula mixta*, *Regula magistri* etc.) zugunsten der *Regula Benedicti* unterdrückt. Auch die intellektuellen Cluniazenser und die arbeitenden Zisterzienser 100 bzw. 300 Jahre später blieben ihr verpflichtet, ebenso die Ritterorden des 12. Jahrhunderts. Neue Impulse kamen mit den Bettelorden des 13. Jahrhunderts auf, die eine augustinische Familie bildeten und durch Mobilität und Präsenz in den Städten gekennzeichnet sind. Im Spätmittelalter wird die Entwicklung des Mönchtums durch die vielen

¹ Gregorii episcopi Turonensis libri historiarum X, hg. von Bruno Krusch und Wilhelm Levison (MGH SS rer. Merov. I,1), Hannover 1951, IX 39–44, X 15–20, S. 460–513.

unterschiedlich oder gar nicht regulierten Stiftsgründungen und -neubesetzungen durch Kanoniker/Kanonissen, Chorherren, Beginen u. a. sowie das generelle Problem der Zuordnung zönotischer Gemeinschaften unübersichtlich. Weniger Einfluss auf die Klösterlandschaft als man denken sollte hatte die Reformation. Eine echte und – nicht nur in Paderborn – folgenreiche Neuerung waren allerdings die 1540 vom Papst bestätigten Jesuiten. Es ist festzustellen, dass der Prozess der Auffächerung der monastischen Tradition(en) sich in der Neuzeit fortsetzt. Der unterschiedlichen und wechselnden Aufgabenstellung der Orden und der unterschiedlich starken Verankerung der Klöster in den weltlichen Herrschaftsbereichen auf der einen Seite stehen auf der anderen Seite der Wille zur Vereinheitlichung und die deutlich verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten entgegen. Die Heterogenität der monastischen Landschaft ist also ein Phänomen, das ins frühe Mittelalter zurückreicht.¹

In den materiellen, noch heute fassbaren Konkretisierungen trifft die Ordensgeschichte sich mit der Regionalgeschichte. An diesem Schnittpunkt versammelte die Tagung Archäologen, Kirchen-, Kunst- und Wirtschaftshistoriker im Auditorium Maximum der Universität, die aus verschiedenen Blickwinkeln über „Klöster in der Region“ sprachen. Bei Klöstern und Orden assoziiert man Spezialisten für die Geschichte des Mönchtums wie Friedrich Prinz²,

Christian Courtois³, Adalbert de Vogüé OSB⁴, Josef Semmler⁵, Joachim Wollasch⁶, Franz J. Felten⁷ oder eben Kaspar Elm, mit dem der Veranstalter Frank Göttmann (FB 1 der Universität) einen ausgewiesenen Fachmann vorstellen konnte.

Ausgehend von der Frage „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Ordensgeschichte?“ umriss Prof. Dr. Kaspar Elm (FU Berlin) die Entwicklungsgeschichte des Mönchtums und, als ein zwangloser Metadiskurs, die seiner Forschungsdisziplin. Er legte Wert auf die Feststellung, dass der Gang ins Kloster nicht der Aufgabe jeglicher Individualität gleichkomme, und dass zu allen Zeiten das klösterliche Leben von innen und von außen kritisiert worden sei. Ein Beispiel dafür sei die „querelle de froc“, der von den Reformorden ausgehende Streit um Auslegung und Anciennität der einzelnen Regeln. Eine geradezu ordenfeindliche Haltung habe der Lutheranismus hervorgebracht, die vom Nationalsozialismus und Marxismus unwissenschaftlich ideologisiert worden sei. Öffentliches Interesse und Anerkennung habe die Ordensgeschichte erst in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts erfahren; die emotionslose Einschätzung der Klöster als „Pflanzschulen weltlicher und geistlicher Eliten“, als „Promotoren“ des technischen und landwirtschaftlichen Fortschritts sei eine Errungenschaft dieser Zeit. Elm verglich die einzigartige und hervorragende Rolle der verschiedenen Orden in Mittelalter und Neuzeit mit der der politi-

¹ Zur Lektüre sei verwiesen auf: Klosterleben im deutschen Mittelalter nach zeitgenössischen Aufzeichnungen, hg. von Johannes Bühler, Leipzig 1921, ND als Insel-TB Frankfurt a. M. 1989; Die großen Ordensregeln, hg. von Hans Urs von Balthasar, Einsiedeln 1994; Ekkehard IV., Casus Sancti Galli, hg. und übers. von H. Haefele, Darmstadt 1991. – Gangolf Schrimpf (Hg.), Kloster Fulda in der Welt der Karolinger und Ottonen (Fuldaer Studien, 7), Frankfurt a. M. 1996; Theo Kölzer et al., Die Kultur der Abtei St. Gallen (Bonner Akademische Reden, 77), Bonn 1997.

² Frühes Mönchtum im Frankenreich. Kultur und Gesellschaft in Gallien, den Rheinlanden und Bayern am Beispiel der monastischen Entwicklung (4. bis 8. Jahrhundert), München 1988. Auf Prinz geht auch die Antithese von aquitanischem und „Rhönemönchtum“ zurück.

³ L'évolution du monachisme en Gaule de St Martin à St Columban, in: Il monachesimo nell'alto medioevo e la formazione della civiltà occidentale (Settimane di studi del Centro italiano di studi sull'alto medioevo 4, 1956), Spoleto 1957, S. 47–72.

⁴ La communauté et l'abbé dans la règle de St Benoît, Paris 1961.

⁵ Karl der Große und das fränkische Mönchtum, in: Karl der Große. Lebenswerk und Nachleben, Bd. 2: Das geistige Leben, hg. von Bernhard Bischoff, Düsseldorf 1965, S. 255–289.

⁶ Mönchtum des Mittelalters zwischen Kirche und Welt (MMS 7), München 1973.

⁷ Herrschaft des Abtes, in: Herrschaft und Kirche. Beiträge zur Entstehung und Wirkungsweise episkopaler und monastischer Organisationsformen, hg. von Friedrich Prinz (Monographien zur Geschichte des Mittelalters, 33), Stuttgart 1988, S. 147–296.

schen Parteien in der neuesten Zeit. Entmythologisierend sei die integrative Funktion und starke Einflussnahme auf die Gesellschaft zu betonen, aber auch die Reflexion auf eigene Aufgaben, die eben über die *vita communis* als Selbstzweck auf dem Weg zum Seelenheil hinaus die Wechselbeziehung zur Gesellschaft immer neu definierte. So ist im Selbstverständnis wie in der Organisation ein Wandel vom gottgefälligen Leben als Selbstzweck zur gesellschaftlichen Funktionsgröße, vom autarken Kloster zu hierarchisch strukturierten Kongregationen zu beobachten – wobei als Vorstufe die *cella* des Eremiten oder der Reklusin zu ergänzen wäre. Die Anpassungsfähigkeit der Orden beschränkte sich aber nicht auf die „harmonische Entfaltung vorgegebener Entelechien“, sondern zeigte sich in der Umformung von Grundsätzlichkeiten in Reaktion auf Krisen, weshalb beispielsweise die heutigen Benediktiner wenig mit ihrem Gründervater verbände, sondern sie vielmehr von Neoromantik und Historismus geprägt seien.

Als Antwort auf die Eingangsfrage legitimierte Elm Ordensgeschichte unter Bezug auf Jacob Burckhardt als eine Facette der vielfältig von Geschichte gestalteten Umgebung des Menschen; bei deren Erforschung sei die Ordensgeschichte auch ein Beitrag zur Regionalgeschichte.

Unklar blieb allerdings die Intention seiner mahnenden und klagenden Randbemerkungen, dass niemand mehr in die Kirche gehe und daher auch keine Kenntnis der Inhalte und Strukturen des Gottesdienstes im weitesten Sinn habe, auf dem Wege der Wissenschaft aber viele zu erreichen seien. In einer fortgeschritten säkularisierten Gesellschaft kann es nicht verwundern, dass diese Dinge neu erlernt und gelehrt werden müssen. Als Aufgabe seiner Wissenschaft wollte er das aber offenbar auch nicht sehen, da er gerade bei der unsentimentalen Hinwendung zum Ordensleben als Historie fürchtete, dessen *Proprium* ginge verloren. Rein erlerntes Wissen sei ohne die Praxis des Gläubigen irrelevant und führe zu keiner gültigen historischen Erkenntnis.

Man kann dies entweder als Plädoyer für Spezialistentum verstehen, oder als Aberkennung der Urteilskompetenz des Nichtchristen in allen kirchlichen oder Glaubensfragen. Letzteres hätte zur Konsequenz, dass Kirchengeschichte tatsächlich nur von praktizierenden Christen,

Ordensgeschichte womöglich nur von Mönchen, und, Insidewissen als *conditio sine qua non* verstanden, mittelalterliche Geschichte nur von Zeitgenossen erforscht und verstanden werden könne. Diese sind leider rar geworden. Der Nutzen möglichst intimer Kenntnis des Forschungsgegenstands ist nicht zu bestreiten; wo aber beginnt die dem historischen Urteil abträgliche emotionale Befangenheit? Ist nicht eher eine andere Art der – theoretischen – Vertrautheit zu propagieren, und das wäre die Antwort auf die erste Deutung der Bemerkungen Elms, nämlich eine Bündelung verschiedener Perspektiven, die von Lucien Febvre schon 1933 in Aussicht genommene Konkordanz der Methoden¹, mit einem Wort, die interdisziplinäre Annäherung?

Archäologische Fragestellung und Vorgehensweise konnte Frau Dr. Gabriele Isenberg (Westfälisches Museum für Archäologie, Münster) in ihrem Vortrag „Die Entwicklung des Reichsklosters Corvey in seinen Raumbezügen von der Gründung bis zur Säkularisation“ veranschaulichen. Das vom alten Mutterkloster Corbie unweit Amiens (7. Jh.) aus gegründete Benediktinerkloster *Nova Corbeia* ist in seiner Rolle als Reichsabtei, Missions- und Pilgerzentrum wie auch in seiner Filiationsfunktion, die die Region mit dem Reich gleichsam vernetzen sollte, in Ostwestfalen zur Genüge bekannt.

Die Klosterkirche St. Stephanus und Vitus, die sich heute mit karolingischem Westwerk und barockem Langhaus präsentiert, wurde im wesentlichen in drei Bauphasen errichtet (9. und 17. Jahrhundert). Die zentrale Bedeutung in Sachsen schon bald nach der Gründung belegen die in den 860er Jahren erweiterte Klosteranlage sowie die mit Markt- und Münzrecht ausgestattete Siedlung im südlichen Weserbogen. Diese *civitas* Corvey erlebte im 12. Jahrhundert ihre Blütezeit, verlor den Stadtstatus im 14. um im 15. Jahrhundert wüst zu fallen. Die gezeigten Grabungsbefunde (Häuser mit Steinkeller) legen nahe, dass es möglicherweise um die bedeutendste Stadtwüstung Westfalens sich

¹ Examen de conscience d'une histoire et d'un historien [Antrittsrede am Collège de France], in: *Combats pour l'histoire*, Paris 1995 [erstmalig 1953], S. 3–17: „Collaboration des hommes, concordance des méthodes, analogie des développements“ (S. 14).

handelt, die im Konkurrenzkampf gegen die *villa Huxori* (Höxter) unterlag (wie †Balhorn gegen Paderborn). Zwischen den Fronten lagen vier Propsteien und Klöster: †Nienkerken, das noch ergraben werden müsste, Brenkhausen, †St. Aegidius im Brückfeld und †tom Roden. Ergiebig zeigte sich dabei das nordwestlich Corvey gelegene Kleinkloster tom Roden; die Anlage ist aufwendig ausgeführt, was besonders in der Wasser- und Heiztechnik sich manifestiert. Zudem wurden Silberbarren (Großwährungseinheit) und Prägestempel aus dem 12./13. Jahrhundert gefunden, die auf Buchproduktion hinweisen. Die Klosterkirche in der ergrabenen Form stammt aus der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts, der gemischt belegte Friedhof weist darauf hin, dass sie auch als Pfarrkirche des Dorfes Roden fungierte. Das Maria Magdalenenpatrozinium könnte auf ein Sühnemotiv für die Gründung verweisen, wie überhaupt die Frage sich stellt, welche herausgehobene Bedeutung dieser vom Kloster Corvey bestätigte Konvent hat haben können. Wurde das Kloster unmittelbar von Corvey gegründet, oder, „ein verführerischer Gedanke“, das Kloster als Gegenmodell zu Corvey, „von Befürwortern der gerade in Westfalen fußfassenden Reformorden“?

Als dritter Referent des Vormittags berichtete Dr. Roland Pieper (Landschaftsverband Westfalen-Lippe=LWL) über „Dalheim – Nutzungskonzepte und Nutzungen der ehemaligen Klosteranlage von 1803 bis heute“. Das im 13. Jahrhundert von Augustiner-Nonnen gegründete, Ende des 14. Jahrhunderts verlassene Kloster wurde 1429 dem Kloster Böödeken inkorporiert. Die Böödeken Mönche, selbst noch nicht lange dort ansässig (vgl. Vortrag Rüthing), „sammelten“ die wüstgefallenen Dalheimer Ländereien. Die Anlage wurde wiederaufgebaut und 1452 in die Selbständigkeit entlassen. Wiewohl diese Bauten aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit Hypocaustum kaum als bescheiden gelten konnten, wurden bis 1740 bedeutende Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen durchgeführt, sodass bei der Aufhebung 1803 ein auch wirtschaftlich funktionierender barocker Organismus mit Imkerei, Gartenkunst, Bibliothek, Scriptorium und „reicher

Musiziertätigkeit“ zerstört worden sei.¹ Obwohl sie überwiegend aus Stadtbürgerkreisen (Paderborn, Geseke, Brilon, Münster) stammten, könne man von einem „quasi-adeligen Lebensgefühl der Konventualen“ im 18. Jahrhundert sprechen.

Die Aufhebungskommission befand, die Mönche wirtschafteten nicht effizient, wobei als Vergleich die großen Höfe in Pommern und Schlesien dienten. Dennoch folgte der Säkularisierung der Niedergang: Die vielleicht älteste Tagelöhnerkolonie Westfalens wurde schon im nächsten Jahr (1804) verpachtet, beide aufeinanderfolgenden Pächter „scheiterten an Dalheim“, ebenso wie der von Berlin eingesetzte Administrator. Einerseits habe auch das neue Konzept (Kartoffelanbau, Geflügel- und v. a. Schafzucht, Wassermühle) keine Besserung gebracht, andererseits sei die preußische Domäne ein Fremdkörper im katholischen Umland geblieben... Die landwirtschaftliche Nutzung der Sakralräume, etwa der Sakristei als Fohlenstall, und die Nichtbeachtung der katholischen Feiertage mögen dazu beigetragen haben. Auch im 20. Jahrhundert änderte sich lange nichts. Der Restaurierung kam die Wirtschaftskrise dazwischen, und das geplante Freilichtmuseum wurde nach der Neuordnung in Bundesländer in Detmold eingerichtet.

Seit dem Ankauf durch den LWL 1979 wurden Grabungen durchgeführt; die Restaurierung beschränkt sich auf Bestandssicherung, so des bis 1737 barockisierten Westflügels. In den letzten zwei Jahren erfolgte der Übergang zum publikumsoffenen Museumsverkehr, was Führungen, Aktionstage, Wechelausstellungen² u. a. m. einschließt; der sogenannte Dalheimer Sommer scheint gut angenommen, und eine Museumsbuchhandlung ist geplant. Für die Technikgeschichte interessant ist eine rekonstruierte Getreidesortier- und -reinigungsanlage von 1926. Weiterreichende Pläne zielen auf den Ausbau zu einem Kulturzentrum. Es bleibt abzuwarten, wo inmitten der

¹ Dass die Barockisierung der Gebäude und die besondere Pflege der (Kirchen-)Musik durchgängig in der Klosterlandschaft des 17. Jh.s eine Rolle spielt, hat jüngst Werner Vogler wieder betont: Rez. „900 Jahre Benediktinerabtei Marienberg 1096–1996“, in: SZG 48 (1998), S. 411f.

² Hier wäre die Wanderausstellung „Die Kultur der Abtei St. Gallen“ zu nennen (18.4.–30.5.1999).

von Pieper genannten Projekte sich dieses konzeptuell einordnen wird, mit anderen Worten: Welcher Art wird eine solche Institution sein, und wie wird sie zwischen Museumsdidaktik und Westfälischer Klosterstraße sich definieren?

„Zur Wirtschaftsgeschichte westfälischer Klöster“ äußerte sich Prof. Dr. Heinrich Rüthing (Universität Bielefeld) und stellte damit nach der Mittagspause den Anschluss an Dalheim her. Für ein „erstes revirement der Klosterlandschaft im östlichen Westfalen“ vor der Reformation könne Kloster Dalheim, das etwa 60 Jahre lang brach lag, als repräsentativ gelten. Anhand der Beispiele Böddeken und Falkenhagen stellte er die Abelsche Theorie¹ von der spätmittelalterlichen Strukturkrise vor.

Böddeken, kurz nach 836 als Kanonissenstift gegründet und damit ältestes Kloster im Hochstift Paderborn, beherbergte im Hochmittelalter auch einige Kanoniker (geteilte Mensa); der Niedergang seit 1390 ist nach Rüthing keinesfalls damit zu erklären, dass die adeligen Klosterinsassen nicht selber körperlich arbeiteten (was sie vorher auch nicht getan hatten) oder zu kostspielig lebten. Vielmehr seien – wie auch in vielen anderen Fällen – die Abelschen Faktoren Bevölkerungsrückgang (besonders nach dem Pestjahr 1348), sinkende Getreidepreise und im Wert steigende Handwerksprodukte als Ursache zu betrachten. Ein Einschnitt in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts ist dadurch gekennzeichnet, dass immer mehr Bauern ihre Höfe aufgaben, den verbleibenden Abgabenreduktion gewährt werden musste, mit der Folge, dass die auf Getreidewirtschaft konzentrierten Siftsbesitzungen die Kanonissen nicht mehr ernähren konnten. Wohl ist der Aufschwung, der nach der Übernahme durch Chorherren aus Zwolle stattfand, mit körperlicher Arbeit zu erklären; die Leistungsträger indes waren nicht die eigentlichen Chorherren, sondern die Laienbrüder, die bis Mitte des 15. Jahrhunderts die Klosterwirtschaft aufgebaut und sogar erweitert hatten. Dem Widerstand des örtlichen Adels zum Trotz sei so ein landwirtschaftlicher Musterbetrieb mit 27 Chor-

herren und 150 Konversen entstanden, der von 1451 bis etwa 1470 den Viehbestand verdoppeln konnte.

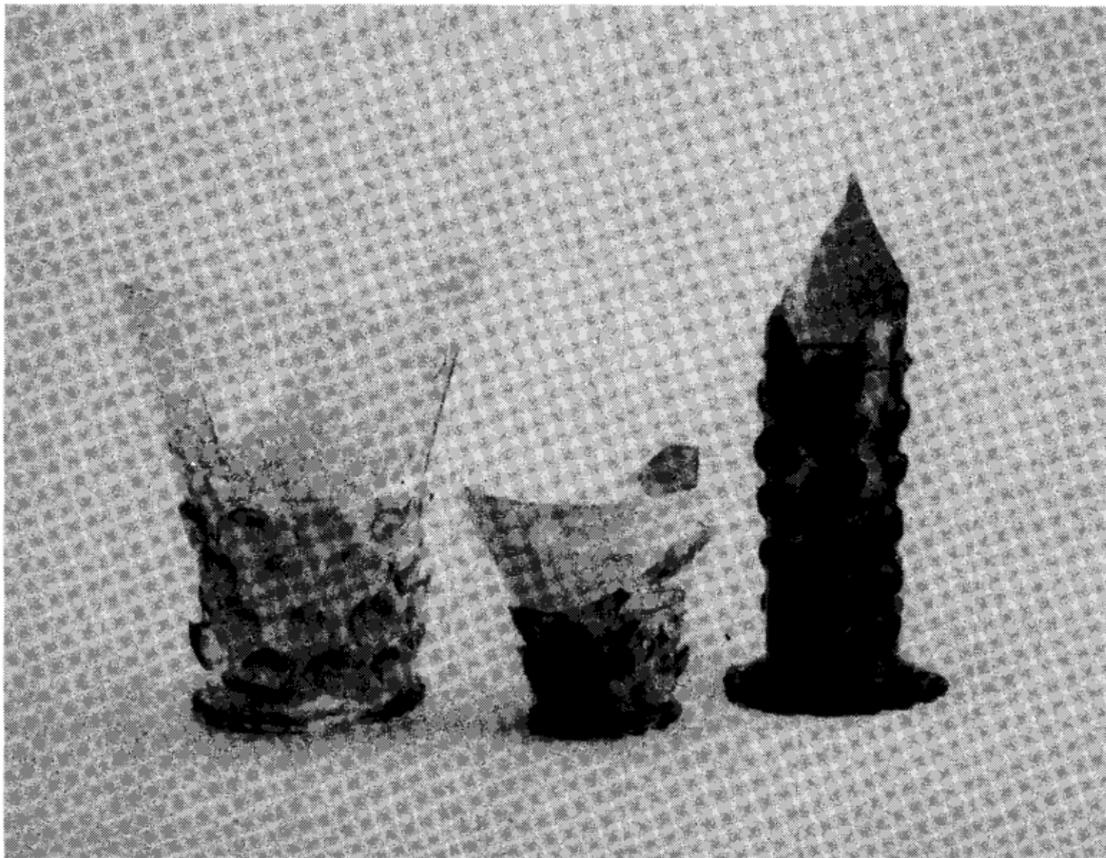
Die Frage, warum das 1247 nach Falkenhagen verlegte florierende Zisterzienserinnenkloster nach seiner Zerstörung 1407 nicht wieder aufgebaut wurde, erklärte Rüthing wiederum mit Wilhelm Abel. Infolge der Wirtschaftskrise liefen auch hier die bäuerlichen Ernährer davon, das Kloster wurde 1432 durch die (augustinischen) Kreuzherren von Huy übernommen. Diese mussten ihre monastische Ordnung ändern um Eigenarbeit einbringen zu können, durften sie doch als Chorherren nur der Lektüre und dem Chorgebet sich widmen. Die Falkenhagener übernahmen bald auch Hönscheid und Lintfeld.

In der anschließenden Diskussion wurden die Thesen Rüthings heftig infrage gestellt, was nicht verwundert, da hier ein Grundproblem der Geschichtswissenschaft² angesprochen wurde. Gestritten wurde hauptsächlich um die Gewichtung, d. h. ob die geschilderten Vorgänge wirklich als grundlegende Veränderung der Klosterlandschaft bezeichnet werden können, ob dies tatsächlich auf die wirtschaftliche Entwicklung zurückgeführt und ob das Entstehen dieser neuen Männerklöster mit sozialer Öffnung und verändertem monastischen Ideal („Arbeit als Askese“) als historische Umorientierung gewertet werden kann, oder nicht eher als Herausforderung, die von den Orden in Rückbesinnung auf alte Ideale gemeistert wurde (Elm).

Den Schritt vom Überbau des Historikers zur archäologischen Basis, um für einen Moment bei der materialistischen Terminologie zu bleiben, vollzog Dr. Matthias Wernhoff (Museum in der Kaiserpfalz), der dankenswerterweise kurzfristig für Dr. Hans-Werner Peine eingesprungen war. Er zeigte sich mit dessen Vortragsgegenstand „Mittelalterliche und frühneuzeitliche Sachkultur in westfälischen Klöstern“ bestens vertraut und präsentierte anhand einiger Dias verschiedene Grabungsfunde. Dabei wur-

¹ S. etwa: Wilhelm Abel, Strukturen und Krisen der spätmittelalterlichen Wirtschaft (Quellen u. Forschungen z. Agrargeschichte, 32), Stuttgart/New York 1980.

² Bezeichnenderweise wurde Abel besonders von materialistischen Historikern kritisiert mit dem Vorwurf, zu einseitig die streng ökonomischen Prozesse verantwortlich zu machen, und die ökonomischen Strukturen (Produktivkräfte etc.) zu vernachlässigen.



Gläser aus dem 16. Jahrhundert aus der Kloake der Abtei des Damenstiftes Herford

de deutlich, wie schlecht die Funde zur Sachkultur eine Unterscheidung zwischen monastischen und anderen Siedlungen erlauben. Im Kloster Liesborn (Diözese Münster), das im 9. Jahrhundert als Kanonissenstift gegründet, im 12. in ein Benediktinerkloster umgewandelt wurde, lassen Funde aus dem 10. Jahrhundert (mit Goldblech umwickelter Faden, Mosaikstein, tauschiefter Sporn) vermuten, dass ein Profangebäude auf dem Stiftsgelände der Gründerfamilie als Wohnung diente. Auch die Datierung ist sehr schwierig, da die Objekte des frühen und des hohen Mittelalters unspezifisch sind.

Diese Probleme zeigten sich auch beim Herforder Damenstift, das mit der Gründung vor 800 das älteste in weitem Umkreis ist. Bei der Ergrabung der ehemaligen Stiftsklausur, die an die Münsterkirche anschloss, konnte eine ansehnliche Reihe verschiedenster Objekte sichergestellt werden: wie immer, Keramik-

scherben, dann Reste von Kämmen, vielleicht Griffel, Messerchen, in einem Nebengebäude des 14. Jahrhunderts Buchschließen und -prägestempel. Andere Funde belegen den höheren Lebensstandard der Äbtissin: Siegburger Töpferei und ein bedeutender Glasfund holländischer oder gar venezianischer Provenienz, darunter ein hohler Glaspallus mit Verschluss.

Ausblickende Bemerkungen Dr. Wemhoffs bildeten den Übergang zur Schlussdiskussion. Dabei kam der Direktor des hiesigen Museums (noch) des LWL auf Dalheim zurück; inmitten all der vielversprechenden Projekte dürfe das Besondere der Dalheimer Anlage nicht verspielt werden, nämlich das ursprünglich mittelalterliche Klosterkonzept und die Zeugnisse der Alltagskultur. Beim Blick auf Dalheim, der – so ergab es sich – hier von archäologischer, historischer und kunsthistorischer Seite her erfolgte, wurde am Einzelfall deutlich, was als Ergebnis der Tagung gelten kann: Die Geschichte lebt

nur aus ihren Teildisziplinen, mehr noch, sie ist auf die ergänzende Perspektive jeweils zuständiger Nachbardisziplinen angewiesen. Die Beschäftigung mit Klöstern und Mönchen kommt nicht ohne Kenntnis des monastischen Lebens aus, andererseits genügt es nicht, einen Orden zu kennen, sondern man muss über ein breiteres Wissen verfügen, um ein Urteil wagen zu können. Eine geschichtliche Landeskunde, die ohne Einbettung in die „große Geschichte“ zur undifferenzierten Heimatkunde wird, kann im

kleinen eine Zusammenschau der fachspezifisch verschiedenen Perspektiven und Methoden leisten und über ihre Ergebnisse sich als repräsentative Regionalgeschichte ausweisen und zugleich selbst definieren.

So hat die Tagung den Bedarf des interdisziplinären Diskurses vor Augen geführt und zugleich das Paderborner Modell der engen Zusammenarbeit von Historikern und Archäologen bestätigt.

Die geschuldete Erinnerung. Gedenken und Erinnern in Paderborn nach 1945

von Margit Naarmann

Diesen Vortrag hielt Frau Dr. Naarmann am 7. Dezember 1998 aus Anlaß der Vorstellung ihres Buches „Von ihren Leuten wohnt hier keiner mehr“ – Jüdische Familien in Paderborn in der Zeit des Nationalsozialismus, das als Band 7 der Reihe „Paderborner Historische Forschungen“ des Vereins für Geschichte an der Uni-GH Paderborn erschienen ist.

Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch schreibt in seinem Tagebuch, ein Jahr nach dem Ende des grauenvollen Zweiten Weltkrieges: „Leider ist es ja so, daß das Geschehene, noch bevor es uns wirklich fruchtbar entsetzt hat, bereits überdeckt wird von neuen Untaten.... Das Geschehene geschehen sein lassen! Jeder sagt, das weiß man nun. Wenn man an Ort und Stelle steht, weiß man, daß man es durchaus nicht weiß, das Unvorstellbare entzieht sich unserem Gedächtnis, und das ist gut so, aber einmal - glaube ich - muß das Entsetzen uns erreichen, sonst gibt es kein Weiter!“

Erst nach und nach waren in den Monaten nach Kriegsende die entsetzlichen Greuel- und Mordtaten des NS-Rassenwahns in die Öffentlichkeit gedrungen. Die Gefühlslage schlug um von völliger Fassungslosigkeit über diese Untaten des Naziregimes zur Empörung und Wut gegenüber den Tätern und wandelte sich schließlich zu brennender Scham. Sie wurde indes bald überlagert von leidenschaftlicher Ablehnung gegenüber dem Vorwurf von Seiten der Sieger, jeder Deutsche sei mitschuldig an diesen Greueln. Für die Deutschen wiederum war das völlige Unverständnis der Sieger für ihr Leben in einer Diktatur mit totalitärem Anspruch ebenfalls nicht begreiflich. Die Abwehr eines Schuld- und Leidensdrucks diente dann zwei Funktionen, zum einen der entschiedenen

Zurückweisung der Kollektivschuldthese, zum andern der Beteuerung, nichts von der Judenvernichtung gewußt zu haben. Das Schweigen, Verdrängen oder das Schlußstrich-Ziehen forderte die Engagierten zu um so größerer Anstrengung heraus: oftmals mit dem traurigen Erfolg verstärkter Abwehr der Umgebung.

Bereits Anfang April 1945 hatte die britische Militärregierung die Verwaltung der Landkreise Paderborn und Büren übernommen. Die Briten bemühten sich, die Verwaltung schnell in deutsche Hände zu übergeben und nahmen es mit der Säuberung der Verwaltungen sehr ernst, aber es war nicht leicht, Personen ohne NS-Vergangenheit zu finden. Zunächst wurde auf der Grundlage einer Anweisung des Alliierten Kontrollrats entnazifiziert. 1946 beschloß die britische Militärregierung, unbelastete Deutsche beratend in das Entnazifizierungsverfahren einzubeziehen. Vorsitzender der zuständigen Paderborner Berufungskammer für die Kreise des ehemaligen Hochstifts wurde Rechtsanwalt Erhart, der wegen seiner Amtsführung ein hohes Ansehen genoß (Gemeinsam mit seinem Kollegen Dr. Hülshorst führte er die späteren jüdischen Wiedergutmachungs- bzw. Rückerstattungsfälle.) Er urteilte allerdings, die Entnazifizierung habe der jungen Demokratie mehr geschadet als genutzt.

Tatsächlich war die gesamte Bevölkerung einer inquisitorischen Prozedur durch die Alliierten unterzogen worden mit dem Ziel der Umerziehung des gesamten deutschen Volkes zu demokratischen Lebens- und Verhaltensweisen. Sie entwarfen einen 131 Fragen umfassenden Katalog zur Biographie und politischen Vergangenheit. In seinem 1951 erschienenen Buch „Der Fragebogen“ von Ernst von Salomon demonstriert eben dieser Schriftsteller die Absurdität einer bürokratisch-kollektiven Maßnahme, die den Menschen zu kategorisieren suchte, um damit die Schuld, Mitschuld oder Unschuld eines jeden einzelnen festzuschreiben. Diese Fragebogenaktion erreichte nicht, was erreicht werden sollte: Beschämung und Trauer, sondern vielmehr das Gegenteil: vedrängen, ausschalten, nicht mehr wissen wollen. (Mit dem Gesetz zum Abschluß der Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen vom 5. Februar 1952 wurde die Entnazifizierung schließlich beendet.)

Im Juli 1945 war die Berufung eines 11-köpfigen Bürgerausschusses zur Unterstützung des von der Militärregierung eingesetzten Bürgermeisters in Paderborn erfolgt. Die Neugestaltung des politischen Lebens konnte beginnen.

Bereits am 20. März 1946 erstattete Stadtdirektor Dr. Fischer aufgrund eines vorausgegangen Beschlusses der Stadtvertreter, eine Kommission solle die Schuldigen - die unter Heranziehung ihres Vermögens zu bestrafen seien - am Synagogenbrand feststellen, Anzeige beim Oberstaatsanwalt beim Landgericht Paderborn „wegen Brandstiftung gegen alle Personen“, die am Synagogenbrand am 10. November 1938 beteiligt waren. Nach den Ermittlungen gegen 36 Beteiligte konnte 33 eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden. Das Verfahren vor dem Schwurgericht beim Landgericht Paderborn gegen den Stadtbaurat Dr. Keller, den städtischen Fuhrparkleiter und SS-Hauptsturmführer Otto Nagorny und den Kreisleiter Otto Plagemann - letzterer wurde freigesprochen - endete mit der Verurteilung der beiden städtischen Beamten durch das Schwurgericht Paderborn am 27. Januar 1949 und lautete auf eine Zuchthausstrafe von vier für Nagorny bzw. einem Jahr und fünf Monaten für Dr. Keller.

Es überrascht, daß in diesem Verfahren - es ging auch um die gewalttätigen Übergriffe gegen die jüdische Bevölkerung während der Pogromnacht - keine jüdischen Zeugen, die in USA oder Israel lebten, im Zuge der Rechtshilfe gehört wurden. Offensichtlich bestanden zu dieser Zeit noch keine Kontakte. Insbesondere gegen Robert Baum im Schildern hatten sich die Übergriffe in der Pogromnacht gerichtet. Auch Rechtsanwalt Dr. Rose lebte in USA. In einem mutigen Akt hatte während der NS-Zeit die Familie des Regierungsbaumeisters Hesse Möbel und Gemälde der Roses in Verwahr genommen und sie ihm nach dem Kriege über Dr. Karl Auffenberg wieder zugeleitet. Dieser war Referendar in der Praxis Rose gewesen und vertrat später Dr. Rose in dessen Wiedergutmachungsangelegenheiten.

Am 29. August 1946 beschloß des weiteren der Rat der Stadt Paderborn, „um das in der NS-Zeit begangene Unrecht wiedergutzumachen“, so die Formulierung von Stadtdirektor Dr. Fischer, die Rückerstattung des Grundbesitzes (zwei Friedhöfe und das Synagogengrundstück) der jüdischen Gemeinde. Er war gegen Aufrechnung der Abbruchkosten für die Synagoge einfach eingezogen worden. Für die untergegangene jüdische Gemeinde stellte die Jewish Trust Corporation for Germany diese Ansprüche.

Zu den wenigen Paderborner Juden, die aus den NS-Konzentrationslagern befreit worden waren und Paderborn lediglich als Zwischenstation ansahen, kamen in den Nachkriegsjahren jüdische Flüchtlinge aus Polen, der Tschechoslowakei, die sogenannten DP's (displaced persons). Sie alle benötigten Hilfe, da sie mittellos waren, für die sie stets bei der zuständigen Kommunalverwaltung nachsuchen mußten - die Opfer der Nationalsozialisten fühlten sich daher als Bittsteller. Gesetze, die ihnen ihr Recht gegeben hätten, fehlten noch. Auf Drängen der Alliierten wurde in verschiedenen Zonen noch vor Gründung der BRD durch die Einrichtung von Sonderhilfsausschüssen mit der materiellen Entschädigung für das während der NS-Folterung erlittene Unrecht begonnen.

Erst das Gesetz der Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, über die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände an Opfer der nationalsozialistischen Unterdrückungsmaßnahmen von 1948 sah die

Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände vor, die Personen in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, der politischen Auffassung oder der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus ungerechtfertigt entzogen worden waren. Vermögenserwerber mußten danach unaufgefordert Meldung erstatten, Anspruchsberechtigte ihre Forderungen bei dem Zentralamt für Vermögensverwaltung in Bad Nenndorf stellen. Für die Rückerstattungsverfahren wurden Ämter bzw. Kammern bei den Landgerichten eingerichtet.

Zwischen 1949 und 1953 liefen allein für die von ehemals Paderborner Juden angemeldeten Ansprüche wegen entzogener Forderungen, aber insbesondere wegen des „arisieren“ Grundbesitzes, über 250 Verfahren. Mit Ausnahme eines Falles verzichteten alle emigrierten Juden auf eine Rückerstattung ihres Grund- bzw. Hausbesitzes: eine Rückkehr nach Paderborn schien ihnen undenkbar. Obwohl die Erwerber in der NS-Zeit im allgemeinen nur den Einheitswert - zum Teil noch darunter - für den Grundbesitzerwerb aufzubringen hatten, sahen die meisten die Wiedergutmachung als unbillige Härte an und wandten ein, „zweimal“ bezahlen zu müssen. So trug eine Beklagte vor, sie habe sich zum Kauf während der NS-Zeit „ködern“ lassen, der nunmehr von ihr geforderte Ausgleich sei nicht gerecht. Sie habe ihr gesamtes Gut und ihre Ersparnisse zum Ausbau dieser Wohnungen aufgewandt, sie habe die Juden bis zuletzt unterstützt und sei gegen die Methoden der Nationalsozialisten gewesen. Nun solle sie durch die Enteignung ihrer Habe verfolgt werden. Darauf antwortete der Anwalt der Klägerin, die Beklagte habe - wenn sie so energisch gegen die Methoden der Nationalsozialisten eingestellt gewesen sei - ein solches Objekt nicht zu erwerben und auch nicht die Früchte dieser Aussaat zu ernten brauchen. (Eine weitere Erwerberin in der NS-Zeit erklärt gar, das Geschäftshaus an exponierter Stelle in der Stadt erst nach dem Kriege übernommen zu haben.)

Die Frage der sogenannten Wiedergutmachung stellte zweifellos ein äußerst relevantes Thema der deutschen Nachkriegsgeschichte dar, erwies sie sich doch als ein Prüfstein für die historische und politische Verantwortung der Deutschen.

Anfang 1946 hatte sich bereits der Zentralrat der Juden in Deutschland mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden Westfalens in Dortmund konstituiert, aber niemand der zurückgekehrten Juden konnte an die Tradition der untergegangenen jüdischen Gemeinden anknüpfen. Dennoch war den Zurückgekehrten, den Überlebenden, der Wunsch gemeinsam, wieder jüdisches Leben entstehen zu lassen. So schlossen sich im Jahre 1953 in Paderborn 40 Juden der Kreise Paderborn, Büren, Warburg, Höxter, Lippstadt und Soest zur jüdischen Kultusgemeinde Paderborn zusammen. Zurückgekommen waren Karl Theo Herzhem, der Rückwanderer aus Israel, und Sally Rosenbaum, zwei Repräsentanten der alten jüdischen Gemeinde der Stadt. Ihr gehörten etwa 60 Juden an, als sie beschloß, eine neue Synagoge in Paderborn zu bauen. Am 21. April 1959 fand die Grundsteinlegung in der Pipinstraße statt. Die feierliche Einweihung bereits im November war ein öffentliches Ereignis. Die Paderborner werden zum Besuch der Synagoge eingeladen. Zur Woche der Brüderlichkeit gab man dort ein Konzert.

Bei einer Arbeitstagung der Arbeitsstelle für wissenschaftliche Pädagogik, der etwa 100 Lehrer angehörten, setzte sich eine Lehrprobe mit dem Schicksal der Juden in Deutschland während der NS-Zeit, dargestellt an der jüdischen Gemeinde Paderborn, auseinander. Im Collegium Leoninum sprach Alfred Wiener, Begründer der bekannten Wiener Library, auf Einladung des späteren Botschaftsrats Dr. Höfer vor Seminaristen und Studenten der Theologischen Fakultät. Erzbischof Dr. Jäger machte dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Dortmund und dem Landesrabbiner seine Aufwartung.

Es ist aber zugleich die Zeit, wo Hakenkreuzschmiereien an der Kölner Synagoge die Welt wieder aufhorchen ließen, die Zeit auch des Eichmann-Prozesses (1960/61) in Israel.

Ungezählte Publikationen werden danach verfaßt. Die FAZ brachte am 4. August 1961 das folgende Resümee: „Man wird der deutschen Öffentlichkeit nicht vorwerfen können, sie sei jetzt durch ihre Presse, Funk und Fernsehen nicht exakt unterrichtet worden, was an Kenntnis zu unserer jüngsten deutschen Geschichte zu wissen notwendig ist. Die Frage nach der Wirkung des Prozesses bleibt eine

Frage nach den Generationen.“

Waren die jüdischen Opfer angesichts der unbeschränkt zu vervielfältigenden, das menschliche Fassungsvermögen aber übersteigenden Todesziffern als Teil einer derealisierten Wirklichkeit bislang nicht wahrgenommen worden, so scheint es, daß sich nun auch in Paderborn der ehemaligen jüdischen Menschen, die einmal Mitbürger, Freunde, Nachbarn und Arbeitskollegen waren, erinnert wurde.

Mit einem Aufruf in der Westfalenpost vom 21. Dezember 1960 „Schicksale der Naziopfer sollen erforscht werden“ wurde an die Bürger appelliert, Informationen über ehemals jüdische Paderborner Familien dem Stadtarchiv mitzuteilen. Der Ratsherr Dipl. Ing. Falke hatte diesen in der Ratsversammlung vom 17. November 1960 vorgetragenen und dann einstimmig beschlossenen Antrag eingebracht.

„Die Verwaltung wird beauftragt, durch geeignete Maßnahmen festzustellen, welche Paderborner Bürger durch nationalsozialistischen Terror in den Jahren 1933 bis 1945 ums Leben gekommen sind. Sie wolle zu gegebener Zeit dem Haupt- und Finanzausschuß darüber berichten.“

Anfang des Jahres 1961 bekam das Stadtarchiv einen Archivassessor, der später die Stadt Paderborn in jahrelange Prozesse verwickelte. Ihn hatte man mit dieser Arbeit betraut. Es ist unverständlich, daß dieser Aufruf keine Resonanz erfahren haben sollte. Kontakte bestanden ja inzwischen wieder. (Dem Stadtarchiv allerdings liegen keine Reaktionen vor.)

Als Folge dieser Wahrnehmung beschloß der Kulturausschuß auf Empfehlung der Ratsherrin Dr. Sander-Wietfeld, Jüdische Kulturtage zu begehen. Um Zeit zu gewinnen, weil Vorarbeiten „hauptsächlich die Erforschung der Paderborner Judenschicksale voraussetze“, mit der Archivassessor Molinski betraut wurde, entschied sich der Kulturausschuß für das Jahr 1964. Die Programmgestaltung beruhte weitgehend auf Vorschlägen von Frau Dr. Sander-Wietfeld.

Rechtsanwalt Ernst Müller, Theodorianer, Sohn von Calmon und Paula Müller, wurde als Ehrengast aus London eingeladen und sprach am 7. September 1964 bei der Festveranstaltung im Rathaus. Aus seiner Ansprache möchte ich einige Passagen zitieren:

„Meiner Anwesenheit bei dieser Feier ist es auferlegt, die Erinnerung wachzuhalten daran, wie es einst mal war vor jener Zeit menschlicher Verirrung, wie es die Geschichte der Menschheit in solcher Schrecklichkeit bisher nicht aufzuweisen hat. ... Die Erinnerung an die frühere kulturelle Gemeinsamkeit, an der die jüdischen Mitbürger in unserer Stadt Anteil hatten, davon ist diese Stunde erfüllt, eine Wehestunde des Sichwiederfindens, des Sichselbstbesinnens, des Sichwiedernahens schwankender Gestalten aus der Gemeinsamkeit der Bürgerlichkeit, wie sie einst Christen und Juden in Paderborn zuteil war, jetzt – was wir erkennen müssen – unwiederbringlich in die Geschichte eingegangen ist.“

Ernst Müller berichtete weiter von seinen Erinnerungen an Paderborn, die Verbindungen seiner Eltern zu nichtjüdischen Paderborner Familien. Sein Appell, das Geschehene nicht zu vergessen, ist aber auch beseelt von dem Gedanken und Willen zur Versöhnung.

Die Jüdischen Kulturtage hatten stattgefunden, ohne daß eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Paderborner jüdischen Geschichte erfolgt war, wie es der Kulturausschuß beschlossen hatte. Da dieses wohl eine längere Zeit beanspruchen würde, sollte die kurzfristig zusammengestellte kleine Broschüre „Baun wir aufs Neue das alte Haus – Jüdisches Schicksal in Paderborn“ zunächst als Ersatz dienen und bei den Veranstaltungen darauf hingewiesen werden, „daß eine umfangreiche Arbeit über die Paderborner Juden noch in Vorbereitung sei“, so der stellvertretende Bürgermeister Schwiete (Kulturausschußsitzung vom 20.2.1964).

Die nächste Kulturausschußsitzung hob die gute Resonanz der Kulturtage hervor. Ratsherr Weber übte allerdings Kritik an der Broschüre, sie sei zu oberflächlich, und er mahnte die Herausgabe einer umfassenden Veröffentlichung an, worauf Ratsherr Schwiete wiederum auf den früheren Beschluß verwies (Sitzung vom 24.11.1964).

Gewiß, der Titel der Broschüre ist angesichts der vorausgegangenen Geschichte der Austreibung der jüdischen Mitbürger unglücklich gewählt, unangemessen. Aber ich bin überzeugt von der Ernsthaftigkeit, sich in die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte zu begeben. Warum sollten die Beteuerungen jener

Schicksale der Naziopfer sollen erforscht werden

Appell an die Bürgerschaft: Helft aufklären!

Paderborn. Nicht vergessen werden sollen jene Paderborner Bürger, die in der unseligen Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft von 1933 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges 1945, durch die Terrormaßnahmen der braunen Machthaber ums Leben gekommen sind. Wie bereits im Anschluß an die Oktober-Ratssitzung berichtet, hatte Ratsherr Dipl.-Ing. Falke den Antrag gestellt, alle Nachrichten über die Schicksale unserer in jenen 12 Jahren des „tausendjährigen“ Reiches verschollenen, umgebrachten Mitbürger zu sammeln. Einhellig unterstützte die gesamte Stadtvertretung dieses Anliegen.

Entsprechend diesem Beschluß der Ratsversammlung ist nun das Paderborner Stadtarchiv bemüht, alle erreichbaren Unterlagen über die unter den Nationalsozialisten zu Tode gekommenen Bürger unserer Stadt zusammenzutragen.

15 Jahre sind seit dem Ende jener Schreckensjahre vergangen. Vieles ist aus jener Zeit im Unterbewußtsein versunken. Darum ergeht an alle Paderborner, gerade an die älteren, die Bitte, wenn ihnen über das Schicksal von im dritten Reich umgekommenen Mitbürgern irgend etwas bekannt ist, dies dem Stadtarchiv mitzuteilen.

Da bisher keinerlei Unterlagen für die beabsichtigte Schicksalschronik vorhanden sind, ist jeder, auch der kleinste Hinweis wertvoll. Selbst wenn nur der Name des Verstorbenen oder Verschollenen bekannt ist.

Es muß für jeden eine selbstverständliche Pflicht sein, in seiner Erinnerung nachzuforschen und nach bestem Können an der Sammlung der gesuchten Unterlagen mitzuwirken. Das Stadtarchiv, das täglich von Montag bis Freitag in der Zeit von 14.30 bis 18 Uhr geöff-

net ist, nimmt alle Mitteilungen entgegen.

Das Wort von der „unbewältigten Vergangenheit“ taucht heute so oft in unserem Alltag auf. Zu dieser Vergangenheit gehört aber auch gerade das traurigste, erschütterndste Kapitel über die Millionen Menschen, die den Tod fanden in den Gaskammern der Konzentrationslager, an den Hinrichtungsstätten der Zuchthäuser. Unschuldige, nur weil sie dem Unrecht der braunen Herrscher sich widersetzten oder weil sie nur als jüdische Gläubige geboren worden waren, wurden sie umgebracht. Unter dieser endlosen Schar der bedauerlichen Opfer der Nationalsozialisten waren auch Paderborner, Mitbürger, die mit uns zusammen in den Mauern unserer Stadt gelebt, geschafft haben. Es waren sicherlich besonders Angehörige der jüdischen Gemeinde, aber auch andere Bürger der Paderstadt.

Ihnen soll mit dem Vorhaben, das der Rat beschlossen hat, weswegen nun das Stadtarchiv um die Mitwirkung aller Paderborner bittet, gewissermaßen ein Denkmal gesetzt werden. (hst)

Zeit weniger ehrlich gewesen sein als die heutigen? Auf jüdischer Seite scheint sie positiv aufgenommen worden zu sein. Das beweist die Resonanz, die sie hervorrief. Zwei Antworten mögen stellvertretend für alle übrigen stehen: Ernst Löwenberg, Sohn des Pädagogen und Schriftstellers Jacob Löwenberg aus Niederntudorf, der mit Detlev von Liliencron befreundet war und den Hamburger literarischen Kreisen zahlreiche Impulse gab, schrieb am 27. März 1967:

„Mit der Zusendung der kleinen Schrift... haben Sie mir eine große, wenn auch oft wehmütige Freude bereitet. Wie oft habe ich die Ferien bei meinem Onkel Sally (Bahnhofstraße) verbracht. Mein Vater blieb immer ein Dorfjunge aus dem Paderbornischen. ... Wir haben noch jetzt kleine Vasen, die ich für meine Mutter auf dem Libori-Jahrmarkt gekauft habe.“

Und Dr. Klara Grünebaum dankte bewegt: „...Die Geschichte jüdischen Lebens und jüdischer Schicksale in den Hitler-Jahren hat natürlich viele Gedanken, Gefühle, Empfindungen, Erregungen ausgelöst, und ich habe in nahezu 30 Jahren verlernt, solche in der deutschen Sprache auszudrücken. Zunächst möchte ich sagen, daß das Buch mich beeindruckt hat durch die würdige Form der Behandlung des Themas und die menschlich-verständnisvollen Gedanken von Dr. Käthe Sander-Wietfeld und A. Erich Boskamp.“ Sie sagt weiter, wie dankbar sie zeitlebens gewesen sei, daß sie und ihre Familie entkommen konnte, aber dennoch habe dieses Schicksal sie außerordentlich geprägt.

Welche Möglichkeiten, sich den Überlebenden anzunähern, nach ihrem Schicksal zu fragen, an ihrer Trauer teilzunehmen, hätte sich zu diesem Zeitpunkt noch geboten?

Aber abendliche Lichterprozessionen zum Haus des inzwischen suspendierten Archivrats (der weder die jüdische Geschichte erarbeitet, noch mit den Überlebenden in aller Welt korrespondiert hatte, wie es Wallraff in seiner „Vergangenheitsbewältigung“ in „13 unerwünschte Reportagen“ suggerieren möchte), Aufrufe eines Pfarrers zur materiellen Unterstützung, und ein auf Jahre beginnender Prozeß zwischen dem Suspendierten und der Stadt Paderborn mögen, das will ich einmal wohlwollend unterstellen, die im Vergleich zu anderen Städten doch relativ früh gestellte Frage nach dem Schicksal der

ehemals jüdischen Paderborner lieber der Vergessenheit preisgegeben haben.

Aber man erinnerte sich zumindest einer Jüdin, die in Paderborn gelebt, aber erst in Israel zur Schriftstellerin wurde: Jenny Aloni. Den Kulturpreis der Stadt Paderborn, den sie zu den Jüdischen Kulturtagen 1964 noch nicht bereit war anzunehmen, erhielt sie 1967. Ihre verstreuten Veröffentlichungen suchte man allerdings noch Ende der siebziger Jahre ohne Erfolg in den Paderborner Bibliotheken.

Das Versprechen, die Paderborner jüdische Geschichte aufzuarbeiten, wartete immer noch vergeblich auf die Einlösung. Allgemein war die Zeit des nicht-mehr-wissen-Wollens, des Verdrängens eingetreten. Daher vergab der Paderborner Historiker Dr. Hugo Staudinger in den siebziger Jahren zahlreiche Examensarbeiten, die sich der Geschichte der Juden in den größeren Gemeinden des ehemaligen Hochstifts widmeten. Er hegte die Befürchtung, in der nächsten Generation frage niemand mehr nach den ehemals jüdischen Bürgern.

Aber es waren immer Einzelinitiativen, die sich diesem Thema stellten. Von den Kommunen, von den politischen Parteien gingen im allgemeinen keine Impulse aus. Ob es z.B. in Paderborn immer die Falschen waren, die Erinnern anmahnten und auf Unverständnis und Ablehnung durch die politische Mehrheit stießen, wie es in einer 1997 erschienenen Schrift heißt, vermag ich nicht zu beurteilen. Aber gewiß wäre es zahlreichen Gruppierungen, allen politischen Parteien möglich gewesen, zumindest nach den Namen der ermordeten Paderborner Juden zu fragen. Das wären wir den Opfern schuldig gewesen, wenn Worte nicht nur Lippenbekenntnisse sein wollen.

Inge Stern steht stellvertretend für viele jüdische Paderborner, nach denen nie gefragt wurde. Auf spätere Kontaktaufnahmen reagierte sie nicht und ließ Briefe unbeantwortet. Erst als auch ein früherer Schüler des Reismann-Gymnasiums sich ihres Bruders erinnerte und nach seinem Schicksal fragte, setzte dies einen Prozeß der Auseinandersetzung in Bewegung. Sie fand sich nun zu einer Antwort bereit (weil „da Menschen sind, die von uns hören wollen“), bedeutete aber, unsere Briefe kämen von einem Weltteil, den sie schon lange verlassen habe. Ihr Bruder indes wünsche keinen Kontakt, nach-

dem er alle Erinnerungen an frühere Zeiten ausgelöscht habe.*

Betrachten wir die Annäherung auf jüdischer Seite:

Zunächst brachten die Wiedergutmachungsprozesse Anfang der fünfziger Jahre eine zwangsläufige Vergangenheits-Auseinandersetzung mit sich. Alle Paderborner jüdischen Emigranten waren mittellos und mußten sich in ihrer neuen Heimat zunächst eine Existenz aufbauen, was mehr oder weniger gut gelang. Bereits Ende der vierziger Jahre gab es wieder die ersten brieflichen Kontakte - alte Freunde, die während des Krieges die Verbindung verloren hatten, stellten Nachforschungen an. Aber niemand wäre auf die Idee gekommen, diese Kontakte in die Öffentlichkeit zu tragen. Das war selbstverständlich - und man sprach nicht darüber.

Irgendwann - als einige jüdische Emigranten es sich leisten konnten - kam es auch wieder zu Europa-Reisen. Man besuchte seine vergangene Heimat und besuchte alte Freunde oder Nachbarn. Einige Personen allerdings, die jeden Kontakt verloren hatten, suchten ihre früheren Hausmädchen auf, damit die Fremdheit nicht so schmerzte. Einige kamen auch enttäuscht zurück. Wer hatte schon von ihnen Notiz genommen, welche Ansprechpartner gab es für sie? Hätten sie nicht als Ehrengäste von der Stadt Paderborn empfangen werden müssen? Allerdings lehnten es auch einige Überlebende kategorisch ab, jemals wieder mit Paderborn konfrontiert zu werden: „Nie wieder Deutschland“, hieß es bei ihnen.

Von den fünf Kindern Grünebaum - die Familie war Inhaber des Kaufhauses am Rathausplatz 7 - kam nur Fritz, der jüngste Sohn, sporadisch nach Paderborn und besuchte auch seine Schule, das Theodorianum, an dem er noch 1933 sein Abitur ablegen konnte. Inzwischen ist seine Enkelin Christina ein häufiger Gast in Paderborn. Seine übrigen Geschwister in Amerika besuchten ihre ehemalige Heimat-

stadt nie wieder. Auch die vier Kinder von Rechtsanwalt Dr. Rose, die als Jugendliche allein emigrieren mußten, lehnten bislang jeden „offiziellen“ Kontakt ab. Ihre Mutter war am 31. März 1942 mit weiteren 14 Paderborner Juden in das Ghetto Warschau deportiert worden.

Ebenfalls gab es in der Familie Herz, Geschäftsinhaber von Burghaus im Schildern, kultiviert, engagiert im Städtischen Musikverein und in berufsständischen Organisationen, nach dem frühen Fortzug 1934 von Paderborn nach Konstanz und weiter nach Argentinien bzw. die USA keine Kontakte zu Paderborn. Nie wieder kam eines der vier Kinder hierher. Bernhard Herz gab anschauliche Schilderungen über seine Familie. Auf die Frage, ob er eine Einladung nach Paderborn annehmen werde, antwortete er, es physisch nicht mehr schaffen zu können. Er würde gern alles wiedersuchen, auch die Umgebung: „Ich kenne jeden Stein (d.h. Steine, die vor dem Kriege standen).“

Im Mai 1981 schrieb Paul Gerhard Blumenfeld, Sohn des Tierarztes Dr. Blumenfeld. „Ich war nie wieder in Paderborn. Im September möchte ich, von Düsseldorf aus, einen Tag in Paderborn sein, vielleicht. Ich kenne niemand mehr, möchte nur durch die Straßen gehen.“ Auf eine Einladung reagierte er nicht. Ob er überhaupt hier gewesen ist? Wenig später wurde sein früher Tod mitgeteilt.

Viele jüdische Paderborner Familien haben unauffällig in der Stadt gelebt. Ihrer wurde überhaupt nicht gedacht; über sie konnte in der Paderborner Öffentlichkeit keine Selbstdarstellung erfolgen. Auch das war mein Anliegen, diese Familien nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Durch die Wiedergutmachungsangelegenheiten, des weiteren durch die Verfahren nach dem Bundesentschädigungsgesetz, die nochmals Anfang der sechziger Jahre wiederauflebten, lagen fast sämtliche Adressen der ehemals Paderborner jüdischen Familien den Behörden vor. Sie wären mühelos erreichbar gewesen, wie mir jetzt bewußt geworden ist.

Weder war die wissenschaftliche Aufarbeitung der Paderborner jüdischen Geschichte - vorgesehen war in den siebziger Jahren für die Veröffentlichung zur Stadtgeschichte (1977) nun ein Kapitel in der Bearbeitung von Dr. Bernhard Brillung in Münster - geschehen,

* Gemeinsam mit ihren Eltern wurden die beiden Kinder nach Riga deportiert. Dort starb die Mutter - für die Familie ein Trauma. Vater und Kinder erlebten die Befreiung. Inge Schwartzman geb. Stern war bereit, 1997 eine Einladung der Stadt Paderborn anzunehmen, dann jedoch durch eine Erkrankung verhindert.)

noch war der ermordeten Paderborner jüdischen Opfer durch eine Erinnerungstafel o.ä. gedacht worden. In der Kulturausschußsitzung vom 29. November 1978 wurde endlich einstimmig beschlossen, am Standort der ehemaligen alten Synagoge eine Erinnerungstafel anzubringen. Auch der Text „An dieser Stelle stand die im Jahre 1881 (sic!) errichtete Synagoge der Jüdischen Gemeinde. In der Reihe der unmenschlichen Verfolgungen der jüdischen Mitbürger durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft wurde sie nach der Reichskristallnacht am 10.11.1938 ein Opfer der Flammen“ erfuhr Einstimmigkeit, jedoch ging der Vewendung des Begriffes „Reichskristallnacht“ eine lange Diskussion voraus. Voraussetzung war jedoch dabei, daß der Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde diesem Text zustimmte.

Obwohl alle Schritte in Übereinstimmung mit der Jüdischen Kultusgemeinde erfolgt waren, setzten nach Enthüllung der Gedenktafel 1980 wiederum auch in die Öffentlichkeit getragene Diskussionen ein: Bei der Feier habe es an „Würde“ gemangelt, das „Betroffensein“ sei nicht hinreichend zum Ausdruck gekommen. Erneut wurde von einem Ratsherrn die Aufarbeitung der jüdischen Geschichte der Stadt angemahnt.

Zu diesem Zeitpunkt war allerdings die Geschichte der jüdischen Gemeinde Paderborn bereits Thema einer Quellenarbeit, die jedoch noch einige Jahre in Anspruch nehmen sollte. Während die Stadt Paderborn gerade mit erheblichem finanziellen Aufwand die Herausgabe einer Gedenkschrift für vier Männer, deren Lebensbezüge vor und während der NS-Zeit nach Paderborn hineinreichten, herausgab, setzten zur gleichen Zeit (1987) im Kulturausschuß und in der Presse zu verfolgende Diskussionen ein, ob die abgeschlossene wissenschaftliche Arbeit über die Paderborner Juden bei Veröffentlichung überhaupt zu bezuschussen sei. Der Wert einer solchen Arbeit, so ein Ratsmitglied, sei nicht finanziell zu bemessen. Das überraschte umso mehr, als zahlreiche Städte und Gemeinden sich im Hinblick auf das Gedenkjahr 1988 - 50 Jahre Pogromnacht - ihrer jüdischen Geschichte erinnerten und Arbeiten in Auftrag gegeben hatten. Auch aus den Reihen von Heimat- und Geschichtsvereinen gingen

Veröffentlichungen hervor. Verstärkt luden Kommunen auch Überlebende ein.

Als auch die Stadt Paderborn in Anbindung an die hier 1987 gegründete Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, die dank der erheblichen jährlichen Zuschüsse des Ministerpräsidenten NRW - seit Bestehen fast 300.000.- DM - Gedenkarbeit leisten kann, beschlossen hatte, überlebende jüdische Paderborner einzuladen, konnte dieser Plan unmittelbar verwirklicht werden. Der besonders engagierten städtischen Kulturdezernentin wurden zu allen etwa 300 Paderborner Juden die biographischen Daten, mit Emigrations- bzw. Deportationszielen und nicht zuletzt die Adressen der Überlebenden, Ergebnis einer jahrelangen privaten Sucharbeit, von mir zur Verfügung gestellt

Sie wissen, Herr Bürgermeister, daß die überwiegende Zahl der Eingeladenen mit guten Erinnerungen in ihre Heimatländer zurückgekehrt ist.

Unabhängig von diesen Einladungsplänen hatte die Ratsherrin Paula Hermes im September 1987 einen Antrag an den Bürgermeister gestellt, den jüdischen Ermordeten am nun umbenannten Platz der Alten Synagoge angemessen zu gedenken. Das war die Grundlage für die Errichtung eines Mahnmals, das 1993 eingeweiht wurde.

Manche, die sich noch einiger Namen erinnern konnten, fragten nach dem Schicksal dieser Familien. Mir wurde bewußt, daß bald die Überlebenden nicht mehr berichten konnten. Das gab den Ausschlag zu dieser Arbeit. Ich erspare es mir, diesen mühsamen Prozeß aufzuzeigen, der viel Kraft - manchmal bis an die Grenze der Belastbarkeit und begleitet von Phasen der Resignation und Trauer -, Zeit sowie erneut einen großen persönlichen finanziellen Aufwand gekostet hat.

Im Laufe der Jahre ist der Kreis der Zeitzeugen, die noch berichten konnten, aufgrund ihres fortschreitenden Alters immer begrenzter geworden. Schon in den sechziger und siebziger Jahren begann man im Sinne der Oral History, der mündlichen Geschichte, die Erinnerungen von Überlebenden aufzuzeichnen. Was in diesen Zeugnissen hervortrat, war das psychologische und emotionale Milieu, die persönliche Geschichte, die sich den Historikern oft entzog. Dennoch lasse ich in diesem Gedenkbuch in

erster Linie Quellen und Dokumente sprechen, um auch den Graben zwischen „Geschichten“ und „Geschichte“, den bei lokaler Historie auch in Paderborn so häufig sichtbar wird – örtliche Einbindung ersetzte Kompetenz –, zu überbrücken. Der Beispiele gäbe es ausreichend.

So erschien im Jahre 1994 unter großer publizistischer Begleitung die Broschüre „Orts erkundung“, die das bislang zur jüdischen Orts geschichte Veröffentlichte in variiert Form nochmals nach zahlreichen Überarbeitungen anbot. Auch die Erinnerungen von Eva Sternheim-Peters „Die Zeit der großen Täuschungen“ sind in einigen Passagen hinsichtlich der Paderborner Juden mit kritischer Distanz zu lesen. Sich auf Eva Sternheim-Peters allein stets für den Grad des Antisemitismus in Paderborn zu berufen, ist unangemessen. Zahlreiche jüdische und nichtjüdische Zeitzeugen – durchaus mit einer politischen Sensibilität in dieser Zeit ausgestattet gewesen –, vermögen sehr wohl differenzierter zu urteilen.

Die Unterstützung für mein Gedenkbuch war auf jüdischer Seite zunächst nicht überall zustimmend. Nachgehörige litten unter Erinnerungen, die so unsäglich waren, daß sie sich nicht in der Lage fühlten, sie in Worte zu fassen, geschweige, dem anderen mitzuteilen. Hemmungen, Zweifel, Gefangenheit, Berührungängste konnten erst in einem allmählichen Prozeß der Annäherung, der zum Teil Jahre währte, auf beiden Seiten abgebaut werden. Die Bereitschaft, Briefe, Fotos und Dokumente zur Verfügung zu stellen, war trotzdem nicht immer vorhanden. Es sind zum Teil die letzten Erinnerungen, Vermächtnisse, an dem andere keinen Anteil haben dürfen, wie wichtig sie auch immer als Zeugnis sein könnten.

Selbst Trude Rosendahl, die 90jährige aus Hove/Essex – ihre Eltern und Bruder wurden in Sobibor bzw. Auschwitz ermordet –, die halbblind nach einem Suizidversuch einmal schrieb: „Ich bin so allein. Bitte rufen Sie mich doch einmal an – unbekannterweise“ ignorierte trotz der langen Telefongespräche stets meine Bitte, mir Briefe ihrer Eltern und Fotos zu überlassen. Nun ist ihr Wunsch, endlich zu sterben, in Erfüllung gegangen. Ein englischer Anwalt bittet um Mithilfe bei der Suche nach eventuellen Erben.

Immer wieder habe ich gerade in den letzten Wochen gehört, wie wichtig es sei, sich zu

erinnern.

Wenn wir in der Stadt Straßen und Wege nach Paderborner Unternehmern benennen, so wäre es schon lange angemessen gewesen, hierin auch die jüdischen Persönlichkeiten einzubeziehen. Nicht nur die Auerbachs, die Grünebaums und Herzheims haben – teilweise über Generationen – Paderborner Wirtschaftsgeschichte geschrieben. Auch der Bankier Nikolaus Ransohoff, letzter Inhaber des Bankhauses Ransohoff & Spancken, bekleidete zahlreiche öffentliche Ehrenämter, lange Zeit auch als Stadtverordneter. Seine Enkel leben noch in England bzw. Deutschland. Oder – könnte die Stadt nicht einfach eine Straße oder einen Platz nach einem ehemals jüdischem Paderborner benennen – vielleicht gar einem Kind – ohne jede Konstruktion, einfach, weil sie Opfer waren. Das wäre eine glaubwürdige und nachhaltige Form des Erinnerns.

Für mich waren viele Jahre tägliche Erfahrung das Sich-erinnern-müssen an jüdisches Schicksal. Aber dennoch hat mich gerade bei diesem Gedenkbuch im Laufe der Zeit immer wieder die Frage gequält, ob ich mich selbst nicht auch in den Sog einer blühenden Bewältigungs- und Betroffenheitskultur gebe, in deren Mitte, wie ich während meiner jahrelangen Beschäftigung mit diesem Thema erfahren mußte, nicht immer das Anliegen des Gedenkens und Erinnerns steht. Ist privates Engagement überhaupt einzufordern oder ist es nicht Aufgabe und Verantwortung von Institutionen, also eine gesellschaftspolitische Verpflichtung, zumindest nach den jüdischen Opfern zu fragen? Diese Aufgabe darf nicht dem zufälligen ehrenamtlichen Engagement von Privatpersonen überlassen bleiben, und wenn, dann benötigen sie zumindest auch die Rückendeckung von Institutionen.

Aber dennoch: In jedem von uns entscheidet es sich, wie wir an der jüdischen Geschichte, wie wir an der Erinnerung an Auschwitz teilnehmen. Sicher nicht durch Aufforderung und Gedenktagsroutine, vielmehr durch unser persönliches Verhalten, unsere Glaubhaftigkeit. Eher hinderlich für einen selbstverantwortlichen Umgang mit dem Wissen um den Holocaust erscheint mir die Ritualisierung der Erinnerung. Inszenierungen des Gedenkens, offiziell feierlich, stets mit Pathos, und wirkungslos. Der Gestus der Betroffenheit droht aber im Gegen-

teil die Erinnerung, die zu spät einsetzte, ohne Zweifel vollends zu blockieren und ein Gedenken zu verhindern, das genaue Kenntnis und auch ein wenig Nüchternheit zuläßt. Als Parlamentspräsident Philipp Jenninger 1988 zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms diese Rituale durchbrechen wollte, mißlang es auf dramatische Weise.

Für dieses Gedenkbuch ging ich weltweit auf Spurensuche, um jüdische Familien in Paderborn bis zur Emigration oder Deportation aus der Anonymität in die Erinnerung zurückzuholen und auch ihren Anteil an der Geschichte der Stadt zu dokumentieren. Erst vor diesem Hintergrund können wir vielleicht ermessen, was mit dem Untergang der jüdischen

Gemeinde – der schrittweisen Entrechtung, Diskriminierung und Vernichtung – in unserer Stadt ausgelöscht worden ist.

Für meine Familie und mich sind aus den langwährenden Verbindungen zum Teil persönliche Freundschaften entstanden; wir dürfen Anlaufstelle sein für Wünsche, Anliegen und bei Besuchen.

Vor Ort und darüber hinaus habe ich vielen Institutionen und Interessierten stets uneigennützig und unauffällig meine Arbeitsergebnisse zur Verfügung gestellt

Ich widme dieses Gedenkbuch zunächst den Opfern der ehemals jüdischen Familien in Paderborn sowie den Überlebenden und ihren Nachkommen.

Neuerscheinung „Als die Bomben fielen ...“: Hinweise und Anmerkungen von Lesern

Ende des vergangenen Jahres erschien in der Schriftenreihe unseres Vereins „Paderborner Beiträge zur Geschichte“ der Bd.7: „Als die Bomben fielen ... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939–1945“. Autoren des Bandes waren eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Reismann-Gymnasiums in Paderborn. Wie jedes historische Werk konnte auch dieses nicht vollständig sein, sondern stellt einen Zwischenstand der Forschung dar. Einige Reaktionen auf diese Neuerscheinung möchten wir im folgenden mitteilen, da sie weitergehende Informationen enthalten.

„Ein in dem Buch aufgeführtes Ereignis kann ich als direkt Betroffener, ich war damals 11 Jahre alt, präzisieren. Punkt 14 auf Seite 28 nennt u. a. ‚zwei Häuser an der Cheruskerstraße.‘ Bei diesen handelt es sich um relativ eng nebeneinander stehende Gebäude mit den Nummern 35 und 37. Haus Nr. 35 wurde von den Familien Höschen (2 Personen) und Oberliesen (2 Personen) im Erdgeschoß und von der Familie Heidgen (4 Personen, darunter 2 Kinder) im Obergeschoß bewohnt. In Nr. 37 wohnten die Familien Freitag (meine Eltern, meine Schwester und ich) im Erdgeschoß und Lohse (Mutter mit Tochter) in einer Einliegerwohnung im Dachgeschoß. Beide erst drei Jahre zuvor erbauten Häuser wurden durch eine Sprengbombe teilweise zerstört, die zur Straßenseite hin ziemlich genau auf der Grenze zwischen den Grundstücken niederging. Durch die Druckwelle, durch Glassplitter und Steine wurde auch das Mobiliar zerstört. Die Drähte der damals auf der gegenüberliegenden Straßenseite verlaufenden 6 kV-Hochspannungsleitung lagen zerissen auf der Straße und waren noch einige Stunden lang unter Spannung, was man an dem gelegentlichen Aufflammen von Grasbüscheln

erkennen konnte. Weil sich die Bewohner beider Häuser in ihren Luftschutzkellern aufhielten, was, wie ich mich erinnern kann, damals bei Alarm keineswegs selbstverständlich war, erlitten sie keine ernsthaften Verletzungen. Schon am folgenden Tag wurden die Familien Freitag und Heidgen in ein Haus in der Franz-Egon-Straße eingewiesen, das sie bis zur Wiederherstellung der zerstörten Häuser, etwa bis Oktober 41, bewohnten. Über die Unterbringung der Familien Höschen und Oberliesen ist mir nichts bekannt. Frau Lohse und Tochter wurden von Verwandten in Erfurt aufgenommen. Die bisherigen Bewohner des Hauses in der Franz-Egon-Str., Laienmönche eines Ordens, wie man uns sagte, waren erst unmittelbar vor dem Eintreffen der beiden Familien ‚ausquartiert‘ worden. Sie hatten weder Hausrat noch Lebensmittel mitgenommen. Wir haben über ihren Verbleib trotz Nachfragens nichts erfahren. Etwas später, aber noch zu der Zeit, in der wir dort wohnten, wurde in einer freien Etage dieses Hauses eine Außenstelle der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf eingerichtet.“

Edmund Freitag, Hille, 27.11.1998

„Aus häufigeren Erzählungen von Prof. Clemens Honselmann, langjährigem Direktor der akademischen Bibliothek Paderborn sowie aus eigener Erinnerung kann ich einige Details ergänzen. Akten und Codices des Vereins für Geschichte und Altertumskunde waren durch Initiative von Herrn Vikar Tack, später Probst in Paderborn, in einen Kellerraum des Klemensheims in Bad Driburg sowie in das Pfarrhaus in Hövelhof verlagert worden. Die Bibliothek des Altertumsvereins litt stark durch Regenwasser, da es infolge Fehlens des Daches beim Gebäude in der Leostraße durchregnete. Clemens Honselmann trug zusammen mit seiner Haushälterin die nassen Bücher an trockene Orte im Haus und wendete regelmäßig die Seiten, damit die wertvollen alten Bücher vor Fäulnis bewahrt wurden. Einige im Museum im alten Rathaus ausgestellten Bücher und Codices des Altertumsvereins gingen durch Feuer verloren.“

Die Aula des Klemensheimes in Bad Driburg war auch Verlagerungsort des Provinzialschulkollegiums in Münster. Insbesondere Prüfungsexemplare von Schulbüchern mit NS-Tendenz wurden nach dem Krieg systematisch in einem über längere Zeit brennenden Feuer hinter dem Gebäude (heute ‚Altbau‘) vernichtet. Ein weitgehend gleiches Schicksal erlitt die Bibliothek der Lehrerinnen-Bildungsanstalt Bad Driburg. Schließlich waren im Klemensheim

Filmbestände der FWU? DFW? gelagert, über die ich nichts näheres weiß. Weiter wäre über die Bibliothek der Wewelsburg zu berichten, die dem deutschen Leihverkehr angeschlossen war, einen eigenen Bibliothekar („Dr. De’Coudre“) hatte und über umfangreiche Buchbestände verfügte (zum Beispiel Spezialsammlung: Varusschlachtliteratur als Lehrbestand der UB Münster). Ein Teil der Bibliothek, zum Beispiel die schöne Monumenta Germaniae Historica, wurde nach dem Krieg der Akademischen Bibliothek Paderborn überwiesen.“

Prof. Dipl.-Ing. Hans W. Wichert, FB 14,
Universität-GH Paderborn, 16.11.1998

Das Schreiben eines ehemaligen Schülers des Reismann-Gymnasiums (Abitur-Jahrgang 1937) mit „besten Wünschen für Ihre Arbeit bei der Erforschung der jüngeren Geschichte“ ist mit diesem Hinweis verbunden: „In der Aufstellung auf den Seiten 26 und 27 vermisste ich den Angriff auf Bad Lippspringe vom 15.7.45; es war der erste und damals als umfangreichste gewertete auf zivile Objekte. Und ich vermisste den Angriff vom 31.5.44 auf Geseke. Dabei verloren 11 von 40 aus Wattenscheid dorthin verlegte Kinder des Waisenhauses St. Elisabeth, zwei Schwestern und eine Angestellte ihr Leben.“

Hermann Mikus, Bochum-Wattenscheid,
19.8.1998

Wie Schüler ein Buch zur Paderborner Geschichte produzierten

Ein Mittelstufenkurs des Reismanngymnasiums sammelte Grunddaten aus 90 Jahren Stadtentwicklung (1850 bis 1939)

von John DeHaan, Klaus Hohmann, Florian Kache, Jan Nayebagha und Stefan Westhoff

Schon vor etlichen Jahren hatte ein Geschichtslehrer der Reismannschule eine Idee: Ein schmales Heft von achtzig Seiten mit vierzig Abschnitten zur Entwicklung der Stadt von der Mitte des vorherigen Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg für den Geschichts- und Erdkundeunterricht an Paderborner Schulen, jeweils mit einer Bild- und Textseite. Diese vierzig Abschnitte sollten die Grunddaten der Stadtentwicklung sammeln. Als das Projekt dem damaligen Leiter des Bonifatius-Verlages vor-

getragen wurde, erklärte er sich spontan bereit, ein solches Heft in seinen Verlag zu übernehmen. Es haperte nur mit der Realisation. Jahrelang gab es keinen Kurs für diese Thematik. Als 1996 erstmals ein zweijähriger Differenzierungskurs Geschichte der neunten und zehnten Jahrgangsstufe eingerichtet wurde, bot sich endlich die Chance, das Vorhaben zu verwirklichen. Thema dieses Kurses waren Lebensformen von der Römerzeit bis zur Gegenwart, wobei die Paderborner Geschichte besonders zu

berücksichtigen war. So wurde im Schuljahr 1996/97 „Stadt im Aufbruch – Der lange Weg Paderborns zur modernen Stadt 1850 bis 1939“ Quartalsthema. Es war so angelegt, daß eine Kooperation zwischen Lehrer und Schülern zustande kommen sollte. Aber damit fingen die Schwierigkeiten erst an, denn die Gruppe kam mit dem selbst gesteckten Ziel an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit.

Es hätte alle Beteiligten entmutigt, wenn sie im Voraus gewußt hätten, welche Sisyphusarbeit sie sich aufgeladen hatten. Das Ergebnis ist ein ausgewachsenes Buch, das rund 200 Fotos und Originaltexte einschließt. Zunächst fing alles harmlos an. 20 Schülern wurden je nach Interesse 40 Themen zugeteilt, was nach Adam Riese für je eine Zweiergruppe zwei Themen bedeutete. Eine erneute Anfrage beim Verlag führte zu sofortiger Zustimmung. Er übernahm die Veröffentlichung des Buches. Die Schülerinnen und Schüler freuten sich auf eine Abwechslung in ihren theoriebefrachteten Stunden. Ein weiterer Anreiz zur engagierten Mitarbeit war der Verzicht auf eine Klausur, an deren Stelle das Produkt trat. Das entsprach zudem dem modernen produktionsorientierten Ansatz von Unterricht. Verlockend war es auch, Unterrichtsstunden bei Erkundungsgängen in der Stadt oder im Stadtarchiv zu verbringen. Doch dann kam es knüppeldick. Um es genau zu sagen: 144 Seiten dick. Schon in den ersten Stunden stellte sich heraus, daß das Projekt nicht im vorgesehenen Rahmen bestehen bleiben konnte. Denn wenn der Kurs alle wichtigen Entwicklungsprozesse in ihrem Zusammenwirken erfassen wollte und die Themen nicht willkürlich ausgewählt sein sollten, mußte die Datenerfassung erheblich erweitert werden. Der Lehrer behielt sich einige Themen, die Hintergrundwissen verlangten, vor und mußte Detailthemen übernehmen, als sich einige Schüler später aus dem Projekt verabschiedeten. Mit der Zeit ergaben sich immer neue notwendige Themen (z.B. Polizeiwesen, Viehversteigerungshalle, Molkerei), und die Aufgaben mußten so verteilt werden, daß die Arbeitsbelastung für alle einigermaßen gleich bleiben sollte. Das Stadtarchiv, vor allem der Archivar Czeschick, übernahm die Einweisung und Erstsammlung von Informationen. Dem Leiter der Gruppe wurde dankenswert großzügig die Gelegenheit gegeben, selbständig mit der umfangreichen

Postkarten- und Fotosammlung des Archivs zu arbeiten und alle gewünschten Bildreproduktionen erstellen lassen zu können. Wegen der geringen Zahl der Lesegeräte im Archiv wäre es nicht organisierbar gewesen, wenn einzelne Kursmitglieder die zeitgenössischen Zeitungstexte selbst hätten heraussuchen müssen, deshalb war der Lehrer auch hier als „Zuarbeiter“ gefordert und suchte die Quellen aus Karteien und Zeitungen heraus.

Schon bald erlebte jeder die Mühen der Recherche nicht nur im Stadtarchiv während der Unterrichtszeit, sondern auch während der Freizeit. Die Arbeit im Archiv und der Umgang mit den Archivaren waren zuerst sehr ungewohnt. Das Lesen der ungedruckten Quellen in deutscher Schrift war mühsam und allenfalls mit Hilfe der Archivare möglich. Dazu kam die Notwendigkeit, unterschiedlichste Institutionen aufzusuchen. Glücklicherweise wurden die Kursmitglieder in aller Regel mit Interesse empfangen und erhielten alle gewünschten Informationen, soweit es sie überhaupt noch gab, da viele Informationen seit 1945 verlorengegangen sind.

Neu war es für die Schüler auch, nicht immer gemeinsam mit dem Lehrer im Klassenraum zu agieren, sondern parallel und teilweise ohne unmittelbare Kontrolle in verschiedenen Räumen der Schule, im Luise-Hensel-Häuschen oder eben in der Stadt tätig zu sein. Ungewohnt war auch das stundenlange angespannte Hocken vor dem Computer, weil es dieses Mal nicht Computerspielen galt, sondern sozusagen der Ernstfall war, da das Produkt jeweils vor den späteren Lesern bestehen mußte. Für den einen oder anderen bedeutete das manchmal anstrengende nächtliche Arbeit vor dem Computer.

Die gesammelten Quellen wurden von den einzelnen Gruppen ausgewertet, und sie formulierten die Texte, wobei die produzierten Artikel ständig neu formuliert werden mußten, weil entweder neue Informationen gefunden worden waren oder der Sprachstil unsauber war. Die mehrfachen Korrekturen waren für alle anstrengend und nahmen viel Zeit in Anspruch. Und so ließ die Motivation nach. Dies behinderte den Verlauf des Projekts. Die Aussicht darauf, etwas vollkommen Neues zu schaffen, ließ den Antrieb aber schnell wieder steigen. Alle konnten nur hoffen, daß die publizierten Texte sachlich auch stimmten, weil selbst die benutz-

ten Quellen teilweise abgeschrieben waren. Die jeweiligen Gruppen entschieden dann selbständig über die Bildauswahl und die Originaltexte, die zusätzlich neben den Texten in das Buch sollten.

Die Erfahrung des langen, mühsamen Weges vom Erst- zum Endprodukt wird wohl jedem in Erinnerung bleiben. Gerade die sich immer wiederholenden sprachlichen und sachlichen Korrekturen waren mühsam, und die technischen Probleme wie z.B. der Ausfall von Computern oder Druckern sehr zeitraubend. Hinzu kam, daß einige Schüler die Schule nach der zehnten Klasse verließen bzw. einige das Projekt aus Motivationslosigkeit aufgaben, und so fiel die Intensität der weiteren freiwilligen Mitarbeit in der elften Jahrgangsstufe außerhalb des Unterrichts recht unterschiedlich aus. Die Arbeit blieb daher nicht immer frei von Spannungen, vor allem unter den Kursmitgliedern, weil die Motivierten mit den Unmotivierten unzufrieden waren.

Parallel zur Arbeit an den Einzelthemen stand die Bildung eines Redaktionsteams an. Eine kleine Gruppe des Differenzierungskurses meldete sich, und zusammen mit dem Lehrer wurden die abendlichen Treffen zu Schauplätzen von ausgedehnten Diskussionen über Buchgröße und Inhalt. Die heitere Atmosphäre und das entspannte Miteinander förderten die Arbeit, und so sieht keiner die genutzte Zeit als „geopfert“ an.

Der Verlag unterstützte das Projekt in jeder denkbaren Weise. Er bemühte sich außerordentlich, trotz der z. T. schlechten Bild- und Textvorlagen, ein technisch gutes Produkt zu erzielen. Nach mehreren Auswahlstufen in den Gruppen wurden die gewählten Bilder im Auftrag des Verlags von einem professionellen Fotografen im Stadtarchiv fotografiert. Der Verlagsleiter korrigierte stets höchst aufmerksam und gewissenhaft und stellte sowohl die äußere als auch die innere korrekte Form des Buches sicher. Zeitweise wurde die Verlagsar-

beit dadurch behindert, daß andere wichtige Aufträge das Projekt in den Hintergrund rücken ließen. Einmal durfte die ganze Redaktion dem Verlagsleiter bei der Arbeit über die Schulter schauen und einen nützlichen Blick hinter die Kulissen eines Verlages werfen.

Außer dem Verlag half Frau Gehlen von der Mikrofichestelle der Gesamthochschule Paderborn maßgeblich mit. Sie fertigte mehrere hundert Rückvergrößerungen von Zeitungsartikeln zur Auswahl an. In der Endfassung verfügt das Buch jetzt neben 130 Abbildungen über 61 zeitgenössische Originaltexte mit eigenständigen Informationen.

Der Gruppe war bewußt, daß es schwer sein würde, das Paderborner Publikum davon zu überzeugen, daß auch Schülerinnen und Schüler ein brauchbares und nützliches Buch erstellen können. So mischten sich in die Freude über das tatsächliche Erscheinen und die Präsentation des Buches im Rathaus in Anwesenheit des Bürgermeisters auch bange Fragen, auf welche Kritik das Buch stoßen würde. Alle Mitglieder waren daher froh, spontan viel Zustimmung zu erfahren. Wie in vielen anderen Publikationen zur Paderborner Geschichte haben sich zwar einige Fehler in das Werk eingeschlichen, es soll aber in Kürze eine kleine Liste mit einigen Korrekturen allen Interessenten zur Verfügung gestellt werden.

Als Fazit läßt sich sagen, daß die Arbeit am Buch für die Schülerinnen und Schüler sehr ungewohnt und anstrengend, aber lohnend war. Die hohe Beanspruchung führte sicherlich dazu, daß sich die jungen Mitglieder der Gruppe besser kennenlernten und ihre eigenen geistigen Fähigkeiten entdeckten. Das Buch wurde eine kleine Orientierungshilfe beim Schritt vom Jugendlichen zum jungen Erwachsenen. Im Bewußtsein, daß man die eigene Grenzen zu erkennen und zu verschieben lernte, wird wohl jede Schülerin und jeder Schüler dankbar und auch schmunzelnd an die Buchproduktion denken.

Die Paderborner Bibliographie 1946 bis 1979

von Andreas Gaidt

Im Stadtarchiv Paderborn wird derzeit die Paderborner Bibliographie für die Jahre 1946 bis 1979 erarbeitet. Mit diesem Berichtszeitraum wird die bisherige Lücke der Paderborner Bibliographie geschlossen. Die Reihe über das Schrifttum über die Stadt Paderborn wird dann den Berichtszeitraum von 1578 bis 1994 abdecken.

Die Systematik des Bandes 1946 bis 1979 stimmt weitestgehend mit denen der anderen Bände überein, kleinere Abweichungen ergeben sich, wie sollte es anders sein, in erster Linie aus den veränderten historischen Bedingungen. Die Abweichungen bleiben jedoch minimal, so daß sie nicht eigens erwähnt werden müssen: Wer die Systematik eines Bandes kennt, kennt alle.

Welche Titel werden aufgenommen?

Nach welchen Kriterien entscheidet sich die Aufnahme eines Buches, eines Artikels oder einer Notiz? Die Kriterien bleiben ebenfalls die gleichen, wie sie Ute Kampmann-Mertin in dem Band für 1578 bis 1945 ausführlich erläutert hat. Aufgenommen werden alle Bücher, Aufsätze Artikel, Druckerzeugnisse, sofern sie Paderborn oder Paderborner Persönlichkeiten behandeln. Ist Paderborn in einem größeren (sachlichen oder geographischen) Rahmen eingebettet, sind die Seiten, die Paderborn behandeln, angegeben. Kurz: Aufgenommen wird jedes Druckerzeugnis, das das Wort (Stadt)¹ „Paderborn“ enthält.

Eingeschränkt wird dieses formale Kriterium indes durch ein inhaltliches. Denn, so ließe sich vom Laien, um so mehr vom Fachmann einwenden, wieviele Teilbände soll es geben, wenn im Band 1946 bis 1979 alles drin ist, wo „Paderborn“ drin ist? Ist Paderborn, so lautet deshalb die notwendige inhaltliche Begrenzung, nur am Rande erwähnt, wird der Band nur aufgenommen, wenn die Erwähnung eine über allgemeine Trivialitäten sich unterscheidende Information enthält. Die Erwähnung beispielsweise, daß im Jahr 799 ein welthistorisch bedeutendes Treffen zweier historischer Persönlichkeiten zu Paderborn stattfand, rechtfertigt allein nicht die Aufnahme in die Bibliographie. Doch

auch wenn dieses Beispiel Zustimmung finden wird: Die Berücksichtigung eines inhaltlichen Kriteriums bringt auch Entscheidungsprobleme mit sich: Wie eng, wie weit soll es angewendet werden? Hier gehen die Interessen von Laien und Fachleuten sicher auseinander; denn was für den einen eine neue, nicht-triviale Information ist, ist es für den anderen nicht. Die Bibliographie soll nicht nur Fachleuten, sondern auch dem interessierten Laien den informativen Weg zur Paderborner Geschichte weisen. In seinem Interesse liegt also eher eine großzügigere Handhabung des inhaltlichen Kriteriums. Anders beim Fachmann, der die vielen Literaturangaben zu punktuellen Vorkommnissen von „Paderborn“ eher als störend empfinden wird. Die Lösung des Problems sind Notizen: Ist Paderborn nur am Rande erwähnt, tritt zur Seitenangabe eine inhaltliche Notiz. Diese Notiz soll vor allem dem sachkundigeren Benutzer unnötige Arbeit ersparen, da er sofort erfährt, um welchen Inhalt es sich bei der Erwähnung handelt und ob der Weg ins Archiv dafür lohnt oder nicht.²

Des weiteren gilt der Grundsatz: Bei Erwähnung von „Paderborn“ wird das inhaltliche Kriterium eher generös und gutwillig angewendet, bei Personen jedoch rigoroser. Da z.B. Teile der Senne zu Paderborn gehörig sind, ist die Literatur über Natur- und Landschaftskunde der Senne aufgenommen, außer es ist ausdrücklich kein Paderborner Bezug erkennbar. Bei Personen allerdings muß die angegebene Stelle

¹ Überregionale Titel, z.B. über Westfalen, Fürstbistum Paderborn u.a., werden wie bei Kampmann-Mertin nur aufgenommen, wenn ein deutlicher Bezug zur Stadt Paderborn erkennbar ist. Andere Literatur bleibt der (Nordrhein-)Westfälischen Bibliographie vorbehalten.

² Der „Informationsvorbehalt“ ist ein notwendiges, kein hinreichendes Kriterium. Kurztexzte mit Nachrichtencharakter z.B. werden nicht aufgenommen. Dies gilt insbesondere für solche aus diversen regionalen Periodica wie dem „Dom“ oder der „Warte“ (in ihren frühen Jahrgängen). Die Auswertung dieser „Meldungen“ muß eigenen Bibliographien vorbehalten bleiben, wie sie derzeit für die „Warte“ in Arbeit ist. Mit ihrem Erscheinen, wie dem der Paderborner Bibliographie 1946-1979, ist freilich erst im nächsten Millennium zu rechnen.

schon einen deutlichen Bezug zur Paderborner Stadt(geschichte) erkennen lassen. So macht es in einer Paderborner Bibliographie sicher keinen Sinn, alle Titel über Schlaun aufzunehmen, nur weil er zwei Jahre lang, und auch noch mit nur mäßigem Erfolg, das Theodorianum besucht hat. Die Titel, die sich aber etwa mit dem Neuhäuser Feuerwerk Schlauns befassen, finden selbstverständlich Aufnahme.

Von Personen, die in Paderborn geboren, womöglich aufgewachsen sind, aber ihre nachschulische Karriere anderswo durchliefen, werden allein biographische Titel aufgenommen, nicht jedoch solche diese Karriere betreffenden. Mag die Geburt als Aufnahmekriterium ausreichen, ist dies bei anderen Ereignissen nicht ganz so einfach entscheidbar. Soll die Priesterweihe in Paderborn genügen? Der Bearbeiter meint: nein. Aber Studium und Priesterweihe? Der Bearbeiter meint (derzeit): ja. Aber bis zum Erscheinen der Bibliographie kann sich diese Meinung noch ändern. Wie auch so manches andere. Das beruhigende aber ist: Die gesammelten, aber nicht im Druck erscheinenden Titel sind nicht verloren, sondern führen eine digitale Existenz in der AUGIAS-Bibliodatenbank des Stadtarchivs und sind hier abrufbar.

Eine noch nicht abschließend entschiedene Frage ist, ob literarische Schriften Paderborner Autoren aufgenommen werden sollen. Machte dies für Schriften von Jenny Aloni oder Therese Pöhler durchaus einen Sinn, ist die Aufnahme von etwa 100 Gedichten von Elisabeth Poganiuch-Flören aus dem „Dom“ und der „Warte“ sicher wenig sinnvoll. Eine Möglichkeit wäre, nur die selbständigen Schriften aufzunehmen und nur die, die in Paderborner Bibliotheken oder Archiven nachweisbar sind. Die beitragenden Schriften, wie Gedichte, Erzählungen u.a., behielten dann ebenfalls nur noch ihr digitales Dasein.¹

Für die Handhabung der Auswahlkriterien heißt dies in Kürze: Es ist einerseits ein beschränkendes Kriterium notwendig, damit die Bibliographie nicht überfrachtet und nicht unübersichtlich, eine Benutzung nicht unnötig

erschwert wird. Andererseits darf dieses Kriterium nicht zu enge Maßstäbe setzen, die bereits zu viel Wissen voraussetzen und damit die Benutzung der Bibliographie für einen Laien unattraktiv machen.

Wie in den anderen Bänden der Paderborner Bibliographie werden nicht berücksichtigt:

- Amtsblätter aller Art, wie Gesetzesblätter, Erlasse, Gerichtsentscheidungen;
- Telefonbücher und Fahrpläne;
- Firmenschriften, wie Geschäftsberichte (außer zu Jubiläen), Bilanzen, Verkaufskataloge, Prospekte, sowie vergleichbare Veröffentlichungen von Vereinen, Verbänden und Parteien, außer Sonderdrucken;
- Schulbücher, Vorlesungsverzeichnisse;
- Vortragsmanuskripte und Examensarbeiten, allgemein: graue Literatur nur dann, wenn sie sich in Bibliotheken nachweisen läßt;
- Flugschriften;
- Graphiken und Bildkalender;
- Veröffentlichungen in Tageszeitungen;
- Lexikon- und Handbuchartikel.

Handbücher? Nun, nicht jedes Buch, das sich Handbuch nennt, ist auch eines, nicht jedes Buch, das sich nicht Handbuch nennt, ist auch keines. Auch hier wird ausgewählt werden müssen, so daß die eine oder der andere den einen oder anderen Beitrag über Paderborn vermissen könnte.

Wo findet sich ein Titel in der Bibliographie?

Ist erst einmal entschieden, daß ein Titel es verdient aufgenommen zu werden, muß entschieden werden, welcher Klassifikation er zugeordnet wird. Wie oben bereits gesagt, stimmt die Systematik, stimmen die Klassifikationen des Bandes 1946-1979 weitestgehend mit der der anderen Bände überein. Grundsätzlich gilt: Welcher Klassifikation, welchen Klassifikationen ein Titel zugeordnet wird, richtet sich nach dem für Paderborn entscheidenden Inhalt des Textes. Klar! mag der Leser denken. Doch kann die Zuordnung durchaus irritierend wirken, wenn ein Buch über niederländische Universitäten nicht unter (10.6.13 Universitäten, Hochschulen) eingeordnet ist, sondern unter (03.2 Bevölkerungs- und Siedlungsgeschichte,

¹ Auch wenn dadurch einige Schätze verloren gingen wie z.B. ein schönes, der Erbauung dienendes Frühwerk von Erwin Grosche: „Oh, dieser Wind!“ In: Der Dom, 24 (1969), H. 43, S. 18.

Migration), da auch Paderborner Emigranten behandelt werden. Soweit die Regel, doch keine Regel ohne Ausnahme. So wird etwa Friedrich Wilhelm Weber aufgenommen, weil er Theodorianer war. Aber wer weiß das schon? Und deshalb rangiert er auch in der Bibliographie nicht unter (10.6.07 Schüler), sondern unter (10.5.2 Schriftsteller), auch wenn er nicht als Paderborner Schriftsteller bezeichnet werden kann. Aber unter Schriftsteller wird er nun einmal gesucht. Eine Notiz weist ihn dann als Theodorianer aus.

Gewöhnungsbedürftig wird sicher auch sein, daß z.B. Titel zu wirtschaftlichen Themen aus früheren Jahren („Die Wirtschaft Paderborns heute“ aus dem Jahre 1946) nicht unter (05.2 Wirtschaftsgeschichte) aufgeführt sind, sondern eher unter (05.1 Wirtschaft, Allgemeines). Denn es handelt sich ja um einen zeitgenössischen Titel, auch wenn die Zeit vergangen ist. Die Probleme, die der Autor als Historiker hätte (aus heutigem Blickwinkel in die Geschichte zu blicken), hat er als Zeitgenosse nicht gehabt. Deshalb gehört sein Beitrag auch nicht in die *Wirtschaftsgeschichte*.

Allgemein gilt: Die Zuordnung eines Titels zu den Klassifikationen unterliegt der Interpretation des jeweiligen Bearbeiters bzw. Benutzers. Ein schönes Beispiel sind die Heiligen: Gehören sie (nur) nach (11.1 Religiöses Leben, Allgemeines) oder eher/auch nach (03.4.4 Volksglaube). Auch die Lösung, eine eigene Klassifikation „Heilige“ einzurichten bringt keine echte Lösung, da auch hier entschieden werden müßte, ob sie eher unter (03. Volkskunde) oder unter (11. Religiöses Leben) einzurichten wäre. Atheisten tendierten sich eher zu (03. Volkskunde),

Durchschnittseuropäer eher zu unter (11. Religiöses Leben).

Ob des subjektiven Faktors spürt der Leser als künftiger Nutzer der Bibliographie vielleicht ein Unbehagen in sich aufkommen: Wer soll sich denn da zurechtfinden? Vermutlich gibt es ja noch mehr ungewöhnliche gewöhnungsbedürftige Zuordnungsüberlegungen! (Mit Sicherheit!) Dem ist nur der Rat des *Hitch Hiker's Guide to the Galaxy* zu empfehlen: Keine Panik! Für klare Ordnung und einwandfreies Auffinden aller Titel sorgen die verschiedenen Register. Die Bibliographie wird neben einem Autoren- und Herausgeber-, ein Personen- und vor allem ein Sachregister enthalten. Außerdem werden die Klassifikationen kurz erläutert werden.

Wie weit ist die Arbeit gediehen?

Ziemlich weit. Die Paderborner Bibliotheken sind durchgearbeitet, die wichtigsten Zeitschriften durchgesehen. Bis zum Sommer 1999 werden noch die Landesbibliotheken in Dortmund und Detmold nach Paderbornensia durchsucht werden. Zahlreiche, für Paderborn weniger wichtige Zeitschriften werden noch durchgesehen werden müssen. Die Ausbeute hier wird zwar gering, für den Benutzer aber um so lohnender sein, da er in diesen Zeitschriften eher nicht suchen wird. Bis zum Herbst ist die Titelaufnahme hoffentlich abgeschlossen, so daß es in die Feinarbeit, sprich in die technische Aufbereitung der Bibliographie gehen kann. Zu Beginn des nächsten Millenniums dann kann die Vorlage dem Verein für Geschichte an der Universität-GH Paderborn zum Druck übergeben werden.

Porträt

von Jutta Prieur-Pohl

An der Spitze des Staatsarchivs Detmold gab es vor kurzem eine personelle Veränderung. Neue Leiterin ist Dr. Jutta Prieur-Pohl, die unserer Bitte, ein kurzes Porträt über ihre Person zur Verfügung zu stellen, dankenswerterweise nachgekommen ist.

Gern nutze ich die Gelegenheit, mich den Leserinnen und Lesern der Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität-GH Paderborn als neue Leiterin des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs Detmold und des Nordrhein-Westfälischen Personenstandsar-

chivs Westfalen-Lippe vorzustellen. Die enge Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und den Archiven liegt mir sehr am Herzen da beide Seiten voneinander profitieren können.

In meiner eigenen Studienzeit an der Universität zu Köln bin ich nach dem Grundstudi-

um durch Leseübungen und siegelkundliche Seminare auf die rheinischen Archive aufmerksam geworden. Ein prägendes Erlebnis war es für mich, statt mit Quelleneditionen zu arbeiten, erstmals vor der Fotokopie einer mittelalterlichen Kaiserurkunde zu sitzen und sie mühsam Buchstabe für Buchstabe zu entziffern. Als Lohn für diese stundenlange Arbeit durften wir Studenten/innen schließlich im Stadtarchiv Köln die Originalurkunde Kaiser Friedrichs II. in den Händen halten. Von da an war meine Begeisterung für die Auseinandersetzung mit den Originalquellen geweckt.

Neben Geschichte und Germanistik studierte ich daher Historische Hilfswissenschaften, setzte mich also mit Heraldik, Sphragistik, Chronologie und Paläographie auseinander. Bei meiner Doktorarbeit über das Kölner Dominikanerinnenkloster St. Gertrud am Neumarkt konnte ich diese Kenntnisse gut gebrauchen, da ich vorwiegend unediertes Material auswerten mußte. Hier fand ich auch erstmals die Gelegenheit zu fächerübergreifendem Arbeiten, was mich seither immer aufs Neue fasziniert. Die Kölner Dominikanerinnen sind nicht nur für die religiöse Frauenbewegung des 13. Jahrhunderts von großer Bedeutung gewesen, sondern gleichzeitig ein Zentrum der rheinischen Mystik. Ihnen verdanken wir z.B. die Niederschrift der Predigten des Straßburger Mystikers Johannes Tauler, und somit die Überlieferung eines bedeutenden Teils seines literarischen Werkes.

Nach meiner archivischen Ausbildung am Staatsarchiv Detmold und am Institut für Archivwissenschaft im Marburg übernahm ich 1982 die Leitung des Stadtarchivs Wesel, das sich durch reiche Bestände seit dem Spätmittelalter auszeichnet. Die jährlich herausgegebenen Bände der Reihe „Studien und Quellen zur Geschichte von Wesel“ leisteten Beiträge zur niederrheinischen Landesgeschichte von der Ur- und Frühgeschichte bis hin zu Themen des 20. Jahrhunderts wie Luftlandung und Rheinübergang der Alliierten 1945 und Wiederaufbau. Zusammenfassend vorgestellt wurden diese Ergebnisse in der Stadtgeschichte aus dem Jahr 1991.

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit war die Wissensvermittlung und die Sensibilisierung für Landesgeschichte durch die Zusammenarbeit mit Schulen und den rheinischen Universitäten sowie durch turnusmäßig Ausstellungen (z.B.



Dr. Jutta Pricur-Pohl

die Ausstellung zum Stadtjubiläum 1991 über die Hanse an Rhein, IJssel und Lippe) und Veranstaltung von Tagungen und Kolloquien. Durch Teamarbeit in den niederrheinischen Kommunalarchiven und in der Heresbach-Stiftung Kalkar konnte diese Arbeit auch überregional abgestimmt, koordiniert und in Veröffentlichungen präsentiert werden.

Meine eigenen Interessenschwerpunkte liegen in der Erforschung der religiösen Frauenbewegung des Spätmittelalters (Reformorden, Beginen, Devotio moderna), der rheinischen Reformationsgeschichte und Geschichte der Juden am Niederrhein.

Im archivischen Bereich habe ich mein Engagement besonders auf die Erhaltung und Restaurierung der Archivalien gelegt. Durch den Bau einer modernen Papierrestaurierungswerkstatt gelang es, ein Restaurierungszentrum für Hadempapiere (bis ca. 1850) und für die Instandsetzung alter Codices zu errichten, das in Auftragsarbeit für den gesamten niederrheinischen Raum arbeitet.

Die gewonnenen Erfahrungen lassen sich gut in meinen neuen Arbeitsbereich einbringen. Neben den archivischen Kernaufgaben der Bestandsbildung, -erschließung und -bewertung halte ich gerade die Öffentlichkeitsarbeit der Archive, die historische Bildungsarbeit und den engen Kontakt zu den Universitäten für unerlässlich.

Verfrühtes Jubiläum – oder: Paderborner Waschfrauen lockten Karl an die Paderquellen

Redaktionsbeitrag

Die lang umstrittene Frage der Gründung des Paderborner Bistums scheint durch einen Fund infolge einer Recherche zum Dreißigjährigen Krieg im Staatsarchiv Münster einer Antwort näher gerückt zu sein. Das Paderborner Domkapitel, deren Mitglieder vor den hessisch-schwedischen Bedrohungen in der Endphase des Dreißigjährigen Krieges nach Münster geflohen waren, standen im regen Kontakt mit ihren französischen Glaubensbrüdern in Le Mans. Über diese Verbindung wollten sie den französischen König bewegen, für den Erhalt des von den Hessen bedrohten Bistums zu intervenieren.¹ In einem bisher unbeachteten Schreiben, das im Staatsarchiv Münster als schwer leserliches Konzept vorliegt, wandte sich das Domkapitel am 5. Juni 1647 mit einem eindringlichen Appell an das Kapitel von Le Mans, um das Bistum von Paderborn vor dem endgültigen Untergang zu bewahren. Als Beleg ihrer Argumentation fügten die Domherren

ihrem Schreiben eine Abschrift der Kaiserurkunde Karls des Großen bei, die wohl mit hoher Wahrscheinlichkeit als Gründungsurkunde des Paderborner Bistums bezeichnet werden kann. Es steht zu vermuten, daß die Urkunde zusammen mit weiteren Beständen des Bistumsarchivs nach Münster in Sicherheit gebracht worden war. Als dann nach dem Abschluß des Westfälischen Friedens 1648 die Domherren, der Liboriuschrein und das Archiv nach Paderborn zurückkehrten, muß dieses zentrale Dokument der Paderborner Geschichte verloren gegangen sein.² Nachfragen im Bistumsarchiv haben ergeben, daß dort bis heute erfolglos nach einem Exemplar gesucht wird. Auch wenn die vorliegende Abschrift das Original nicht ersetzen kann, so scheint die Glaubwürdigkeit aber aufgrund des hohen diplomatischen Stellenwertes und der inneren Kohärenz sehr hoch zu sein.³

STAM Münster, Fürstentum Paderborn, Kanzlei Nr. 458:

Hochehrwürdige und hochwohlgeborene brüder in Christus.

Wie eure hoehrwürdigen bürder gnädigst aus der obbemelten Urkunde ersehen werden, ist die diözese Paderborn von dem allerchristlichsten Kaiser Karl höchstselbst am tag des heiligen martyrs Stephanus [26. Dezember] anno 800 fundirt [gegründet] worden. In immerwährenden Angedenk dieser segensreichen fundation appellieren wir in zeitten der höchsten bedrängnis an eure hoehrwürdigen brüder. In ansehung der tiefen verbundenheit dieser diözese mit dem ehrwürdigen capitell der diözese Le Mans bitten wir unsere brüder [...] unseren supplicen [Bittschriften] beim christlichen könig Ludwig für den erhalt unseres bistums Paderborn zu succuriren [helfen].
Münster, den 5. Junii anno 1647.

(C.) In nomine patris et filii et spiritus sancti.
Karolus serenissimus augustus et a deo
coronatus magnus pacificus imperator

Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Karl, der sehr gnädige Augustus und von Gott gekrönte große und friedensbrin-

¹ Das Domkapitel berief sich auf die Verehrung des Heiligen Liborius, dessen Reliquien von Le Mans nach Paderborn im Jahr 836 überführt worden seien und die Gründung des Bistums durch Kaiser Karl den Großen. Vgl. den Briefwechsel bei Karl Fritz: Paderborn – Le Mans. Geschichte einer Städtefreundschaft. Paderborn 1977.

² Vgl. dazu Erzbistumsarchiv Paderborn, Metropolitankapitel Band XIII., Blatt 9f.

³ Die Auffindung der Ausfertigung des Schreibens im Bistumsarchiv von Le Mans würde den Quellenwert der vorliegenden Abschrift deutlich werden lassen. Eine entsprechende Anfrage blieb bisher unbeantwortet.

Romanum gubernans imperium, qui et per miserico[di]am dei rex Francorum et Langobardorum. Regni nostri augere honores credimus, si iustas petitiones sacerdotum vel ministrorum dei, cum nostris auribus prolate fuerint, perducimus ad effectum, ipsi enim pro stabilitate regni nostri vel anime nostre salute dei misericordiam frequentius exorant. Quapropter noverit omnium presentium futurorumque industr[ia], qualiter nos, synoda sancta kalendis decembris in ecclesia Romana sancti Petri principis apostolorum consulata, in loco qui vocatur urbs Caroli episcopatum fundamus. Cum consensu archiepiscopi Moguntiacy civitatis ecclesia urbis Caroli regatur ab episcopo Herbipolensy civitatis usque ad ordinationem cuiusdam episcopi ex genere Saxonum. Hoc loco, ubi quondam Saxones cultum haereticum colebant et columnam adorabant, quem Irminsul dicere solebant, ecclesiam mirae magnitudinis aedificavimus. Haec ecclesia episcopalis anno priore a Leone papa, qui veniens in Saxoniam a civium telorum militia sub Widochindo baptizato pretore honorifice susceptus et in urbem istam deductus erat, in honore sanctae virginis Mariae et sancti Kiliani dedicata est. Nos autem tunc ex castra de regione fontium Lippiac, quae vana et omnimodi sine hominibus est, ad urbem Karoli vulgo Patrisbrunnam profecti sunt ad recipiendum papam honorifice in nostro sede et ad accipiendum eum in nostro palatio cum Paderbornense pane et cervisa. Nobis advenientibus tunc Leo papa vestes suos a mulieribus lavantibus caris in Padra flumine purgari fecit. Nos autem praecipimus poetam saxonicum iuvenem nomine Idonem poematem rhythmicum suum de Karolo rege et Leone papa libris quattuor omnibus adstantibus gaudentibus cantare. His peractis sanctus papa laeto animo somnum capere in tentorium suum se recepit. Quomodo Constantinus imperator augustus aedificavit urbem et ecclesiam, nos autem urbem et ecclesiam ad Dei laudemque religionis christianae constitui fecimus. Quapropter donamus Deo famulantibus ecclesiae Paderbrunnensy et omnibus rebus eorum, scilicet curtibus et casis omnibusque aedificiis familiis ac mancipiis utriusque sexus agris pratis pascuis silvis aquis aquarumve

gende Kaiser, der das römische Reich beherrscht und der auch durch die Gnade Gottes König der Franken und Langobarden ist. Wir glauben die Würde unseres Reiches zu vermehren, wenn wir die gerechten Bitten der Priester und Dienstleute Gottes, sofern sie unseren Ohren kundgetan werden, in die Tat umsetzen, damit jene für den Bestand unseres Reiches und für das Heil unserer Seele die Barmherzigkeit Gottes noch häufiger erbitten. Deshalb möge die Tätigkeit aller gegenwärtigen und zukünftigen Menschen wissen, daß wir, nachdem es die heilige Synode am 1. Dezember in der römischen Kirche des heiligen Apostelfürsten Petrus beschlossen hat, an dem Ort namens Karlsburg ein Bistum gründen. Mit der Zustimmung des Erzbischofs von Mainz möge die Bischofskirche von Karlsburg von dem Würzburger Bischof bis zur Weihe eines Bischofs aus sächsischem Geschlecht geleitet werden. An dem Ort, wo einst die Sachsen heidnischen Kult betrieben und eine Säule anbeteten, die sie gewöhnlich Irminsul nannten, haben wir eine Kirche von wunderbarer Größe erbaut. Diese Kirche wurde im vorigen Jahr von Papst Leo, der nach Sachsen kam und von der Schützenbruderschaft unter ihrem Anführer, dem getauften Widukind, ehrenvoll empfangen und in die Stadt geführt worden ist, zu Ehren der heiligen Jungfrau Maria und des heiligen Kilian geweiht. Wir aber brachen damals aus dem Lager im Gebiet der Lippequellen, das gänzlich menschenleer ist, nach Karlsburg auf, das auch Paderborn genannt wird, um den Papst an unserem Sitz ehrenvoll zu empfangen und ihn in unserer Pfalz mit Paderborner Brot und Bier zu bewirten. Als wir eintrafen, ließ der Papst gerade seine Gewänder von den lieblichen Waschfrauen in der Pader reinigen. Wir aber ordneten an, daß der junge sächsische Dichter namens Ido sein rhythmisches Gedicht über König Karl und Papst Leo, das aus vier Büchern besteht, zur Freude aller Umstehenden vorträgt. Nachdem dies beendet war, zog sich der Papst frohen Herzens zum Schlafen in sein Zelt zurück. Wie Kaiser Konstantin eine Stadt und eine Kirche erbaut hat, so haben wir ebenfalls eine Stadt und eine Kirche zum Lob Gottes und der christlichen Religion errichten lassen. Deshalb schenken wir den Dienern Gottes der Kirche von Paderborn und allen ihren Bestitzümern, nämlich Höfen, Häusern und allen Gebäuden, Leibeigenen und Sklaven beiderlei Geschlechts, Äckern, Wiesen, Weiden, Wäldern, Gewässern, Wasserläufen,

decursibus molinis piscationibus viis et inviis accessibus et regressibus cultis et incultis mobilibus et immobilibus et omnibus iuste ac legitime ad eis aspicientibus, securitatem et tuitionem nostram. Et ut hec nostra auctoritas stabilis permaneat et per futura tempora melius conservetur, hanc cartam iussu nostro conscriptam manu propria confirmantes anuli nostri impressione sigillari iussimus.

Signum domni Karoli gloriosissimi imperatoris.

Genesisius advicem Ercanbaldi scripsi.

Data VII. kal. jan. anno primo Christo propitio imperii nostri et XXXIII regni nostri in Francia atque XXVIII in Italia; actum Roma in ecclesia sancti Petri principis apostolorum, ubi ipse in corpore requiescit; in dei nomine feliciter amen.

An dieser Stelle seien einige Hinweise auf die Bedeutung des seit langem schmerzlich vermißten Dokuments für die Paderborner Geschichte erlaubt. Auch wenn hier noch keine abschließende Interpretation vorgelegt werden kann, so ist doch die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß diese Urkunde – übrigens die erste nachgewiesene Kaiserurkunde Karls des Großen überhaupt – in einer ganzen Reihe von Forschungsfragen zu bahnbrechenden Erkenntnissen führen wird. Zunächst ist nun endgültig Klarheit über das genaue Datum der Bistumsgründung geschaffen. Die Vermutung von führenden Kirchenhistorikern, daß 799 mit dem Zusammentreffen Karls und Leos in Paderborn auch die sächsische Kirchenorganisation festgelegt wurde, ist nicht mehr haltbar.¹ Zwar spricht auch weiterhin nichts dagegen, daß auf diesem Treffen hierüber gesprochen wurde; die faktische Gründung ist aber erst mit dem zweiten Weihnachtsfeiertag des Jahres 800 anzusetzen. Dies macht auch insofern Sinn, als

¹ Vgl. u.a. Karl Brandt und Leo Hengst: Das Erzbistum Paderborn: Geschichte, Personen Dokumente. Paderborn 1989. Hier S. 16f.

Mühlen, Fischereirechten, Straßen und unwegsamen Gelände, Zu- und Ausfahrten, bebauten und unbebauten Flächen, allen beweglichen und unbeweglichen Dingen sowie allem recht- und gesetzmäßigem Zubehör, unsere Sicherheit und unseren Schutz. Und damit diese unsere Bestimmung Festigkeit habe und in zukünftigen Zeiten noch mehr eingehalten werde, haben wir angeordnet, daß diese Urkunde, die auf unseren Befehl geschrieben wurde und die wir mit unserer eigenen Hand bekräftigt haben, durch den Aufdruck unseres Sigels gekennzeichnet werde.

Zeichen des überaus ruhmreichen Kaisers Karl.

Ich, Genesisius, habe anstelle des Erkanbald unterzeichnet.

Gegeben am 26. Dezember, durch die Gunst Gottes im ersten Jahr unseres Kaisertums und im 33. unserer Königsherrschaft im Frankenreich und im 28. in Italien. Ausgestellt in der Kirche des heiligen Apostelfürsten Petrus in Rom, wo er in seinem Körper ruht. Glückliche Namen Gottes. Amen.

daß ein Papst, dessen Amtszeit in Rom abgelaufen war, wohl kaum der richtige Partner für Karl gewesen sein dürfte, so weitreichende Entscheidungen zu treffen. Erst als seine weitere berufliche Zukunft in Rom sichergestellt war, kam er Karl als Kaisermacher und Bistumsgründer gerade recht.

Aber auch andere Mythen werden durch die vorliegende Urkunde an das Licht der Wahrheit gezerrt. Die Stadt Lippspringe hat sich wohl mit ihrem sturen Festhalten an der 1200jährigen Geschichte etwas weit aus dem Fenster gelehnt. Wie aus Fachkreisen schon längst vermutet, hatte zwar Karl der Große an den Lippequellen ein Heerlager errichtet,² doch von menschlicher Besiedlung oder gar Stadtgründung keine Spur. Vielmehr nutzte er die „menschenleere Gegend“ zum campieren und ließ seine Streitmacht dort weiden.

Dies ist auch für die Geschichte der Stadt Paderborn von Bedeutung, da nun zweifelsfrei alle neun Aufenthalte Karls in seiner „Karls-

² Karl Balzer: „Lippiagyspringia in Saxonia“. In: Leo Pavlicic (Beab.): Lippspringe – Beiträge zur Stadtgeschichte. Paderborn 1995. Hier S. 69.

burg“ zu lokalisieren sind. Es kann wohl kaum als Überstrapazierung des knappen Wortlautes der Urkunde bezeichnet werden, wenn man die besondere Anziehungskraft Paderborns auf seine schon zu fränkischer Zeit gerühmten Spezialitäten Brot und Bier zurückführt. Nicht zuletzt werden es aber die „lieblichen Waschfrauen“ gewesen sein, die Karl an den Ort der Paderquellen gelockt haben. Ihre Bronzefiguren erinnern bis heute an die Wirkmächtigkeit des weiblichen Geschlechts in der Geschichte der Stadt Paderborn.¹

Die eigentliche Sensation dieser Urkunde liegt aber in der Umbenennung Paderborns in Karlsburg. Galt die Bezeichnung Karlsburg schon dem visionären Geschichtsforscher Karl Hauk als Hinweis auf die Parallelität von Paderborn und Konstantinopel, so verhinderten doch die fehlenden Belegstellen in den 90er Jahren des achten Jahrhunderts den Durchbruch seiner Hypothese.² Nun aber steht eindeutig fest, daß die Umbenennung Paderborns in Karlsburg in programmatischer Absicht erfolgte. Wie Kaiser Konstantin wollte Karl einen Ort des Unglaubens und des heidnischen Kultes zum Zentrum der weltlichen und religiösen Erneuerung machen. Hierzu ließ er repräsentative Prachtbauten errichten und eine Kirche von „staunenswerter“ Größe durch den Papst weihen. Nicht zuletzt der Besuch des Papstes, der zum ersten mal seit mehr als 50 Jahren wieder über die Alpen zog, belegt in eindrucksvoller Weise, daß Karl „seinen Sitz“ zu einem neuen Zentrum von europäischem Rang ausbaute. Die Kaiserkrönung und die Errichtung des Paderborner Bistums in Rom bildeten in diesem Prozeß den

glanzvollen Höhepunkt einer Entwicklung, die schon 777 mit dem ersten Reichstag auf sächsischen Boden begonnen hatte und auf nicht weniger zielte, als in Sachsen – genauer in Paderborn – die Hauptstadt eines europäischen Kaiserreiches zu bauen. Diesen kühnen Plan konnte Karl der Große fassen, da er sich nach langer Überzeugungsarbeit der rückhaltlosen Unterstützung der Sachsen gewiß sein konnte. Nicht zuletzt der Paderborner Bürgerschützenverein, der mit seinen schimmernden Waffen und wehenden Fahnen dem Papst eine unvergeßliche Begrüßung bereitet hatte, offenbarte der ganzen damals bekannten Welt, daß in Sachsen ein militärisches Potential erwachsen war, das seinesgleichen suchte.³ Auf diese starken Männerarme gestützt konnte Karl es wagen, die „weibliche Herrschaft“⁴ der Kaiserin Irene in Byzanz herauszufordern und sich selbst durch Papst Leo zum Kaiser krönen zu lassen. Die aktive Rolle des Schützenvereins im Zusammentreffen von Karl und Leo sollte die Stadt veranlassen, der Bronzefigur von Bücker den legendären Sachsenherzog und Schützenoberst Widukind hinzuzufügen. Welche Intrigen und höfischen Ränke dazu führten, daß Karl seine Residenz nach Aachen verlegte, wird durch intensive historische Arbeit ans Licht gebracht werden. Der Vergleich mit dem Umzug der Bundeshauptstadt nach Berlin jedenfalls drängt sich auf. Für Paderborn aber bleibt die Hoffnung, daß es in einer europäischen Union als Wiege des christlichen Europas wiederentdeckt wird.

¹ Die schon seit langem als quälend empfundene Diskussion um die Bronzefiguren wird aufgrund dieser Tatsache nun endgültig verstummen.

² Vgl. Karl Hauk: Karl als neuer Konstantin 777. Die archäologischen Entdeckungen in Paderborn in historischer Sicht. Frühmittelalterliche Studien 20, 1986, S. 513-535.

³ Leo Tenge, der schon legendäre Schützenpapst, hatte vollkommen richtig gehandelt, als er den Ursprung der Schützenbruderschaft im frühen Mittelalter suchte. Diese Urkunde ist ein schlagender Beleg für seine mutige Forschung, auch wenn nun die Gründung um weitere 100 Jahre vorverlegt werden muß. Vgl. Leo Tenge: Paderborn – beschützen und bewahren. Paderborn 1996.

⁴ Annales Laureshamenses, MGH SS 1, S. 37f.

Sammelbesprechung zum Dreißigjährigen Krieg und Westfälischen Frieden

Jubiläumsjahre jeglicher Art eignen sich zur Fokussierung der öffentlichen Aufmerksamkeit und sind deshalb Anlaß für Verlage und Autoren, die unterschiedlichsten Beiträge auf den Markt zu bringen. Im günstigsten Fall, bekommt ein bisher wenig beachtetes historisches Thema hierdurch eine Dynamik, die zu neuen Erkenntnissen und tieferem Verständnis führt. Im schlechtesten Fall werden Belanglosigkeiten ausgetauscht und zum nächsten Jubiläum geeilt. Das 350jährige Friedensjubiläum läßt sich nicht so einfach auf dieser Skala einordnen, da allein der Umfang der Veröffentlichungen nicht überblickbar geworden ist. Sicher ist aber, daß die Veranstaltungen, Ausstellungen, Radio- und Fernsehsendungen erheblich dazu beigetragen haben, einen zentralen Abschnitt der europäischen Geschichte ins Bewußtsein zu heben. Dies ist um so begrüßenswerter, als bisher die Dominanz von Mittelalter und Zeitgeschichte den Blick auf die Bedeutung der Frühen Neuzeit für die europäische Geschichte verstellt hat.

Aus regionalgeschichtlicher Perspektive sind einige Veröffentlichungen zu nennen, die auf unterschiedliche Weise und mit Blick auf ein anderes Publikum über Krieg und Frieden in der Region schreiben. Über die unten besprochene Literatur hinaus, sind in den Zeitschriften *Westfalen, WZ* und der *Warte* eine Vielzahl von Aufsätzen erschienen, die hier nicht im einzelnen diskutiert werden können. Für die Region im engeren Sinne – also das Hochstift Paderborn – ist das *Warte*heft vom Herbst 1998 zu nennen, mit Beiträgen über Brakel, Warburg und Paderborn im Dreißigjährigen Krieg.

Staatsarchiv Münster: Der Dreißigjährige Krieg und der Alltag in Westfalen. Quellen aus dem Staatsarchiv Münster. Red: Leopold Schütte. Münster 1998. 355 Seiten.

Die Quellenedition aus den Beständen des Staatsarchivs wurde unter federführender Bearbeitung von Leopold Schütte erstellt und dem Staatsarchivdirektor Dr. Manfred Wolf gewidmet, der im Juli 1998 in den Ruhestand getreten ist. In einem kurzen Beitrag von Wilfried Reininghaus werden seine Berufs- und Forschungsleistungen gewürdigt.

Die Quellenedition setzt sich zum Ziel, den Dreißigjährigen Krieg in seinen komplexen Auswirkungen auf die westfälischen Territorien zu zeigen. Der Krieg wird nicht primär als militärisches Ereignis verstanden (die wenigen großen Schlachten wären hierzu auch ungeeignet), sondern als brutaler Eingriff in die Lebenswelt der einfachen Menschen. Es sind deshalb Quellen ausgewählt worden, die über kriegsbedingte existentielle Bedrohungen des Alltags berichten. Die Frage, welche Phänomene einen direkten oder indirekten Bezug zum Dreißigjährigen Krieg haben, läßt sich dabei nicht immer leicht beantworten. Die Hexenprozesse, die im Krieg einen neuen Höhepunkt erreichten, werden von Leopold Schütte nicht berücksichtigt, da bisher noch kein schlüssiger Nachweis geführt wurde, daß sie als Kriegsfolge gelten können.

Die Quellensammlung stützt sich auf die Bestände des Staatsarchivs Münster. Die überaus reichhaltige und qualitätvolle Überlieferung im Staatsarchiv reicht von chronikalischen Aufzeichnungen über Protokolle bis zu Rechnungsbüchern. Leopold Schütte zieht alle diese Quellengattungen heran, um ein komplexes Bild des Dreißigjährigen Kriegs in der Region zu zeichnen. Dies spiegelt schon die Gliederung wieder, die sich am ständischen Aufbau der Gesellschaft – Territorium/Landesherr, Stadt, Wirtschaft, Adel, Kirche, Bauern – orientiert. Innerhalb der Themenkomplexe entfaltet sich ein überaus reichhaltiges Bild, das auch in die ganz konkreten Leiden der Bevölkerung Einblick gewährt. Durch ein Sach- und Namenregister wird der gezielte Zugriff ermöglicht und die Arbeit mit der Edition erheblich erleichtert.

Auch wenn aus konzeptionellen Gründen die Überlieferungen in Privat- und Kommunalarchiven nicht dokumentiert werden, so ist die vorgelegte Quellenedition ein unverzichtbares Hilfsmittel für diejenigen, der sich mit der Geschichte des Dreißigjährigen Kriegs in Westfalen befassen will. Sie ermöglicht einen thematisch orientierten Einblick in die Quellenbestände des Staatsarchivs und regt zu eigener Forschungstätigkeit mit den Originaldokumenten an.



Kupferstich von Jonas Suyderhoef nach Gerard ter Borch d.J., Die Beedigung des Friedensschlusses zwischen Spanien und den Niederlanden am 15. Mai 1648 zu Münster.

Gunnar Teske: Bürger, Bauern, Söldner und Gesandte. Der Dreißigjährige Krieg und der Westfälische Frieden in Westfalen. Münster 1997. 200 Seiten.

Gunnar Teske erzählt in seinem reich bebilderten Buch auf spannende Art die Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. Die nicht enden wollenden Schlachten, Belagerungen, Plünderungen und Brandschatzungen werden zu einer Chronologie des Leidens verdichtet, die ein eindrucksvolles Bild des Krieges vermittelt. Dabei steht die Ereignisgeschichte im Vordergrund, die aber immer wieder durch strukturelle Abschnitte z. B. über die Konfessionen oder die wirtschaftliche Entwicklung ergänzt wird. Ausführlich wird die Vorgeschichte des Krieges geschildert, indem Wirtschaft und Gesellschaft Westfalens zur Jahrhundertwende grob skizziert wird. Die Vorboten des Krieges – Kölner Krieg, spanisch-niederländischer Krieg und Klevischer

Erbfolgestreit – machen deutlich, daß in Westfalen schon seit dreißig Jahren Konflikte von europäischem Rang ausgefochten wurden. Dieser breite Exkurs in die Vorgeschichte ist insofern gerechtfertigt, als hier den strukturellen Ursachen des Dreißigjährigen Krieges nachgegangen wird. Auch wenn heute der Krieg nicht mehr in einer allgemeinen Krise des 17. Jahrhunderts aufgehoben wird, sondern auf die epochebildende Kraft hingewiesen wird, so muß man dennoch die Vorläufer behandeln, um gerade auf diesem Hintergrund die neue Qualität des Krieges würdigen zu können.

Eine Besonderheit des Buches ist die ausführliche Beschreibung der Akteure des Krieges. Die Viten z. B. von Graf Johann dem Mittleren von Nassau-Siegen, Herzog Christian von Braunschweig-Wolfenbüttel, Dietrich Lothar von Bönninghausen und von Alexander II. von Velen werden in einem Kurzporträt auf ei-

ner Seite vorgestellt. Durch sie erhält der Krieg ein Gesicht, das Gesicht der führenden Militärs. Vor allem sie sind es, die sich in Feldherrenpose und Harnisch abbilden ließen und dadurch ihren gesellschaftlichen Aufstieg dokumentierten. Die überwiegend namenlose Mehrheit der Bevölkerung, die unter den Exzessen der Soldateska zu leiden hatte, ist in dieser Zeit nur selten bildlich zu fassen. Die eindringlichen Bilder von Hans Ulrich Fanck und Jacques Callot, die bei Gunnar Teske z. T. großformatig abgedruckt sind, zeigen aber diese andere Seite des Krieges.

Konrad Reppen: Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Frieden. Studien und Quellen. Paderborn 1998. 889 Seiten.

Der überaus stattliche Band legt ein beredtes Zeugnis von mehr als vierzigjähriger Forschungs- und Lehrtätigkeit ab. Kaum ein anderer Historiker kann für sich in Anspruch nehmen, durch eine vergleichbare Vielzahl und Qualität von Veröffentlichungen zum Verstehen der Geschichte des Dreißigjährigen Krieges und Westfälischen Friedens beigetragen zu haben. Der 75jährige Geburtstag im Jubiläumsjahr 1998 wurde von den Herausgebern zum Anlaß genommen, die seit 1953 von Reppen vorgelegten Forschungsbeiträge in einem Band zu veröffentlichen und darüber hinaus noch weitere fünf Beiträge zum ersten mal der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Insgesamt werden somit in 30 Abhandlungen die Themenbereiche Historiographie, Vorgeschichte des Dreißigjährigen Krieges, Krieg und Friedensverhandlungen, der Westfälische Frieden im Urteil der Zeitgenossen und der Westfälische Frieden im politischen Rückblick der Gegenwart behandelt.

Im Mittelpunkt des Bandes steht der Westfälische Frieden. Dies ist aus zweierlei Hinsicht verständlich. Zum einen war Reppen als Initiator und Herausgeber der *Acta Pacis Westphalicae* jahrelang mit der Edition der zentralen Dokumente des Westfälischen Friedens beschäftigt. Zum anderen hat er durch seine Habilitation über „Die römische Kurie und der Westfälische Friede“ entscheidend zum Verständnis des päpstlichen Vorgehens auf dem Friedenskongress beigetragen. Hier liegt auch die Stärke des vorliegenden Aufsatzbandes. Die Diplomatengeschichte des Westfälischen Friedens wird durch eine ganze Reihe von Aufsätzen beleuchtet, in deren Mittelpunkt immer wieder die katholische Partei und insbesondere der päpstli-

che Gesandte Fabio Chigi stehen. Diese Artikel zu ganz spezifischen Forschungsfragen des Westfälischen Friedens sind auf ein intensives Quellenstudium gegründet. Es gehört zu den Leistungen Reppens, daß er hier Diplomatie nicht als einen Austausch von Noten abhandelt, sondern immer die Wechselwirkung mit den politischen und militärischen Entwicklungen des Krieges betont. Zudem erweitert er durch die Einbeziehung der Lebensverhältnisse und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Gesandtschaften die Diplomatengeschichte hin zur Sozialgeschichte. In einem weiteren Forschungsschwerpunkt geht Reppen der Wechselwirkung zwischen Friedensverhandlungen und Öffentlichkeit nach. Fußend auf der Untersuchung der Kriegslegitimation der schwedischen Partei hat Reppen die umfangreiche Publikationstätigkeit im Kontext der Friedensverhandlungen untersucht. Hierbei wird deutlich, daß die zeitgenössische Öffentlichkeit breiter gefaßt werden muß und durch Flugschriften und Zeitungen intensiv an den Verhandlungen teilnahm.

Es macht den besonderen Charakter dieses Aufsatzbandes aus, daß sich detaillierte Spezialuntersuchungen (Das Dankgebet für die Friedensfeiern des 2./12. Januar 1649 im Markgrafentum Brandenburg-Kulmbach. Ein Nachtrag) mit lexikonartigen Artikeln (Dreißigjähriger Krieg) zusammenfinden. So entsteht ein Band mit ganz disparaten Beiträgen, die auch die Entwicklung der Geschichtsforschung in der deutschen Nachkriegszeit widerspiegeln. Zusammengehalten werden sie durch das zentrale Interesse, zu einem umfassenden Verständnis des Westfälischen Friedens zu gelangen – einem Ziel, welchem der Leser durch den vorliegenden Band näher kommen kann.

Bettina Rinke: Lippe 1618-1648. Der lange Krieg – Der ersehnte Frieden. Ausstellung des Lippischen Landesmuseum Detmold 20. März bis 9. August 1998. Detmold 1998. 195 Seiten.

Das Lippische Landesmuseum hat zum Jubiläumsjahr eine gelungene Ausstellung zum Dreißigjährigen Krieg im Fürstentum Lippe präsentiert. Durch die klare Fokussierung auf das Territorium wurde die Gefahr vermieden, in Konkurrenz mit der großen Europaratsausstellung in Münster und Osnabrück zu treten. Dies hätte angesichts der Mittel und Möglichkeiten unweigerlich zu einer zweitrangigen Ausstellung ge-

führt. Indem aber die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung mit Objekten aus der Region dokumentiert wurde, ergänzte die Ausstellung in Detmold die Europaratsausstellung auf ideale Weise: Sie konkretisierte die Auswirkungen des europaweiten Krieges und trug damit den historischen Erkenntnissen Rechnung, die auf die ganz unterschiedlichen Ausprägungen des Krieges in den Regionen hinweisen. Zudem räumte sie dem Lebensalltag der Menschen einen breiten Raum ein, indem Kleider, Werkzeug, Möbel, Kochgeschirr usw. gezeigt wurden. Dieser Aspekt war in Münster und Osnabrück fast vollständig ausgeblendet worden. Die einzelnen Ausstellungsobjekte werden im Katalogteil kurz beschrieben und leider nicht in allen Fällen durch eine Abbildung belegt.

Der Aufsatzteil beginnt mit einer allgemeinen Darstellung des Dreißigjährigen Krieges im Fürstentum Lippe. Über den ereignisgeschichtlichen Überblick hinaus werden die Kosten des Krieges, Bevölkerungsentwicklung Rekrutierungen und andere thematische Schwerpunkte gesetzt. Bei den militärischen Ereignissen nimmt

wie so oft in Ostwestfalen der Überfall von Christian von Braunschweig breiten Raum ein. Dies ist weniger durch die tatsächlichen Folgen des Überfalls zu rechtfertigen als durch die schon damals einsetzende und bis heute andauernde Publizität. Die weiteren Aufsätze orientieren sich in etwa an der ständischen Gesellschaft, indem die Fürstenfamilie und der Adel, die Städte Lemgo und Bad Salzuflen und das Dorf Silixen behandelt werden. Dazu kommt noch ein wirtschaftsgeschichtlich orientierter Aufsatz zur Bautätigkeit in der Grafschaft Lippe. Die Einzelstudien, die durch zahlreiche Quellenzitate ausgewiesen sind, geben ein facettenreiches Bild vom Dreißigjährigen Krieg und ermöglichen dem Leser einen tiefen Einblick in die lipplische Landesgeschichte. Für die benachbarten Regionen sollten die Aufsätze eine Anregung sein, vergleichende Studien vorzunehmen, um die spezifischen Entwicklungen von protestantischen und katholischen Kleinterritorien herauszuarbeiten.

Andreas Neuwöhner

IM ZEICHEN DES MARS: Quellen zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges und des Westfälischen Friedens in den Stiften Paderborn und Corvey, hg. von Andreas Neuwöhner, Paderborn: Bonifatius 1998, 500 Seiten, zahlreiche sw-Abb., Karten und Tabellen.

Quelleneditionen unterliegen ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten. Sie müssen vielfältigen Erwartungen gerecht werden, zumal wenn sie ein breites Publikum ansprechen sollen. Der Herausgeber ist gezwungen, einen permanenten Eiertanz bei der Auswahl seiner Quellentexte zu vollführen; hin und hergezogen zwischen fachlichem Anspruch und Allgemeinverständlichkeit, Liebe zum Detail und umfassender Dokumentation seines Themas. Um es vorweg zu nehmen: Die neue Quellensammlung zum Dreißigjährigen Krieg stellt einen eleganten Walzer durch unsere Archivlandschaft dar. Mit großem Schwung werden dem Leser markante Aspekte des Kriegsgeschehens vor Augen geführt, die unter aktuellen Fragestellungen der Forschung zum Leben erweckt werden. Ohne sich in allzu graziilen Figuren zu verlieren, durchmisst „IM ZEICHEN DES MARS“ diszipliniert den weiten Raum der schriftlichen Überlieferung.

Nach einer allgemeinen Einführung in die politisch-militärischen Ereignisse der Zeit zieht

Neuwöhner Quellen heran, die unmittelbare Einblicke in die wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Hintergründe des eingangs geschilderten Kriegsverlaufs bieten. Diese Verquickung der historischen Teildisziplinen, die unabhängig voneinander gelesen und verstanden werden können, machen das Opus - neben den erzählerischen Qualitäten vieler Quellenauszüge - zu einem probaten Nachschlagewerk.

Man merkt der Quellensammlung an, daß ein Großteil der Transkriptionen eigenhändig vom Autor vorgenommen wurden, der sein Material in zahlreichen Kommunal-, Privat- und Kirchenarchiven der Region zusammentrug. Dank seiner rührigen Reisetätigkeit gelang es Neuwöhner, bisher unbearbeitete Quellen zum großen Krieg zu erschließen und einem größeren Publikum zugänglich zu machen. Durch das Zusammenknüpfen der einzelnen lokalen Überlieferungsstränge wurde die bisherige Zersplitterung des Materials partiell überwunden. Mit dieser Quellensammlung liegt ein aktueller Ge-

samtüberblick zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Stifte Paderborn und Corvey für die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts vor, die sich anschickt, eine Jahrzehnte währende Lücke der Regionalgeschichtsforschung zu schließen.

Moderne historische Darstellungen postulieren einen Perspektivwechsel bezüglich ihres Gegenstandes. Der Autor garantiert diesen durch eine gezielte Auswahl seiner Quellen: Aus der Masse der seriellen Aufzeichnungen landesherrlicher Behörden, Kanzleien, Magistrate etc. wählt Neuwöhner aussagekräftige Beispiele aus, die in ihrer Länge sinnvoll gekürzt werden. Neben den offiziellen Kanzlei- und Ratsprotokollen, Kammereirechnungen, Akziselisten usw. wird aber auch selteneres Material präsentiert: Private und halbprivate Korrespondenz einfacher Zeitgenossen wie das Rechnungsbuch des Brakeler Bürgers Sauerbier, der minutiös die Kosten aufführte, die ihm die unerwünschten Einquartierungen von Soldaten in seinem Haus verursachten. Interessant ist ebenfalls der in Latein „verschlüsselte“ Brief eines Paderborner Arztes vom April 1622, in dem dieser unter dem Synonym „Galen“ vererblich kritische Töne aus der Paderstadt anschlug, die von Truppen des „tollen Christian“ zuvor besetzt worden war. Beide Beispiele stehen für Neuwöhners Anliegen, den „Krieg aus der Nähe“ [S. 12] zu dokumentieren, um die vielschichtige Wirklichkeit der überlieferten Ereignisse zu verdeutlichen. Unterstützt wird dieser Anspruch durch die zahlreichen Abbildungen, die dem modernen Leser helfen, *per oculum* eindringliche Impressionen zu den diversen Aspekten des Themas zu gewinnen.

Handwerklich besticht „IM ZEICHEN DES MARS“ durch die klare und übersichtliche Aufbereitung des Quellenmaterials. Dem Autor gelingt der schwierige Spagat zwischen der Wahrung wissenschaftlicher Seriosität und einer lesefreundlichen Vereinfachung der historischen Orthographie. Die Quellenauszüge werden behutsam der heutigen Schreibweise angepaßt, ohne den barocken Stil des 17. Jahrhunderts einzuebenn. Zahlreiche lateinische Einschübe, aber auch Fachausdrücke und Personennamen werden - ohne langes Blättern - im Anmerkungsapparat auf der selben Seite ausreichend erläutert. Die aktuelle Signatur und Paginierung der herangezogenen Quelle hilft sowohl den Fachleuten als auch den interessierten Laien, ei-

nen schnellen Zugriff auf das Originaldokument zu erlangen.

Teilweise werden Auszüge aus Schatzungslisten, Rechnungsbücher usw. in tabellarischer Form vorgelegt, was die Übersichtlichkeit fördert. Gleichzeitig bietet die tabellarische Aufbereitung das Ausgangsmaterial für weiterführende statistische Untersuchungen, die einen überregionalen Datenvergleich von Steuereinnahmen, Einkommensverhältnissen, Bevölkerungsentwicklungen usw. ermöglichen.

Kurze Einleitungstexte und Literaturhinweise bieten dem Leser eine erste Orientierungsmöglichkeit zur ausgewählten Quellensstelle. Hierbei fällt an wenigen Stellen folgendes auf: Aufgrund des umfassenden Anspruchs der Edition, möglichst viele Aspekte des Krieges anzusprechen, stimmen die Einleitungstexte zu den Unterthemen - die jeweils ein Resümee des aktuellen Forschungsstandes darstellen - nicht immer mit dem Inhalt der präsentierten Quelle überein. Ohne hier ins Detail zu gehen, spiegeln einige Prologe entweder einen umstrittenen Forschungsstand wider, oder stehen im Widerspruch zum Quelleninhalt. Diese Schönheitsfehler fallen jedoch kaum ins Gewicht, da sie sich bereits auf der Ebene der Quelleninterpretation bewegen, die nicht das primäre Ziel dieser Edition sein kann. Vielmehr regt die Konfrontation des neu zusammengestellten Quellenmaterials mit dem teilweise veralteten Forschungsstand zur fruchtbaren Kontroverse an, die die Regionalforschung zum Dreißigjährigen Krieg nur vorantreiben kann.

Der angefügte Orts- und Personalindex vermittelt Genealogen und Familienforschern neue Impulse für ihre Arbeiten; Angaben zu zeitgenössischen Münz- und Währungsrelationen sowie Erläuterungen zu Maßen und Gewichten runden das Werk sinnvoll ab.

„IM ZEICHEN DES MARS“ öffnet allen am Thema Interessierten einen direkten Zugang zum Stoff, aus dem Geschichte gemacht wird. Die exemplarischen Quellenzeugnisse dieser Edition zeichnen die wichtigsten Entwicklungen des Kriegsgeschehens für unsere Region nach, ohne die lebensweltliche Realität weiter Bevölkerungskreise aus den Augen zu verlieren. Die Quellenedition sei jedem Leser empfohlen, der sich ein persönliches Bild vom Dreißigjährigen Krieg in den Stiften Paderborn und Corvey machen möchte.

Michael Ströhmer

Verein für Geschichte an der Universität-GH Paderborn

Der Verein für Geschichte, kurz VfG, wurde 1983 an der Paderborner Hochschule gegründet. Er hat sich zum Ziel gesetzt, die Geschichte unseres Raumes zu erforschen und die Ergebnisse in Form von Publikationen der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der neueren Geschichte Westfalens. Zu diesem Zweck gibt der Verein mehrere Buchreihen heraus. Sie werden unseren Mitgliedern als kostenlose Arbeitsgrundlage zur Verfügung gestellt oder können zu einem kostengünstigen Preis erworben werden. Als Publikationsforum für kleinere Arbeiten wie etwa Aufsätze und Berichte dient das Mitteilungsblatt unseres Vereins. Außerdem möchten wir historisch Interessierte zusammenführen und zum gegenseitigen Austausch anregen. Daher laden wir neben der Jahreshauptversammlung regelmäßig zu ein- oder mehrtägigen Exkursionen ein.

Wir arbeiten durchweg ehrenamtlich. Der VfG finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Wenn auch Sie Mitglied im VfG werden wollen, dann schreiben Sie uns bitte.

Neue Anschrift? Neue Bankverbindung?

Sind Sie umgezogen? Hat sich in letzter Zeit Ihre Kontonummer geändert? Bitte informieren Sie uns rechtzeitig. Die Rückbelastung von Einzugsaufträgen lassen sich die Geldinstitute leider gut bezahlen - mit Geld, das uns für die satzungsgemäßen Arbeiten fehlt. Veröffentlichungen unseres Vereins und andere Mitteilungen erreichen Sie verspätet. Deshalb: Informieren Sie uns bitte sofort, damit Sie auch künftig bestens informiert sind.

Die Adresse unserer Geschäftsstelle

Verein für Geschichte an der
Universität-GH Paderborn e.V.
Stettiner Straße 42
33106 Paderborn
Tel.: 05251/73 00 55
Fax: 05251/76 09 08

Auf nach Weimar

Der Verein für Geschichte bietet auch im Jahr 1999 eine Exkursion an, die uns diesmal nach Weimar führt. Termin ist der 17.-19. September 1999. Interessenten sollten sich schnellstmöglich bei der Geschäftsstelle melden, da Buchungen von Bus, Übernachtung u.ä. in Bälde erfolgen müssen.

Einladung zur Mitarbeit an den „Mitteilungen“

Eine Zeitschrift herauszugeben macht viel Arbeit. Daher wollen wir sie auf möglichst viele Schulter verteilen. Haben Sie Interesse an der Mitarbeit in unserer Redaktion? Dann melden sie sich bei den Redaktionsmitgliedern Roland Linde oder Peter Tilly (Adressen s. Impressum), um den Termin für die nächste Redaktionssitzung zu erfahren.

Des weiteren verursacht eine solche Zeitschrift auch Kosten, die wir möglichst über **Werbung** abfangen möchten, um den Vereinsetat nicht zu belasten. Kennen Sie einen potentiellen Werbekunden? Möchten sie selbst in den „Mitteilungen“ werben? — Dann kontaktieren sie unsere Redaktion. Wir sind für jeden Hinweis dankbar.

Veröffentlichungen unseres Vereins

Paderborner Historische Forschungen (PHF)

Bd. 1: MARGIT NAARMANN, Die Paderborner Juden 1802-1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert Scharmfeld 1988, 504 S., m. Abb.

Bd. 2: UDO STROOP, Preußische Lehrerinnenbildung im katholischen Westfalen. Das Lehrerinnenseminar in Paderborn (1832-1926), Scharmfeld 1992, 262 S., m. Abb.

Bd. 3: FRIEDHELM GOLÜCKE, Der Zusammenbruch Deutschlands - eine Transportfrage? Der Altenbekener Eisenbahnviadukt im Bomben-

krieg 1944/45, Schemfeld 1993, 336 S., m. Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 4: LUDGER GREVELHÖRSTER, Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schemfeld 1993, 253 S., m. Abb.

Bd. 5: THEODOR FOCKELE, Schulreform von oben. Das Paderborner Elementarschulwesen im 19. Jahrhundert zwischen Tradition und Neuordnung. Entwicklung, Lehrer, Schullokale, Vierow 1995, 400 S., m. Abb., u. Dokumentenanhang.

Bd. 6: LUDGER GREVELHÖRSTER / WOLFGANG MARON (Hrsg.), Region und Gesellschaft im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts. Studien zur neueren Geschichte und westfälischen Landesgeschichte. Karl Hüser zum 65. Geburtstag, Vierow 1995, 183 S.

Bd. 7: MARGIT NAARMANN, Paderborner jüdische Familien, Vierow 1998, ca. 350 S., m. Abb. (Neuerscheinung)

Frau Dr. Naarmann geht dem Schicksal der etwa 300 jüdischen Einwohner Paderborns nach. Es ist ihr Anliegen, mit dieser Dokumentation das Gedenken und die Erinnerung an sie wachzuhalten, aber darüber hinaus auch den jüdischen Anteil an der Stadtgeschichte aufzuzeigen. Die Autorin ging weltweit den geringsten Spuren nach und konnte Schritt für Schritt ihre Recherchen zu einem geschlossenem Gesamtbild zusammenfügen. Alle Familien bzw. Einzelpersonen, die um 1933 bereits mehrere Jahre in Paderborn gelebt hatten, werden im biographischen Teil im einzelnen vorgestellt. Des Weiteren werden im Anhang alle jüdischen Personen aufgeführt, die seit etwa 1890 länger als drei Monate in Paderborn gelebt haben., einschließlich der Insassen des Paderborner Waisenhauses.

Bd. 8: KARL HÜSER, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Das Amt Kirchborchen und seine Gemeinden im „Dritten Reich“ 1933 bis 1945, Vierow 1997, 155 S., m. Abb.

Am Beispiel des ländlichen Westfalen zeigt Hüser, wie das NS-Regime in den Alltag eingriff. Er analysiert nationalsozialistische Feiern ebenso wie die „Wahlen“ in den 30er Jahren und stellt die Berufung von NS-Funktionären als Bürgermeister und Gemeinderäte dar. Er schildert Einzelschicksale - des katholischen Pfar-

rers Ebers etwa oder des hingerichteten polnischen Fremdarbeiters Piotr Piocbocinski - und die zwischen Anpassung und Resistenz schwankende Reaktion der Bevölkerung. (Verlagsbesprechung)

Bd. 9: DETLEF GROTHMANN, „Verein der Vereine?“ Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik, Köln 1997, 618 S., m. Abb. u. Dokumentenanhang. (Neuerscheinung)

Nach seiner Auflösung durch das NS-Regime im Jahre 1933 ist der 1890 gegründete Volksverein für das katholische Deutschland als mitgliederstärkste und einflussreichste katholische Organisation aus dem Gedächtnis der deutschen Katholiken weitgehend verschwunden. Dies mag nicht zum wenigsten mit seinem allmählichen Niedergang in der Zeit der Weimarer Republik zusammenhängen. Detlef Grothmann beschreibt und analysiert die Gründe für diese Identitäts- und Existenzkrise des Mönchengladbacher Massenvereins, die sich in inneren Querelen, einem verminderten Stellenwert im Verbandsgefüge, den Auseinandersetzungen um das neue Bildungskonzept der „sozialethischen Erweckungsarbeit“ und im finanziellen Zusammenbruch des Volksvereinsverlages offenbarte. Grothmanns Studie zeigt in diesem Zusammenhang personelle und strukturelle Veränderungen in der Volksvereinsorganisation in ihren Abläufen, Ursachen und Folgen auf. Ferner untersucht sie, welche vereinsexternen Faktoren den Gang der Geschichte des Volksvereins in der Weimarer Republik beeinflussten bzw. wie sich die Verselbständigung der katholischen Vereine und die organisatorischen, weltanschaulichen und politischen Geschehnisse im Gesamtkatholizismus auf den Volksverein auswirkten.

Die aufschlussreiche und gut lesbare Untersuchung, die durch eine Fülle von Abbildungen und einen Dokumentenanhang ergänzt wird, hat nicht nur den Volksverein der Vergessenheit entrissen, sie schließt auch eine Lücke in der deutschen Katholizismusforschung.

Paderborner Beiträge zur Geschichte (PBG)

Heft 1: DIETER RIESENBERGER, Der Friedensbund deutscher Katholiken. Versuch einer Spurensicherung, Paderborn 1983, 31 S., m. Abb.

Heft 2: REINHARD SPRENGER, Landwirtschaft und Bauern im Senneraum des 16. Jahrhunderts, Paderborn 1986, 99 S.

Heft 3: DIETMAR WÄCHTER, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, Paderborn 1989, 148 S., m. Abb.

Heft 4: JOSEF KIVELITZ, Zwischen Kaiserreich und Wirtschaftswunder. Mein Leben in Paderborn, bearb. von FRIEDHELM GOLÜCKE, Paderborn 1990, 143 S. m. Abb.

Heft 5: DIDIER VERSHELDE / JOSEF PETERS, Zwischen zwei Magistralen. Zur Geschichte der Eisenbahnstrecke Paderborn-Brackwede (-Bielefeld) 1845-1994, Vierow 1995, 151 S., m. Abb. u. Dokumentenanhang.

Heft 6: KIRSTEN HUPPERT, Paderborn in der Inflationszeit. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1919 und 1924, Vierow 1998, ca. 115 S., m. Abb.

Die Einführung des Euro und der damit verbundene Abschied von der liebgewonnenen und weltweit geachteten D-Mark bestimmen derzeit die Diskussion in der Öffentlichkeit. Optimistische Einschätzungen stehen dabei vielfältigen Ängsten gegenüber.

Auch vor 75 Jahren wurde, auf dem Höhepunkt einer dramatischen Entwicklung, in Deutschland eine neue Währung eingeführt. Im November 1923 löste die "Rentenmark" die völlig zerrüttete Reichsmark ab. Mancher Zeitgenosse traute aber auch dieser neuen Währung nicht zu, die drängenden Probleme lösen zu können. Ursachen für die immer schneller voranschreitende Geldentwertung waren die weitgehend kreditfinanzierte Kriegsführung sowie die hohen Reparationslasten, die die Sieger im Versailler Frieden diktiert hatten. Hunger, die Integration der Kriegsheimkehrer und andere Probleme machten der Reichsregierung wie auch den Kommunalpolitikern schwer zu schaffen.

Am Beispiel Paderborn untersucht Frau Kirsten Huppert die Reaktionen der Bevölkerung, aber auch der Kommunalpolitiker, auf diese in vielfacher Hinsicht schwierigen Lebensumstände. Wie meisterten die Paderborner die Lage, kam es zu Unruhen, leistete die Geistlichkeit in dieser vom Katholizismus geprägten Stadt einen nennenswerten Beitrag zur Bewältigung der Probleme? Wie reagierte man in anderen Städten des Reiches auf die Herausforderungen der Zeit? Frau Huppert führt dem Leser, immer auch mit Blick auf die Entwicklung auf Reichsebene, ein Stück Regionalgeschichte lebendig vor Augen, wie man es spannender nicht denken kann.

Heft 7: MARC LOCKER, REGINA PRILL, EVMARIA KÜHNEL, MELANIE KNAUP CARSTEN SCHULTE u.a. [Bearb.], Als die Bomben fielen... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939-1945, Vierow 1998, 175 S., m. Abb. (Neuerscheinung)

Paderborn war eine der im Luftkrieg am stärksten zerstörten Städte Westdeutschlands. In dem Buch wird versucht, die nunmehr 50 Jahre zurückliegenden Ereignisse durch Äußerungen von Zeitzeugen und zusammenfassenden Arbeiten über verschiedene Bereiche des damaligen Geschehens vor dem Vergessen zu bewahren. Die Arbeit wurde von Schülerinnen und Schülern zweier Leistungskurse des Reismann-Gymnasiums unter Teilnahme von Schülerinnen und Schülern des Pelizaeus-Gymnasiums angefertigt.

Paderborner Bibliographie

UTE KAMPMANN-MERTIN, Paderborner Bibliographie 1578-1945, Paderborn 1992, 229 S.

RENATE GUTTWEIN UND ROLF-DIETRICH MÜLLER Paderborner Bibliographie 1980/81, Paderborn 1988, 63 S.

RENATE WESTERWALBESLOH UND ROLF-DIETRICH MÜLLER, Paderborner Bibliographie 1982/83, Paderborn 1985, 80 S.

RENATE GUTTWEIN UND ROLF-DIETRICH MÜLLER, Paderborner Bibliographie 1984/85 (mit Nachträgen aus 1982/1983), Paderborn 1987, 79 S.

RENATE GUTTWEIN, ALEXANDRA MEIER UND ROLF-DIETRICH MÜLLER, Paderborner Bibliographie 1986/87 (mit Nachträgen aus früheren Jahren), Paderborn 1989, 96 S.

RENATE GUTTWEIN, ALEXANDRA MEIER UND ROLF-DIETRICH MÜLLER, Paderborner Bibliographie 1988/89 (mit Nachträgen aus früheren Jahren), Paderborn 1989, 120 S.

Das Erscheinen des nächsten Bandes dieser Reihe – Paderborner Bibliographie 1990-1994 – ist für 1999 geplant.

Sonstige Veröffentlichungen/ Mitherausgeberschaften

IRMHILD KATHARINA JAKOBI-REIKE, Die Wewelsburg 1919 bis 1933. Kultureller Mittelpunkt des Kreises Büren und überregionales Zentrum der Jugend- und Heimatpflege (Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg 3), Paderborn 1991, 163 S., m. Abb.

FRIEDERIKE STEINMANN / KARL-JOSEF SCHWIETERS / MICHAEL ASSMANN, Paderborner Künstlerlexikon. Lexikon Paderborner Künstlerinnen und Künstler des 19. und 20.

Jahrhunderts in der Bildenden Kunst, Schemfeld 1994, 309 S., m. Abb.

Die hier vorgestellten, wie auch alle anderen Bücher unseres Vereins erhalten Sie im Buchhandel.

Sie können jedoch auch direkt beim Verlag bestellen: SH-Verlag GmbH, Mathias-Brüggens-Str. 13, 50827 Köln, Tel.: 0221/9561740 - Fax: 0221/9561741. Mitglieder erhalten unsere Veröffentlichungen zu einem ermäßigten Preis. Bitte geben Sie dabei bei Bestellungen beim Verlag Ihre Mitgliedsnummer an!

AUTOREN- UND MITARBEITERVERZEICHNIS

DR. RAINER DECKER, Gymnasiallehrer und Fachleiter für Geschichte am Studienseminar in Paderborn. Studium der Geschichtswissenschaft und Germanistik in Bochum. Veröffentlichungen zur Geschichte Westfalens im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit, u.a.: „Bürgermeister und Ratsherren der Stadt Paderborn vom 13. bis zum 17. Jahrhundert“ (Paderborn 1977), „Die Hexen und ihre Henker. Ein Fallbericht“ (Freiburg/Basel/Wien 1994).

ANDREAS GAIDT, M.A., z. Zt. Mitarbeiter des Stadtarchivs Paderborn. Studium der Philosophie, Soziologie und Geschichte in Aachen und Münster. Herausgeber des Sammelbandes „Herausforderung der Bioethik“ (Stuttgart 1993); Autor verschiedener Aufsätze zur praktischen Ethik und zum Grenzbereich von Ethik und Sozialwissenschaften.

JOHN DEHAAN, FLORIAN KACHE, JAN NAYEBAGHA und STEFAN WESTHOFF, Schüler des Reismanngymnasiums Paderborn.

KLAUS HOHMANN, Studiendirektor am Reismanngymnasium Paderborn mit den Fächern Geschichte, Deutsch und Sozialwissenschaften; Veröffentlichungen u.a. Bauten des Historismus, Paderborn 1990.

SASCHA KÄUPER, Student der Mittelalterlichen Geschichte, der älteren deutschen Literaturwissenschaften und der Medienwissenschaften an der Universität-GH Paderborn.

ROLAND LINDE, Historiker, z.Zt. Mitarbeiter am Stadtarchiv Paderborn. Veröffentlichungen zur mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Sozial- und Bevölkerungsgeschichte des Landes Lippe, des Hochstifts Paderborn und des Wittgensteiner Landes.

DR. MARGIT NAARMANN, Historikerin; Veröffentlichungen zu regionalgeschichtlichen deutsch-jüdischen Themen, insbesondere zur Geschichte der Juden in Paderborn.

ANDREAS NEUWÖHNER, Doktorand im Fachbereich Geschichte der Uni-GH Paderborn. Veröffentlichungen: Im Zeichen des Mars. Quellen zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges und des Westfälischen Friedens in den Stiften Paderborn und Corvey, Paderborn 1998.

DR. JUTTA PRIEUR-POHL, Leiterin des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs Detmold und des Nordrhein-Westfälischen Personenstandsarchivs Westfalen-Lippe; Veröffentlichungen zur religiösen Frauenbewegung des Spätmittelalters, der rheinischen Reformationsgeschichte und Geschichte der Juden am Niederrhein.

JENS SCHNEIDER, Wissenschaftlicher Assistent für mittelalterliche Geschichte an der Universität-GH Paderborn (Fachbereich 1-Geschichte); Veröffentlichungen zur frühmittelalterlichen Geistesgeschichte.

DONATE STRATHMANN, Historikerin, z.Zt. Doktorandin an der TU Berlin. Studierte Geschichte, Deutsch und Italienisch an der U-GH Paderborn. Veröffentlichungen: u.a. „Funktionsprinzipien barocker Gebrauchsliteratur: Zu Makro- und Mikrostrukturen in Christoph Weigels „Abbildung der gemeinnützlichen Haupt-Stände““ (in: Johann-Beckmann-Journal 6, 1992) und „Von Schutzverwandten des Fürstbischofs zu Deutschen jüdischen Glaubens“ (in: „750 Jahre Stadt Salzkotten“, Bd.1, hg. v. D. Grothmann, Paderborn 1996).

MICHAEL STRÖHMER, M.A., Doktorand bei Prof. Dr. Göttmann. Dissertation zu den Rechtsgrundlagen von Hexenprozessen am Beispiel der frühen Verfolgungen im Lemgo des 16. Jahrhunderts

PETER TILLY, Studienreferendar am Gymnasium Beverungen mit den Fächern Geschichte und Mathematik.

TERMINKALENDER FRÜHJAHR SOMMER 1999

In der Rubrik Terminkalender wollen wir unsere Leser auf interessante Veranstaltungen wie Vorträge oder Ausstellungen in der Region hinweisen. Für Hinweise und Anregungen für kommende Ausgaben ist die Redaktion außerordentlich dankbar.

Freilichtmuseum Detmold

13.04.1999 bis 24.05.1999	Sonderausstellung „Schwestern-Wirtschaft“. In der neu eröffneten Fotogalerie werden knapp 60 Photographien Thomas Ernstings präsentiert. Er dokumentierte 1987 das Leben auf einem kleinen Bauernhof in der Nähe von Tecklenburg. Drei alleinstehende Schwestern gewährten zwölf Monate lang Einblick in ihren Alltag. Die ausdrucksstarken Bilder erzählen in einer Auswahl von der traditionellen Lebens- und Wirtschaftsweise dieser drei Frauen.
15.05.1999 bis 31.10.1999	„Ab in die Federn! Was macht das Bett bequem?“ In der zweiten Ausstellung wird die Füllung unseres alltäglichen Ruhemöbels thematisiert. Durch die kompletten Ausstattungen wie Strohsack, Sprungrahmen, Matratzen, Bettwäsche, Kissen und Zudecken werden Einblicke in die Schlafkultur Westfalens der letzten 200 Jahre eröffnet. Zum ersten Mal wird damit ein Thema aus dem Bereich Textilien mit vielen „Berührungsflächen“ präsentiert. Die Ausstellung ist zum Sehen und Anfassen!
21./22.08. 1999	„PferdeStark“. Aktionswochenende rund um Kaltblutpferde mit internationalen Teilnehmern, Delikatessen und viel Musik.

Kaiserpfalz, Diözesanmuseum und Städtische Galerie Paderborn

23.06.1999 bis 01.11.1999	KUNST UND KULTUR DER KAROLINGERZEIT. KARL DER GROßE UND PAPST LEO III. IN PADERBORN. Die Karolingerausstellung wird an zwei Orten gezeigt. In der Kaiserpfalz stehen die weltlichen Themen im Vordergrund: In sechs Einheiten werden die Erneuerung des Kaiserreiches, die Pfalz in Paderborn, die Sachsen und Franken in Westfalen, die Sachsenkriege und der Kulturwandel in der Region im 9. Jahrhundert vorgestellt. Im Diözesanmuseum bilden die kirchlich-religiösen Themen die Schwerpunkte der Ausstellung: In fünf Einheiten werden Christianisierung, Kirchenorganisation und Sakralbau, Rom zur Zeit der Karolinger, die karolingische Erneuerung in Kunst und Wissenschaft und die Liturgie der Karolinger präsentiert. Die Ausstellung ist als geschlossener Rundgang konzipiert, der im letzten Raum des Diözesanmuseum mit dem Sarkophag Karls des Großen abschließt. Die Städtische Galerie ist zu einem Informations- und Kommunikationszentrum ausgebaut. Neben dem Museumsshop wird im Vortragsraum ein umfangreiches Begleitprogramm angeboten.
---------------------------------	---

Erzbischöfliche Akademische Bibliothek Paderborn

07.05.1999
bis
02.06.1999

Sursum corda! Eine Ausstellung zur Geschichte des Paderborner Diözesangesangbuches. Vor 125 Jahren erschien die erste Ausgabe des Gesangbuches „Sursum Corda“. Es stand in einer Jahrhunderte währenden Tradition von Paderborner Gesangbüchern, die vielfach offiziellen Charakter hatten und deshalb eine große Rolle in Liturgie und Seelsorge spielten. Die Ausstellung wird diese Geschichte der Gesangbücher anhand von bedeutenden Drucken präsentieren.

Universität Paderborn, Audimax

06.11.1999 9.00 Uhr

Regionalgeschichtstagung. Die Regionalgeschichtstagung 1999 steht unter dem Thema „Kriegszeiten – Auswirkungen und Wahrnehmungen von Krieg“. Vorträge mit regionalen Bezügen zu den Sachsenkriegen und dem Dreißigjährigen Krieg werden ergänzt durch Beiträge zur allgemeinen Militärgeschichte und der Kriegführung in der Antike. Der Krieg wird hier nicht nur aus der Perspektive der Militärs geschildert, sondern auch die Auswirkungen auf die Bevölkerung untersucht.
